



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Forschung im Blick

2015|2016



Impressum

Herausgeber

© 2015

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
www.bbsr.bund.de

Redaktion

Christian Schlag

Layout und Satz

KOMBO MedienDesign Rainer Geyer

Bestellung

selbstverlag@bbr.bund.de

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Bildnachweis:

Titel: Powell83/fotolia.com; Vorwort: Milena Schlösser
S. 9: Jürgen Hohmuth/zeitort.de; S. 10: Carsten Frenzel/flickr.com
(CC BY-SA 2.0); S. 11: Frerk Meyer/flickr.com (CC BY-SA 2.0); S. 13:
abbilder/flickr.com (CC BY-SA); S. 15: Jürgen Hohmuth/zeitort.de;
S. 16: ChenPG/fotolia.com; S. 18 u. 19: Lars-Christian Uhlig; S. 24:
Jürgen Hohmuth/zeitort.de; S. 27: Ian Prince, skuawk.com
(CC0 1.0); S. 28: geralt/pixabay.com (CC0 1.0); S. 31: Fabian Dosch;
S. 32: Reymer Wulf; S. 36: Rolf Handke/pixelio.de; S. 43: Mar-
co2811/fotolia.com; S. 45: bluedesign/fotolia.com; S. 47: Jörg
Sabel/pixelio.de; S. 48: I. Rasche/pixelio.de; S. 49: M. Fisch; S. 51:
Tiberius Graccus/fotolia.com; S. 56: ABT Immobilien GmbH; S. 57:
Jürgen Hohmuth/zeitort.de; S. 59: Mathias Metzmacher; S. 61:
Mathias Metzmacher; S. 63: Friedberg/fotolia.com; S. 65: Wolf-
gang Reier; S. 67: Andreas Meichsner; S. 71: ZEBAU GmbH/Jens
Gebhardt; S. 72: Helga Kühnhenrich; S. 75: Milena Schlösser

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist
eine Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des
Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktor-
sicherheit. Es berät die Bundesregierung bei Aufgaben der Stadt-
und Raumentwicklung sowie des Wohnungs-, Immobilien- und
Bauwesens.

Forschung im Blick 2015 | 16

Jahresbericht des
Bundesinstituts für Bau-, Stadt-
und Raumforschung (BBSR) im
Bundesamt für Bauwesen und
Raumordnung (BBR)

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

unser Land steht unter besonderem Eindruck der Zuwanderung. In diesem Jahr werden Schätzungen zufolge mehr als eine Million Menschen nach Deutschland kommen. Die Experten sind sich darin einig, dass wir auch künftig mit vergleichbaren Zahlen rechnen müssen. Das wird unsere Städte und Gemeinden verändern.

2014 hatte jeder fünfte Einwohner Deutschlands einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil wird steigen. Das erhöht den Integrationsdruck in den Kommunen, vor allem in den Großstädten. Im öffentlichen Diskurs und in der politischen Diskussion werden zwar die Potenziale von Zuwanderung für die Volkswirtschaft durchaus wahrgenommen. Andererseits werden auch vermutete Überforderungen diskutiert, wenn es beispielsweise um die Sozialsysteme, die regionalen Arbeits- oder auch die Wohnungsmärkte geht.

Gelingt es uns, die Zuwanderung nach Deutschland durch Anreize räumlich zu lenken? Wie können wir in kurzer Zeit neue Wohnungen in ausreichender Zahl auch dort schaffen, wo schon jetzt dringend benötigter Wohnraum fehlt? Auf welche Weise können wir Integration nicht nur in den sozial benachteiligten Stadtquartieren erleichtern und wie kann das die Städtebauförderung unterstützen?

Für die Aufgabe „Integration“ kann raumwissenschaftliche Forschung keine Blaupause liefern, aber sehr wohl Hinweise auf die Weiterentwicklung von Förderprogrammen und -instrumenten geben. Die fachliche Begleitung des Leitprogramms der Städtebauförderung „Soziale Stadt“ sowie Forschungsprojekte und Modellvorhaben im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau bieten schon jetzt erfolgversprechende Beispiele, wie Städte und Gemeinden diese Aufgabe schultern. Auch privates Engagement – etwa von Unternehmen und Stiftungen –



spielt dabei eine große Rolle. Darüber hinaus braucht es die finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern.

Die aktuelle Ausgabe soll Ihnen wiederum einen Einblick in unsere Forschung und Politikberatung zu „Bau, Stadt und Raum“ bieten. Bereits absehbar freilich ist, dass sich unser Aufgabenspektrum durch drei sogenannte Zukunftsinvestitionsprogramme erheblich erweitern wird: Im Fokus stehen dabei Nationale Projekte des Städtebaus, die Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur sowie Modellvorhaben nachhaltiges Wohnen für Studenten und Auszubildende.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr Harald Herrmann
Direktor und Professor des Bundesinstituts für
Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

INHALT



Vorwort

Einleitung

Bauen und Wohnen, Stadt und Raum: Zur Unteilbarkeit eines inneren Zusammenhangs 8

FOKUS: Stadt- und Regionalentwicklung 14

Förderprogramm für national bedeutsame Städtebauprojekte:
ein Ansatz mit Potenzial 17

Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen 21

Smart Cities – Mitgestalten! 25

Grün in der Stadt 29

Monitoring der Städtebauförderung schafft Transparenz 33

Europa ist voller Unterschiede – und hat dennoch vieles gemeinsam 37

Neue Wege in der Visualisierung von Verkehrsströmen 41

FOKUS: Wohnen/Immobilien 46

BBSR-Wohnungsmarktprognose 2030 50

Wohnungsbestände im Wandel 54

Verwaarloste Immobilien 58

FOKUS: Bauwesen 64

Nachhaltig und umweltgerecht Bauen 66

Effizienzhäuser Plus – vom Praxistest zur Breitenanwendung 70

Wie das Bauwesen digital wird – Building Information Modeling (BIM) 74

Interview

„Wir brauchen mehr Kooperation“ – Harald Herrmann,
Direktor und Professor des BBSR, im Gespräch 78

Anhang 83

FOKUS

Bauen und Wohnen, Stadt und Raum: Zur Unteilbarkeit eines inneren Zusammenhangs

Dr. Robert Kaltenbrunner

Das BBSR berät und unterstützt das Bundesbauministerium und andere Ressorts in einem breiten Spektrum von Grundsatzfragen. Dabei ist es von besonderer Bedeutung, dass die Themen des Bauens und der Architektur, der Stadt- und Raumentwicklung, des Wohnungs- und Immobilienwesens tiefgreifende Wechselwirkungen und Rückkopplungseffekte mit anderen Politikfeldern haben.

Mit eben diesem Bewusstsein arbeitet das BBSR. Zum einen sieht es seine Aufgabe darin, die Politik der Bundesregierung durch die Bereitstellung statistischer Informationen von der Quartiers- bis zur europäischen Ebene, durch Ad-hoc-Beratung sowie kurz- bis mittelfristig angelegte Forschung auf den Gebieten der Stadt- und Regionalentwicklung zu unterstützen. Im Mittelpunkt steht dabei die Modell-, Fallstudien- und Pilotvorhabenforschung. Es geht darum, Lösungsansätze vor Ort immer gemeinsam mit den Städten und Gemeinden zu entwickeln. Freilich geht es auch um die Frage der regionalen Daseinsvorsorge sowie die Sicherung der Lebensqualität im Zusammenhang mit dem Demografischen Wandel. Zum anderen verzahnt das BBSR wissenschaftliche, analytische und bautechnische Kompetenzen und erbringt Forschungs- und wissenschaftsbasierte Dienstleistungen für die Bau-, Wohnungs- und Immobilienpolitik. Es analysiert den Erkenntnisbedarf für die relevanten Themen und Politikziele; es berichtet zu ausgewählten Fachfragen, erstellt Beiträge zur Regelsetzung

und erarbeitet Analysen, Berichte und Prognosen. Ihm obliegt die Betreuung und Umsetzung der einschlägigen Ressortforschungsprogramme sowie das Management von Geschäftsstellen und Initiativen. Darüber hinaus vertritt es die Ressortinteressen des Bundesbauministeriums und teilweise auch anderer Ministerien in Gremien.

Brücken zwischen den Politikfeldern bauen

Allerdings muss man sehen, dass die einzelnen Politikfelder zwar untereinander vielerlei Berührungspunkte haben, sich indes als weitgehend getrennte Sphären im fachöffentlichen Diskurs meist nur distanziert begegnen. Auch sind ihre Handlungs- und Entscheidungslogiken andere; die jeweiligen gesellschaftlichen Wirkungen sind ebenfalls höchst unterschiedlich. Das BBSR sieht u. a. seine Aufgabe darin, hier verstärkt Brücken zu bauen und „zusammen zu bringen, was zusammen gehört“.

Die zentrale Frage lautet: Wie schafft man es, die bau- und raumwirksamen sektoralen Politikfelder, die Fachpolitiken und Fachplanungen so zu koordinieren, dass gesellschaftspolitische Ziele erreicht werden? Das BBSR fühlt sich der Kultur des Interessenausgleichs verpflichtet; seine grundsätzliche Herangehensweise ist eher planerisch als normativ. Wie beispielsweise im Metier der räumlichen Planung üblich, werden alle für das jeweilige Thema relevanten



Gesichtspunkte, Erfordernisse, Zwänge und Ziele analysiert, gewichtet und gegeneinander abgewogen. Dabei wird insbesondere auch die jeweilige Umsetzbarkeit im gesellschaftspolitischen Kontext gewürdigt. Sich im Dickicht konkurrierender Ansprüche einen Weg zu bahnen, wird kaum je gelingen, indem man unabhängig von topographischen Gegebenheiten eine starre Schneise schlägt. Mit anderen Worten: Es geht nicht darum, ein wünschenswertes Globalziel abstrakt zu definieren, daraus dann einzelne Schritte abzuleiten und – sei es per Zwang – umzusetzen. Verbesserungen sukzessive umzusetzen, darum geht es – das basierend auf Partizipation, Kompromiss und Machbarkeit. Dabei sind nicht nur Synergien mit Fachpolitiken wie Wirtschaft, Bildung, Verkehr, Integration usw. zu suchen. Vielmehr ist ein Selbstverständnis zu entwickeln, anhand dessen man sich als überwölbbende und gestaltende Zusammenschau etabliert, die gerade die tendenziell

unsichtbaren (weil oft mittelfristigen oder indirekten) Effekte von parallelen Fachpolitiken ins Visier nimmt.

Ein beredtes Beispiel stellt aktuell das Thema des städtischen Wohnens dar. Hier gilt es, die komplexen Entwicklungen auf den Wohnungsmärkten zeitnah und differenziert zu analysieren und der Politik in einem emotionalisierten, öffentlichkeitsrelevanten Themenfeld mit faktenbasierten, belastbaren Auswertungen solide Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Die binnen kurzer Zeit deutlich angestiegenen Versorgungsdefizite in dynamischen Wachstums- und Universitätsstädten mit kräftig steigenden Mieten und Preisen, mittelfristig weiterhin zunehmende Haushaltszahlen, Zuwanderungen aus dem Ausland, demografiebedingte Strukturverschiebungen auf der Nachfrageseite und gleichzeitig verschärfte energetische Qualitätsanforderungen bei parallel steigenden Leerständen in strukturschwachen

Das System „Stadt“ ist komplex. Forschung muss verschiedene Fachpolitiken und deren Wechselwirkungen berücksichtigen.



Mit dem starken Gewicht der Ballungsräume für die Entwicklung der Bundesrepublik sollte auch ein Bedeutungszuwachs der Stadtentwicklung auf Bundesebene einhergehen. Metropole Hamburg.

Regionen setzen die Wohnungs- und Immobilienmärkte Deutschlands unter Druck. In Verbindung mit der Energiewende und verstärkten Umweltschutzanstrengungen steigen vielerorts die Kosten des Wohnens deutlich und drohen die Zahlungsfähigkeit vieler Bürgerinnen und Bürger zu überfordern. Das kann die soziale Stabilität im Land gefährden. Als einzige in diesem Bereich wissenschaftlich arbeitende Institution des Bundes ist das BBSR gefordert, die Wirkungen aktueller politischer Maßnahmen auf Wohnen und Stadtentwicklung (u. a. Mietpreisbremse, Mietenpaket II, Klimaschutzsofortprogramm 2020, KfW-Förderungen) zu evaluieren.

Bundespolitische Bedeutung der Stadtentwicklung

Nicht minder kompliziert ist die Frage der weiteren Stadt- und Raumentwicklung. Ein breites Spektrum wissenschaftlicher Untersuchungen belegt, dass Städte die Motoren gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung sind, dass von ihnen Wachstum und Innovation ausgehen, mit Auswirkung auf ganze Regionen, ja Staaten oder den Globus insgesamt. Nicht selten ist sogar das

Schicksal ganzer Volkswirtschaften an den Erfolg eines einzigen Ballungsraums geknüpft: so erwirtschafteten etwa Stadtregionen wie Dublin, Kopenhagen oder das niederländische Randstad jeweils allein mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ihres Landes. Doch obwohl die Bedeutung der (Groß-) Stadtregionen durch eine Vielzahl an Studien eindrucksvoll untermauert ist, hat sich „Stadtentwicklung“ als prioritärer Gegenstand professioneller Expertise und politischen Engagements auf Bundesebene bislang kaum entsprechend etablieren können. Zwar lancierte das damalige Bundesbauministerium 2007 als Konsequenz der Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt eine Nationale Stadtentwicklungspolitik, aber nach wie vor wird von vielen Beteiligten räumliche Entwicklungspolitik (Raumordnung) immer noch mehr als Politik für ländliche Regionen verstanden.

Ende März 2015 haben die Staatssekretäre einen ressortübergreifenden Beschluss zur nachhaltigen Stadtentwicklung gefasst, der neue Dynamik in das Politikfeld auf Bundesebene bringen wird. An der Umsetzung wird sich auch das BBSR beteiligen. Stichworte sind



hier die soziale, inklusive und chancengerechte Stadt, die ressourceneffiziente, grüne Stadt oder die Smart City. In der „Innovationsplattform Zukunftsstadt“ werden diese Themen – auch mit Unterstützung des BBSR – zusammengedacht.

Als politikberatende Einrichtung arbeitet das BBSR getreu dem Bismarck'schen Diktum, dass Politik die Kunst des Möglichen darstellt. Es entwickelt seine Inhalte und Themen pragmatisch, Schritt für Schritt, flexibel und korrigierbar – ohne indes auf eine längerfristige Perspektive zu verzichten. Es ist geprägt von der Einsicht, dass zahlreiche Akteure unterschiedlichste Ansprüche an Bau und Raum formulierten. Diese äußern sich beispielsweise in unternehmerischen Standortentscheidungen, Logistikkonzepten von Großverteilern, bodenrechtlichen Spezifikationen, verkehrsinfrastrukturellen Vorhaben, regionalplanerischen Leitbildern, wohnsoziologischen Präferenzen, Arbeitsmarktentwicklungen, energetischen

Maßnahmen etc. Die Aufzählung wäre leicht zu verlängern. Eine gemeinsame Wirkung lässt sich aber weder abschätzen noch unter Kontrolle bringen.

Wenn bauliche und räumliche Entwicklungsstrategien auf einer (zu) hohen Abstraktions- und Maßstabsebene formuliert werden, dann mangelt es ihnen notgedrungen an tagtäglichen Kollisionen mit der politischen bzw. fachlichen Wirklichkeit. Die aber brauchen sie, um in ihrer Relevanz gleichsam „entdeckt“ zu werden. Sich baulich-räumlich niederschlagende Entwicklungsprobleme können nur gelöst werden, wenn sie pars pro toto an einer Stelle gebündelt, in ihren Voraussetzungen, Maßnahmen und Wirkungen gegeneinander abgewogen werden, beispielsweise Wohnungsbedarfe gegen Umwelterfordernisse. Weil es bei Fragen des Planen-Bauen-Wohnens kaum je ein eindeutiges Richtig oder Falsch gibt, sind geeignete Antworten zumeist nur im dialektischen Sowohl-als-auch zu haben.

Baustelle Stadt: Verschiedene Nutzungsansprüche in Einklang zu bringen, verlangt Pragmatismus. Hafencity Hamburg.

Kontakt

Dr. Robert Kaltenbrunner
Leiter der Abteilung II
Bau- und Wohnungswesen
Tel.: +49 228 99401-2500
robert.kaltenbrunner@bbr.bund.de

Stadt- und Regionalentwicklung



FOKUS

Stadt- und Regionalentwicklung

Dr. Markus Eltges

Wie werden sich unsere Städte in den nächsten zehn oder zwanzig Jahren verändern? Welche Auswirkungen wird Zuwanderung durch Flüchtlinge auf unsere Städte und Regionen haben? Werden sich die Stadtgesellschaft und innerstädtische Strukturen verändern? Wie gehen wir mit schrumpfenden Regionen um? Wie verändern neue Technologien das Leben in den Städten und auf dem Land? Das BBSR widmet sich in seiner Forschung zur Stadt- und Regionalentwicklung diesen und weiteren Fragen.

In seiner Forschung zur Stadt- und Regionalentwicklung unterstützt das BBSR die Bundesregierung durch statistische Analysen von der Quartiers- bis zur europäischen Ebene, durch Modellvorhaben, Fallstudien und Pilotprojekte. Hinzu kommt die Konzeption von Berichten der Bundesregierung wie dem Raumordnungs- und dem Stadtentwicklungsbericht.

Zu Beginn des Jahres 2014 wurde der Nationalbericht Habitat III für Deutschland im Entwurf verfasst. Bis zur Habitat-Konferenz in Quito 2016 wird die Entwicklung und Mitarbeit an der „New Urban Agenda“ ein Schwerpunkt sein. Denn nationale Themen der Stadtentwicklung müssen mit europäischen und weltweiten in eine Balance gebracht werden, um Gehör auf der internationalen Bühne zu finden.

In der Raumordnung stehen die Forschung zur Sicherung der regionalen Daseinsvorsorge sowie die Sicherung der Lebensqualität des ländlichen Raumes durch die digitale Infrastruktur im Mittelpunkt. Ein weiterer Schwerpunkt sind die Modellvorhaben „Lebendige Regionen“. Darin werden die Regionen aufgefordert, die Konsequenzen aus den fiskalischen Veränderungen durch die Schuldenbremse ab 2020 in ihren Entwicklungsstrategien zu berücksichtigen. Planung und Finanzen sollen darin enger zusammengeführt werden. Hierbei stehen auch Wachstumsregionen im Fokus. Schließlich beginnen in 2015 die Vor-

bereitungen zum Raumordnungsbericht 2016, der seinen inhaltlichen Schwerpunkt im Politikfeld „Daseinsvorsorge“ finden soll. Aber auch hier müssen die räumlichen Folgen aus den steigenden Flüchtlingszahlen untersucht werden.

Die Forschung des BBSR zur Stadt- und Raumentwicklung richtet sich derzeit an folgenden Clustern aus:

- **Soziale, inklusive und chancen-gerechte Stadt.** Das Thema Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen wird hier im Zentrum stehen. Es sind langfristige Strategien und Antworten gefragt, die auch eine stadtentwicklungspolitische Komponente haben müssen. Denn Integration findet vor Ort statt. Für das Programm Soziale Stadt stehen die Schlussfolgerungen aus der Zwischenevaluierung der ressortübergreifenden Strategie auf der Tagesordnung. Beides Meilensteine, die ihren Widerhall in der Weiterentwicklung des Leitprogramms der Städtebauförderung finden müssen.
- **Grüne Stadt.** Das BBSR hat ein Grünbuch „Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft“ mit zahlreichen Partnern erarbeitet, in dessen Mittelpunkt die integrierte Sichtweise des Grüns steht. 2015 startet der Weißbuch-Prozess, an dessen Ende konkrete Ziele und Handlungsinstrumente für Bund, Länder und Gemeinden stehen sollen. Ab 2016 sollen über Modellvorhaben und Fallstudien Lösungsmöglichkeiten bei Konflikten



im Falle der Nachverdichtung gemeinsam mit den Städten und Gemeinden erarbeitet werden. Eine Studie soll zudem die Frage reflektieren, ob das städtebauliche Leitbild der Gartenstadt auf die heutige Zeit übertragen werden kann. Im Kern geht es um die Frage, wie „Gartenstadt“ im hochverdichteten Bestand aussehen und gelebt werden kann und soll.

- **Smarte Stadt.** Es gilt, einen Handlungsrahmen für die Städte und Gemeinden zu entwickeln und zu untersuchen, wie sich die zunehmende Digitalisierung auf den Verkehr, auf den Stadtraum aber auch auf das Regieren in Städten auswirkt und auswirken kann. Die Smart-City-Forschung ist nur eine Facette der Forschung unter der Marke „Stadt von übermorgen“. Wie werden wir künftig arbeiten und wohnen? Sind unsere Städte für das Klima der Zukunft angepasst? Setzen sich neue Mobilitätskonzepte durch? Dies sind grundlegende Fragen einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

- **Periphere Kleinstadt.** Das forschungspolitische Augenmerk gilt den Potenzialen von Kleinstädten in peripheren Lagen. Diese Städte sind in der Mehrheit durch Schrumpfung gekennzeichnet. Es geht um die Frage, welche Potenziale diese Städte jenseits des Fremdenverkehrs oder freier (Gewerbe-)Flächen haben und wie es gelingt, diese Kleinstädte für gut ausgebildete Zuwanderer attraktiv zu machen. Auch die Entwicklungschancen durch Digitalisierung sollen untersucht und durch gute Beispiele hinterlegt werden.

Als wissenschaftliche Einrichtung sieht das BBSR in diesem neuen Programm eine einmalige Chance, die Aufgaben im Bereich des Städtebaus zu vertiefen und zu erweitern. Zu einer inhaltlichen Perspektive für das Programm gehört auch, dass das Instrument der Ressortforschung für die Vorbereitung von Investitionsprojekten genutzt werden muss, um den Projekten einen nationalen Vorbildcharakter durch konzeptionell gute Vorarbeiten zu ermöglichen.

Den Perspektiven von Kleinstädten widmet sich ein aktuelles Forschungsvorhaben im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau.



Die Digitalisierung verändert das Leben in den Städten – wie gut sind wir darauf eingestellt? Ein neues Forschungscluster des BBSR soll einen Handlungsrahmen für Kommunen entwickeln.

Fachwissenschaftliche Begleitung von Investitionsprogrammen ergänzen das Aufgabenportfolio

Mit dem Nachtragshaushalt 2015 legte das Bundesbauministerium ein Zukunftsinvestitionsprogramm für die Städte und Gemeinden für die Jahre 2016 bis 2018 auf, um einerseits das schon bestehende Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ um 100 Millionen Euro aufzustocken und um die Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur mit einem Fördervolumen von 140 Millionen Euro zu unterstützen. Davon werden 100 Millionen Euro dem BBSR übertragen. Das BBSR hat hier vor allem die Aufgabe übernommen, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden Projekte zu qualifizieren und investiv umsetzen.

Mit der interaktiven Anwendung „INKAR online“ geht das BBSR neue Wege in der Visualisierung regionaler Statistiken. Die Anwendung ist kostenfrei und steht Interessierten unter www.inkar.de zur Verfügung. Dieses Angebot wird nach und nach ausgebaut. Gleiches gilt für das Transportstrom-Visualisierungs-Modell (TraViMo) – ein Instrument für die Visualisierung von Verkehrsströmen. Mit ihm lassen sich erstmals regionale Schwerpunkte des Güter- und Personenverkehrs veranschaulichen. Die Kombination mit weiteren Datengrundlagen und wissenschaftlichen Modellen erlaubt eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten, darunter die Notfallplanung im Falle eines Verkehrsträgersausfalls, die Bewertung von verkehrspolitischen Maßnahmen und die Abschätzung von Investitionseffekten in den Regionen.

Kontakt

Dr. Markus Eltges
Leiter der Abteilung I
Raumordnung und Städtebau
Tel.: +49 228 99401-2001
markus.eltges@bbr.bund.de

THEMA

Förderprogramm für national bedeutsame Städtebauprojekte: ein Ansatz mit Potenzial

Lars-Christian Uhlig

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hat ein neues Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“ eingerichtet, für das jährlich 50 Millionen Euro zur Förderung von herausragenden Städtebauprojekten zur Verfügung stehen. Das BBSR ist mit der Umsetzung und der fachlichen Begleitung der Projekte beauftragt.

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde Ende 2013 vereinbart, die Städtebauförderung als Erfolgsmodell gemeinsamer Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen weiterzuentwickeln. 2014 hat der Bund die Finanzhilfen auf 700 Millionen Euro (2013: 455 Millionen Euro) aufgestockt. Darin enthalten ist ein neues Bundesprogramm zur Förderung von „Investitionen in Nationale Projekte des Städtebaus“ im Umfang von 50 Millionen Euro. Im Unterschied zu den Bundesmitteln der Städtebauförderung handelt es sich hierbei um ein Investitionsprogramm, bei dem der Bund den Kommunen direkt und unmittelbar projektbezogene Zuwendungen gewährt, um damit gezielt Investitionsschwerpunkte im Städtebau zu setzen.

Das Bundesbauministerium hat das BBSR mit der Umsetzung und fachlichen Begleitung des Programms beauftragt. Dabei kann das BBSR nicht nur auf seine Expertise durch die wissenschaftliche Begleitung der Städtebauförderung zurückgreifen, sondern auch auf die Erfahrungen bei der Umsetzung des Investitionsprogramms bei nationalen Projekten des UNESCO-Welterbes, die das Referat „Baukultur und Städtebaulicher Denkmalschutz“ seit 2009 begleitet.

Inhaltlich verfolgt das neue Bundesprogramm einen umfassenden Ansatz, mit dem herausragende städtebauliche Projekte von nationaler Bedeutung gefördert werden sollen. Dementsprechend sollen die Projekte eine nationale und interna-

tionale Wahrnehmbarkeit und Wirkung besitzen sowie einen überdurchschnittlichen Qualitätsanspruch hinsichtlich Bürgerbeteiligung, Städtebau und Baukultur aufweisen. Da die Mittel den Kommunen über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren zur Verfügung gestellt werden, gibt es genügend Raum, um größere und anspruchsvollere Projekte zu realisieren. Die Themenschwerpunkte des Programms wurden bereits im Zuge der parlamentarischen Beratungen verbindlich festgelegt. Für die Jahre 2014 und 2015 sind dies insbesondere Denkmalensembles von nationalem Rang, die energetische Erneuerung im Quartier sowie Grün in der Stadt. Im Bundeshaushalt 2015 stehen gleichfalls 50 Millionen Euro für das Programm zur Verfügung, die sich durch das Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung für das Jahr 2015 um weitere 100 Millionen Euro erhöhen. Für die Jahre 2016 und 2017 sind jeweils wieder 50 Millionen Euro vorgesehen, so dass dann insgesamt über 100 Nationale Projekte des Städtebaus vom BBSR inhaltlich und administrativ zu betreuen sein werden.

Teilnahmewettbewerbe 2014 und 2015 fanden großen Widerhall

Um die fachlichen Ansprüche deutlich zu machen, wurde jeweils ein Wettbewerb um die Aufnahme von Projekten in das Bundesprogramm vorangestellt. Im Jahr 2014 gingen beim BBSR – trotz knapper Antragsfristen – 270 Projektanträge ein. 2015 konnten 168 Bewerber



Speisehaus der Nationen im
ehemaligen Olympischen Dorf
in Wustermark.

bungen in die Bewertung einbezogen werden. Alle Anträge wurden fachlich geprüft und für die Auswahl durch eine Expertenjury aufbereitet. Die Jury aus Mitgliedern des Deutschen Bundestags, Vertretern von Ländern und Kommunen sowie unabhängigen Fachleuten wählte unter der Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Florian Pronold für 2014 21 Projekte und 2015 46 Projekte aus allen Bundesländern aus.

In einer sehr intensiven Arbeitsphase galt es, aus den noch konzepthaften Projektanträgen qualifizierte Förderbescheide zu machen. Dabei war die Aufteilung der Fördermittel gemäß den Haushaltsvorgaben und den Schwerpunktsetzungen durch die Expertenjury zu berücksichtigen. In der Regel bedeutete das eine Teilförderung und entsprechende Anpassungen der beantragten Einzelmaßnahmen in enger Abstimmung zwischen den Kommunen und dem BBSR. Eine besondere Herausforderung lag darin, die städtebaulichen Ziele jedes einzelnen Projekts und die des Gesamtprogramms zu berücksich-

tigen. Als sehr konstruktiv hat sich dabei die Einbeziehung der Bundesbauverwaltung in den Ländern im Hinblick auf fachliche Fragen erwiesen.

Investitionsprogramm stärkt integrierte Stadtentwicklungspolitik

Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 unterzeichneten die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“. Sie zielt darauf ab, Ansätze einer integrierten Stadtentwicklungspolitik stärker zu nutzen. Die Initiative der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützt Städte und Regionen darin, ökonomische, ökologische und soziale Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen und lebenswerte Orte für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. So sind beispielsweise integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte eine Voraussetzung für die Aufnahme in eines der Programme der Städtebauförderung. Weit über 100 vom BBSR betreute Pilot-



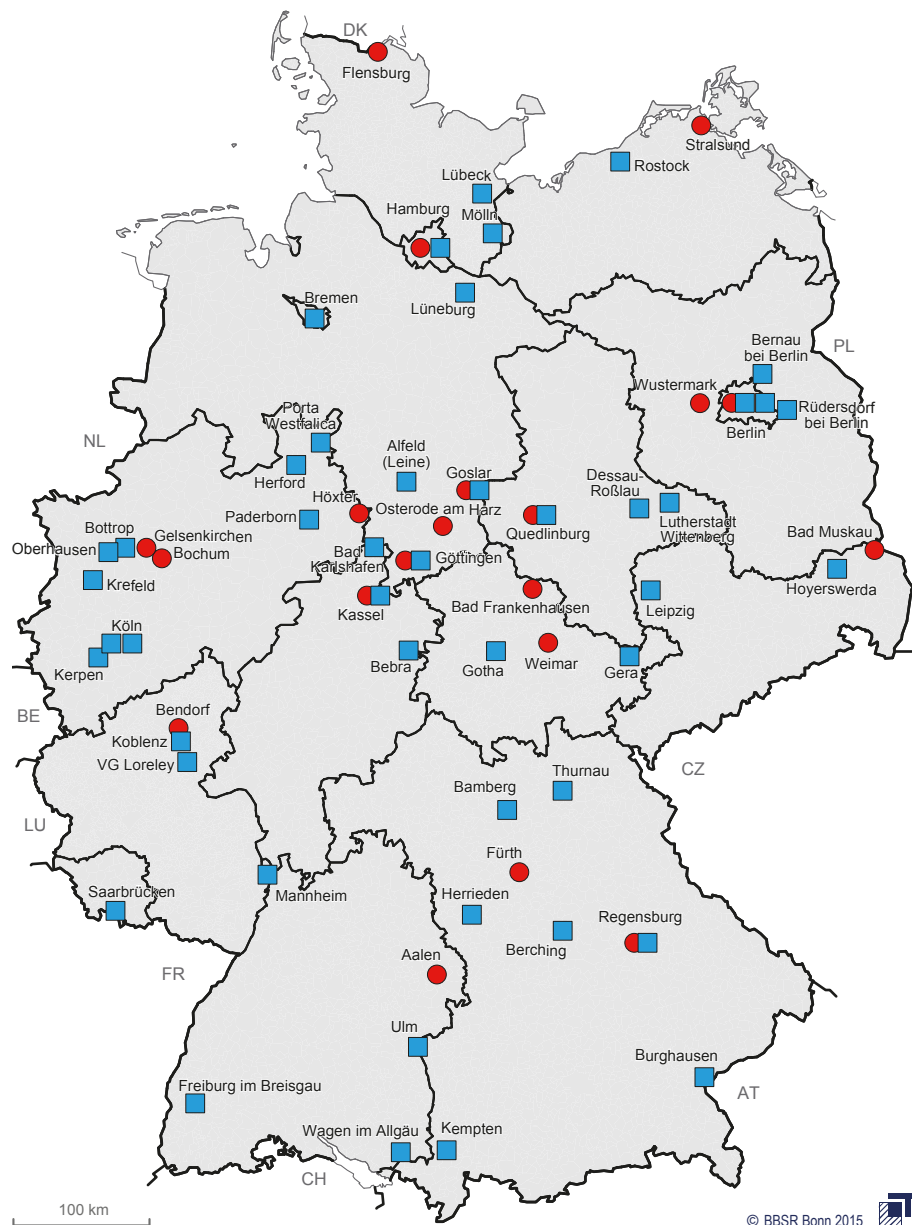
Kassel: Allee und Bergpark
Wilhelmshöhe.

projekte haben innovative konzeptionelle Ansätze in der Stadtentwicklung verfolgt.

Das neue Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ geht einen Schritt weiter, denn es können sowohl konzeptionelle als auch investive Maßnahmen gefördert werden. Das schafft die Möglichkeit einer integrierten Herangehensweise – vom Konzept bis zur baulichen Umsetzung. Der Bund stellt den Kommunen dafür erhebliche Mittel zur Verfügung (in der Regel zwei Drittel der Projektkosten); und das über einen Zeitraum, der genügend Raum für die Erarbeitung und Umsetzung komplexer städtebaulicher Projekte lässt. Damit werden die Kommunen in die Lage versetzt, selbst aktiv zu handeln und ihre städtebaulichen Ambitionen zu realisieren. In Ergänzung zur

Städtebauförderung ermöglicht das Bundesprogramm die Umsetzung von größeren Projekten, die im Rahmen einer städtebaulichen Gesamtmaßnahme nicht zu finanzieren wären. Gleichwohl können damit auch städtebauliche Projekte realisiert werden, für die es keine entsprechende Gebietskulisse gibt.

Die ersten Nationalen Projekte des Städtebaus werden ab 2017 fertig gestellt sein. Der Anspruch an besonders gute Ergebnisse wurde von Seiten des Ministeriums bereits mit dem Projektauf-ruf formuliert („Premiumqualität“). Vorgesehen ist eine begleitende Evaluierung, um frühzeitig Erkenntnisse für die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Programms zu gewinnen. Durch eine vorausschauende Festsetzung zukünftiger Themenschwerpunkte besteht damit



Projektstandorte (Stand: 31.07.2015)

- Projekt des Städtebaus aus 2015 (46)
- Projekt des Städtebaus aus 2014 (20)

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
www.bmub.bund.de/N52065/ (Aufruf vom 23.07.2015)
www.bmub.bund.de/N51324/ (Aufruf vom 08.04.2015)
 Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2012
 Bearbeitung: R. Schmell

Nationale Projekte des Städtebaus.

die Möglichkeit, dass sich Deutschland bei der nächsten EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2020 mit Projekten in einem internationalen Rahmen präsentieren kann, die einerseits auf der Basis der Leipzig Charta beruhen und andererseits Antworten auf die städtebaulichen Fragen von morgen geben können. Im Sinne einer effektiven Qualifizierung von Projekten wäre auch eine frühzeitige konzeptionelle Vorbereitung durch den Ex-

perimentellen Wohnungs- und Städtebau oder durch Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vorstellbar. Dies würde eine frühzeitige Festlegung der Förderschwerpunkte durch die Politik erforderlich machen. Gelingt es, diese neue Art der Förderung über das Jahr 2017 hinaus zu verstetigen, sollten solche konzeptionell vorbereitenden Arbeiten in die Überlegungen zur Weiterentwicklung des Programms einbezogen werden.

Internet

Überblick der Projekte:
www.bmub.bund.de/N52065/

Kontakt

Lars-Christian Uhlig
 Referat I 7 – Baukultur und
 Städtebaulicher Denkmalschutz
 Tel.: +49 228 99401-1614
lars-christian.uhlig@bbr.bund.de

THEMA

Die Lage entscheidet – ExWoSt-Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“

Lars Porsche

Besonders Kleinstädte in peripheren Lagen spüren die Folgen des demografischen Wandels. Ein neues Forschungsfeld des BBSR untersucht, wie diese Kommunen ihre Zukunftschancen für eine qualitätsvolle Stadtentwicklung nutzen können, obwohl die Rahmenbedingungen schwierig sind.

Die Diskussionen der letzten Jahre zu Städten und Stadtentwicklung waren und sind stark durch „global cities“, „megacities“, Großstadtagglomerationen und Großstädte geprägt. Aber auch die so genannten „secondary cities“ sind Thema, da ihnen mindestens eine gewisse ökonomische Funktion zugesprochen wird. Kleinstädte haben bisher in Forschung und Politik längst nicht die Aufmerksamkeit inne, die sie verdienen. Die Debatten sind derzeit auf Fragen der Attraktivität großer Städte und deren Herausforderungen wie den Umgang mit Wohnungsknappheit und Integration konzentriert.

Dabei erfüllen Kleinstädte für sich und ihr Umfeld eine wichtige Stabilisierungs- und Entwicklungsfunktion. Darüber hinaus tragen sie zur Aufrechterhaltung des polyzentrischen Städtensystems bei. Die Bedeutung der Kleinstädte verdeutlichen wenige Zahlen: Deren Anteil an den Stadt- und Gemeindetypen beträgt 58 Prozent. 33 Prozent der Bevölkerung leben dort.

Die Energiewende wäre ohne die Kleinstädte mit den hier vorhandenen geeigneten Standorten für „flächenintensive“ Windkraft- und PV-Anlagen deutschlandweit nicht so weit fortgeschritten. Aber Kleinstädte stehen auch vor großen Herausforderungen. Je nach Lage sind diese sehr unterschiedlich ausgeprägt.

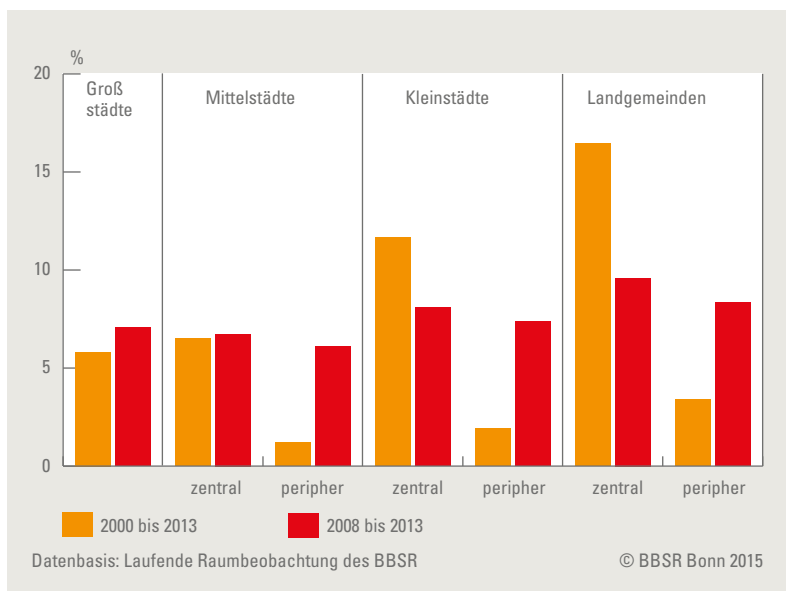
Sinkende Bevölkerungszahlen

Statistische Auswertungen des BBSR zeigen, dass ein entscheidendes Kriterium für die Entwicklung einer Stadt ihre Lage ist. Für Kleinstädte lässt sich das am Beispiel der Bevölkerungsentwicklung veranschaulichen.

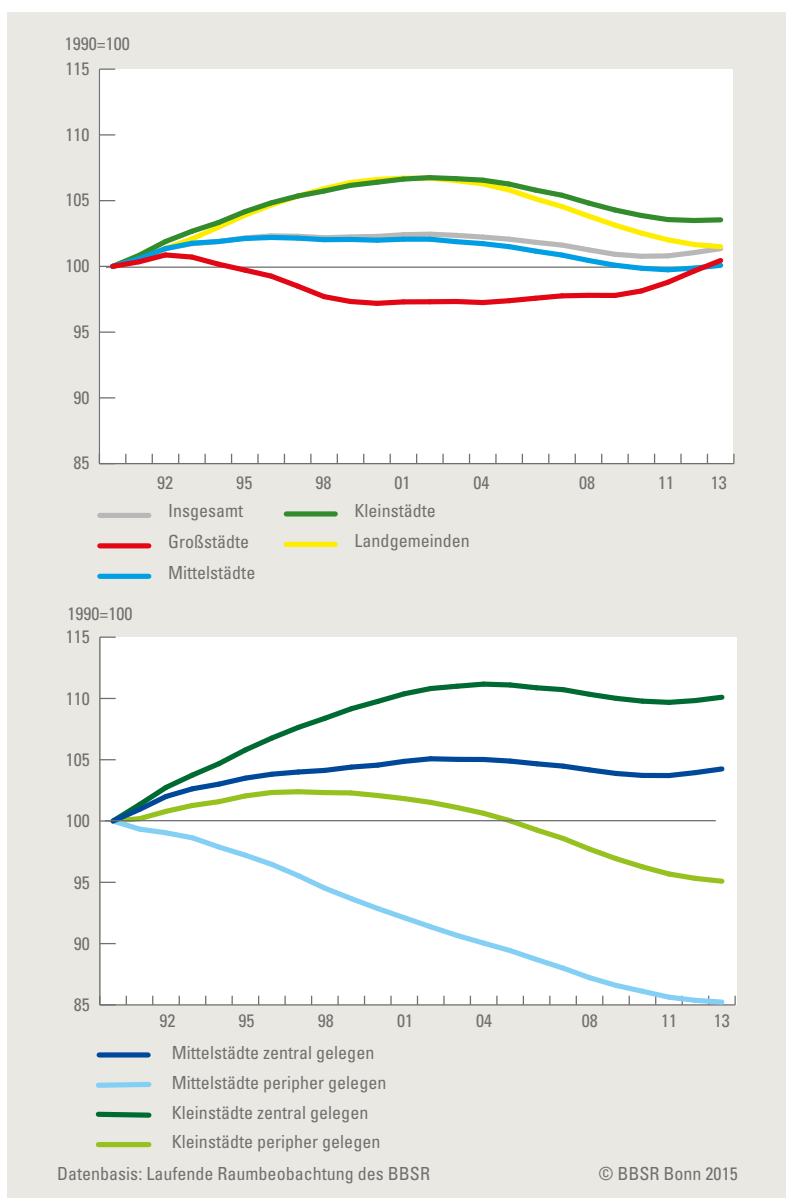
Es zeigt sich, dass Kleinstädte in zentralen Lagen, d. h. in der Nähe von Großstädten und Agglomerationen, im Durchschnitt Einwohner gewinnen. Diese müssen vor allem auf den damit einhergehenden steigenden Bedarf an Wohnraum und technischer wie sozialer Infrastruktur reagieren. Peripher gelegene Kleinstädte hingegen verlieren seit fast zehn Jahren zunehmend an Bevölkerung und müssen versuchen, Infrastrukturen mindestens aufrecht zu erhalten und altengerecht zu entwickeln.

In den vergangenen Jahren wurde die Annahme vertreten, dass eine Zunahme an Arbeitsplätzen der entscheidende Faktor sei, um Schrumpfung und Alterung zumindest zu bremsen. Dies trifft für Kleinstädte in peripherer Lage nicht zu. Denn obwohl sie zwischen 2008 und 2013 auch vom konjunkturellen Beschäftigungszuwachs profitieren konnten, sinkt die Bevölkerungszahl weiterhin.

Für Kleinstädte in peripheren Lagen kommt erschwerend hinzu, dass das



Bevölkerungsentwicklung nach Stadt- und Lagetypen.



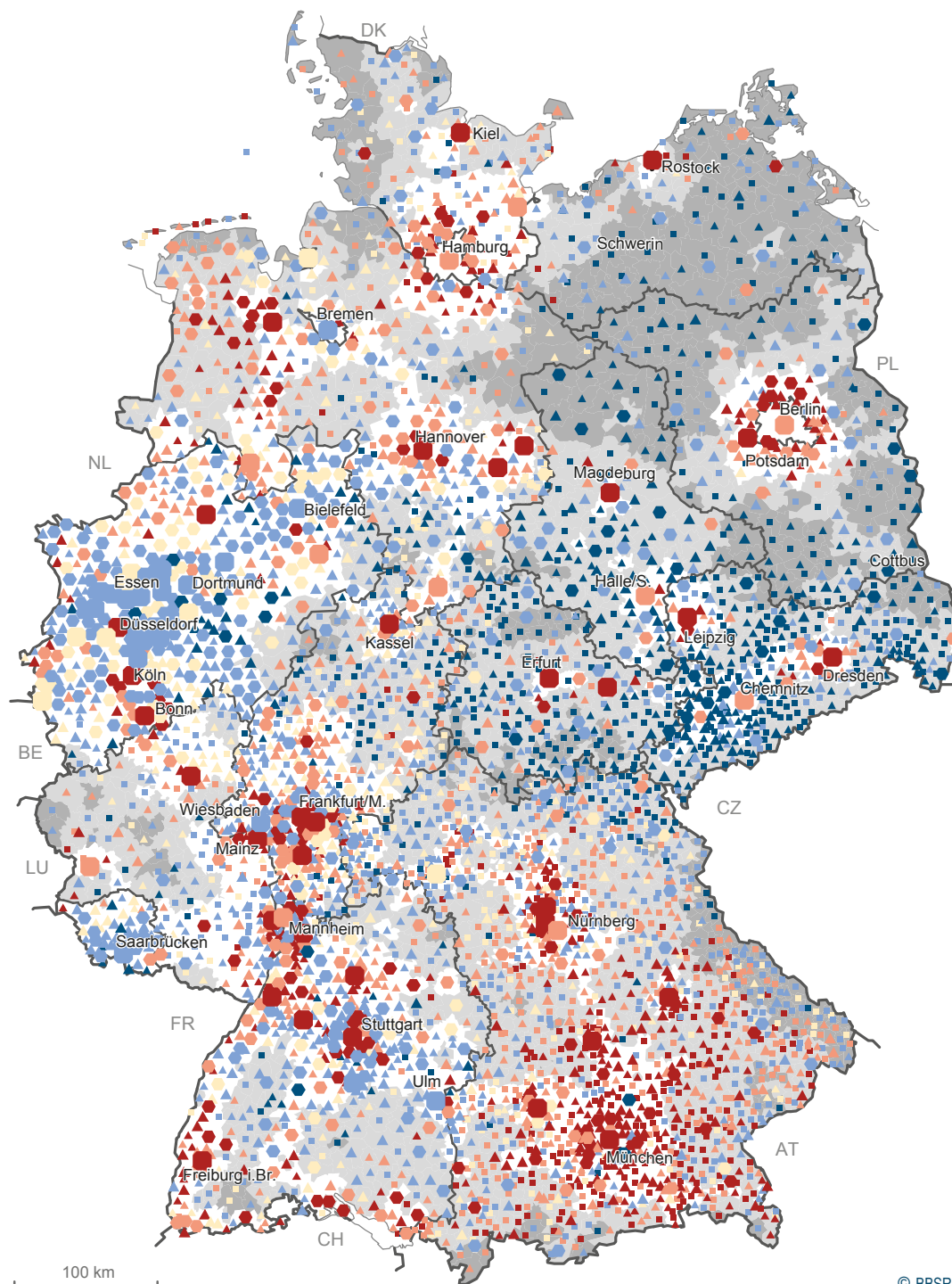
Bevölkerungsentwicklung nach Stadt- und Gemeindetypen.

Geschlechterverhältnis unausgeglichen ist: Frauen von 18 bis 30 Jahre wandern häufiger als ihre männlichen Altersgenossen ab. Diese Entwicklung hin zu einem Männerüberschuss hat sich zwischen 2003 und 2013 verstärkt. Wo junge Mütter fehlen, werden weniger Kinder geboren. Hier wird es schwieriger, Schrumpfung zu bremsen.

Herausforderungen

Im Wettbewerb der Kommunen werden die strukturellen Nachteile von Kleinstädten in peripheren Lagen auch die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen erschweren.

Schrumpfung und Alterung schlagen sich zudem in den Kommunalfinanzen nieder. Es verringern sich die Handlungsspielräume der Stadtpolitik. Deshalb ist es notwendig, lokal spezifische Strategien für die Transformation von Stadt und Stadtentwicklungszielen umzusetzen: Dazu zählen u. a. der Rückbau von außen nach innen oder die Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur. Daseinsvorsorgeeinrichtungen müssen nicht nur an die sich ändernden Anforderungen angepasst werden, sondern es stellen sich auch Fragen der Finanzierung und neuer Trägerschaften sowie neuer Kooperationsformen mit der Bürgerschaft. Denn allein finanzieren können die Kommunen diese Infrastrukturen meist nicht mehr. Eine Folge kann der Verlust (in-)formeller, (grund-)zentralörtlicher Funktion sein,



© BBSR Bonn 2015


Relatives, am bundesweiten Trend gemessenes Wachstum/relative Schrumpfung:

- stark wachsend
- wachsend
- stabil
- schrumpfend
- stark schrumpfend

- ▲ Größere Kleinstädte
- ▲ Kleine Kleinstädte

Lage

- zentral
- peripher
- sehr peripher

Betrachtete Entwicklungsindikatoren:

- Bevölkerungsentwicklung 2008–2013
- Durchschnittlicher Wanderungssaldo der Jahre 2009–2013
- Entwicklung der Erwerbsfähigen 2008–2013
- Beschäftigtenentwicklung 2008–2013
- Entwicklung der Arbeitslosenquote 2007/8–2012/13
- Entwicklung der Gewerbesteuer 2007/8–2010/13

Klassifizierung nach der Häufigkeit der Entwicklungsindikatoren im untersten (<20% aller Werte) und obersten (>20% aller Werte) Quintil

- stark schrumpfend: 3–6 Indikatoren im untersten Quintil
- schrumpfend: 1–2 Indikatoren im untersten Quintil
- stabil: keine Indikatoren im untersten oder obersten Quintil
- wachsend: 1–2 Indikatoren im obersten Quintil
- stark wachsend: 3–6 Indikatoren im obersten Quintil

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG, Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände, 31.12.2013
Bearbeitung: A. Milbert

Wachsende und schrumpfende
Kleinstädte in Deutschland.



Kleinstädte übernehmen wichtige Versorgungsfunktionen für die umliegenden Gemeinden. Historischer Stadtkern – Lübbenau/Spreewald.

von dem auch die Umlandgemeinden betroffen wären. Für diese erfüllen Kleinstädte in peripheren Lagen Versorgungs-, Kommunikations-, Stabilisierungs- und Entwicklungsfunktionen.

Erhalt und Ausbau des Arbeitsplatzangebots können den demografischen Trend in diesem Stadt- und Lagetyp kaum entgegenwirken. Daher gilt es genauer zu untersuchen, welche Strategien und Maßnahmen erfolgversprechend sein können, um dem negativen Bevölkerungstrend und Funktionsverlusten zu begegnen und eine qualitätsvolle Stadtentwicklung zu ermöglichen.

Modellvorhaben sollen Entwicklungspotenziale identifizieren

Angesichts knapper kommunaler Ressourcen ist Ziel des Forschungsfelds, Handlungsspielräume und Freiräume für Experimente zu erschließen, die die aktuellen Fördermöglichkeiten wie die Städtebauförderung kreativ ergänzen.

Voraussetzung ist eine gründliche Analyse der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Rahmenbedingungen. Modellvorhaben sollen ihre spezifischen Handlungsanforderungen und Entwicklungspotenziale identifizieren. Eine wichtige Methode sind dabei Szenarien.

Die Ergebnisse sollen weitere Kleinstädte in peripheren Lagen dabei unterstützen, ihre zentralen Herausforderungen besser zu bewältigen. Gleichzeitig soll auch ein Beitrag zur Stabilisierung und zukunftsfähigen Entwicklung des gesamträumlichen Systems mit seinen unterschiedlichen Stadt- und Lagetypen in Deutschland geleistet werden.

Mit dem ExWoSt-Forschungsfeld will das Bundesbauministerium der Bedeutung der Kleinstädte in peripheren Lagen Rechnung tragen und gleichzeitig eine Lücke in der Stadtforschung in Deutschland schließen. Das Forschungsfeld ist Bestandteil der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ des Bundesbauministeriums.

Veröffentlichung

BBSR (Hrsg.): Klein- und Mittelstädte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme, Analysen Bau. Stadt.Raum, Band 10, Bonn 2012.

BBSR (Hrsg.): Wachsen oder schrumpfen? BBSR-Analysen KOMPAKT 12/2015, Bonn.

Internet

www.exwost-kleinstaedte.de

Kontakt

Lars Porsche
Referat I 7 – Architektur und Städtebaulicher Denkmalschutz
Tel.: +49 228 99401-2351
lars.porsche@bbr.bund.de

THEMA

Smart Cities – Mitgestalten!

Dr. Peter Jakubowski

Stadtforschung benötigt strukturierte Analysen zu denkbaren Ausprägungen von *Smart Cities* – und vor allem dazu, wie die öffentliche Seite der Stadtentwicklung heute Leitplanken auf dem Weg zu Smart Cities einziehen kann.

Das BBSR hat den Schwerpunkt „Smart Cities“ in der von ihm betreuten Ressortforschung definiert und untersucht, was die Digitalisierung für die Städte bedeutet und wie Stadtentwicklung den Weg zu smarteren Städten gestalten kann. Zudem werden zum Thema Smart Cities verstärkt eigene Untersuchungen durchgeführt.

„Smart cities use information and communication technologies to be more intelligent and efficient in the use of resources, resulting in cost and energy savings, improved service delivery and quality of life, and reduced environmental footprint – all supporting innovation and the low-carbon economy“, sagt Stadtforscher Boyd Cohen. Der Ökonom Andrea Caragliu ergänzt: „We believe a city to be smart when investments in human and social capital and traditional (transport) and modern communication infrastructure fuel sustainable economic growth and a high quality of life, with a wise management of natural resources, through participatory governance.“

Mit der Entwicklung und Einführung digitaler Informations- und Kommunikationsnetze werden die unterschiedlichen städtischen Systeme miteinander verknüpft. So eröffnen sich – technisch induziert – neue Möglichkeiten der künftigen Stadtentwicklung. Digitale Technologien können Prozesse in den Städten effizienter machen. Sie eröffnen auch völlig neue Handlungsoptionen,

z. B. im Bereich der städtischen Mobilität oder der Urban Governance.

Dabei laufen Digitalisierung und Datafizierung auf unterschiedlichen Ebenen in schneller Abfolge sehr heterogen ab. Vielfach hängt die breite Nutzung neuer Datenservices, Verfahren und Produkte von der marktbestimmten Nutzerakzeptanz ab. Diese bestimmt dann die Geschwindigkeit und Ausprägung wieder neuer Trends. Die digitalen Entwicklungen in unseren Städten lassen sich also nicht wie mit einem Bebauungsplan planen. Gestaltbar ist aber das Ob und Wie des öffentlichen Engagements auf dem Weg zu smarteren Städten.

Forschungsfragen

Auch wenn die Wirtschaft häufig den Umwelt- und Ressourcenschutz als Hauptargument für die Digitalisierung von Städten nennt, richtet das BBSR seine Arbeitsschwerpunkte im Bereich Smart Cities zunächst auf folgende Fragen:

Welche neuen Formen der Berücksichtigung von Bürgerpräferenzen und Bürger-Know-how können neue digitale Technologien und Analysemethoden für die Urban Governance von übermorgen eröffnen? Zum einen werden heute schon beobachtbare Ansätze einer Stadtentwicklung von unten untersucht, beispielsweise Crowdsourcing oder Sharing-Ansätze zur Stärkung von Nachbarschaften.



Forschungscluster „Smart Cities“
des BBSR.

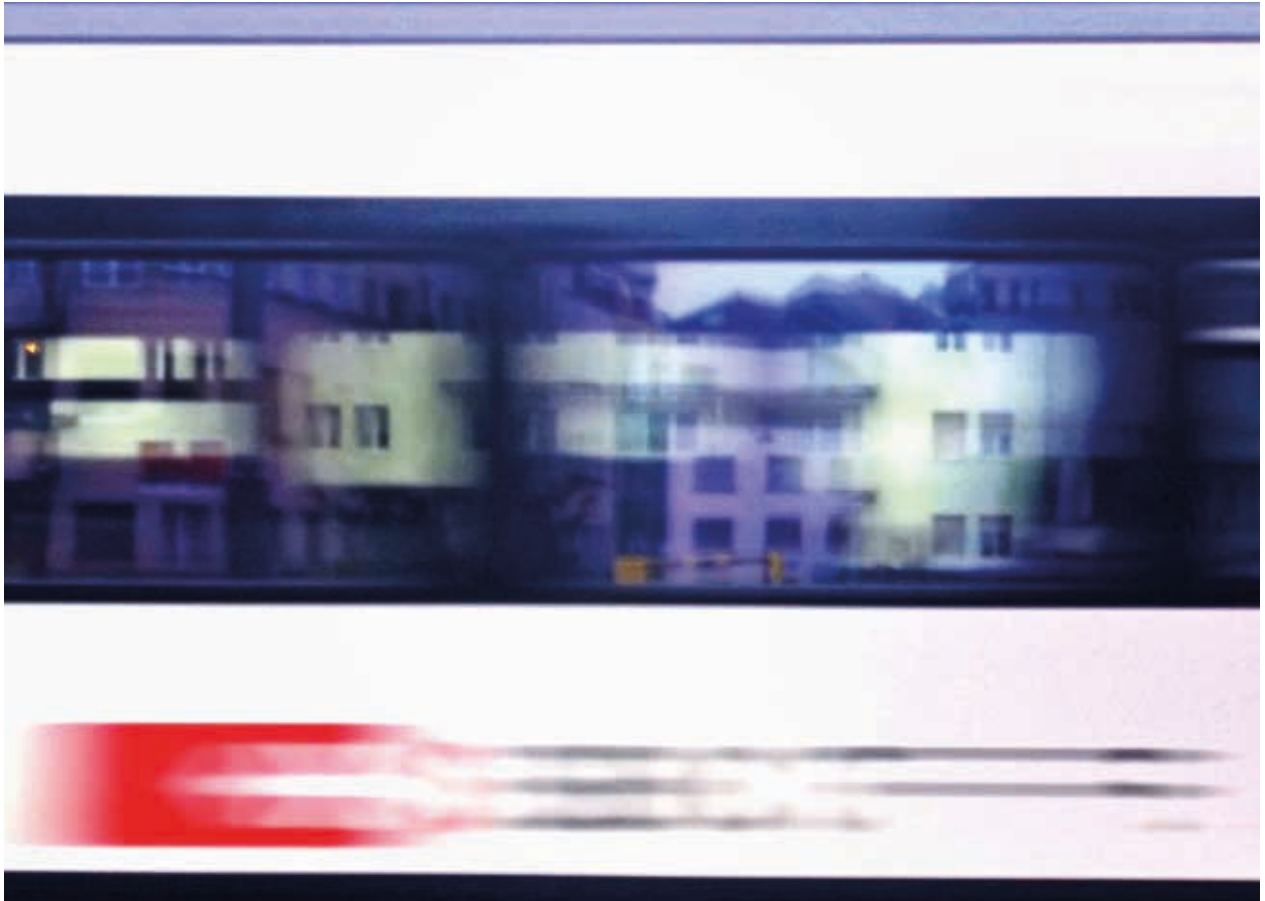
Zum anderen werden Bewertungssysteme für städtische Dienstleistungen sowie eine „Top-Down-Aktivierung“ bürgerschaftlichen Engagements mittels IuK-Technologien analysiert.

Inwieweit können durch den digitalen Strukturwandel und eine breite Datafizierung der Stadt neue und tragfähige Säulen der Stadtökonomie entstehen? Welche Bereiche der lokalen Wirtschaft können im Zuge der Digitalisierung und des Aufkommens neuer Geschäftsmodelle künftig unter Druck geraten? Zur Einordnung ein Beispiel: Chicago verfolgt seit 2011 eine Initiative zum Aufbau einer Open-Data-Ökonomie. Durch die offene Bereitstellung möglichst großer Teile des gesamten kommunalen Datenaufkommens soll „Rohmaterial“ für Entwickler und Entwicklungen zur Verfügung gestellt werden. Hierzu werden u. a. datensammelnde Sensoren im Stadtgebiet verteilt, die in kurzen Intervallen gigantische Datenmengen generieren und in Echtzeit für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stellen.

Chicago investiert in die Datafizierung seiner Stadt und schafft so eine kostenlos nutzbare innovative Rohstoffbasis für völlig neue Wertschöpfungsbereiche.

Wie kann die breite Digitalisierung Akteure, Interessen und Machtkonstellationen in unseren Städten beeinflussen? Neue Akteure gewinnen an Bedeutung für die Stadtentwicklung. Das können sowohl die heute diskutierten Unternehmen wie Google, Yahoo, Apple oder Uber sein, aber auch andere Konstellationen der Datenökonomie, an die wir heute noch nicht denken. Auch der Bereich der Predictive Analytics mit seinen Vorhersage- und Empfehlungssystemen hat das Potenzial, städtische Akteurskonstellationen zu verändern.

Welche Ausprägungen und Auswirkungen kann eine digitale Spaltung der Stadtgesellschaft von Übermorgen haben? Wie kann man diesen Tendenzen entgegenwirken und welche Akteure sollten dies tun? Die alleinige Konzentration auf digitale Systeme in zentralen

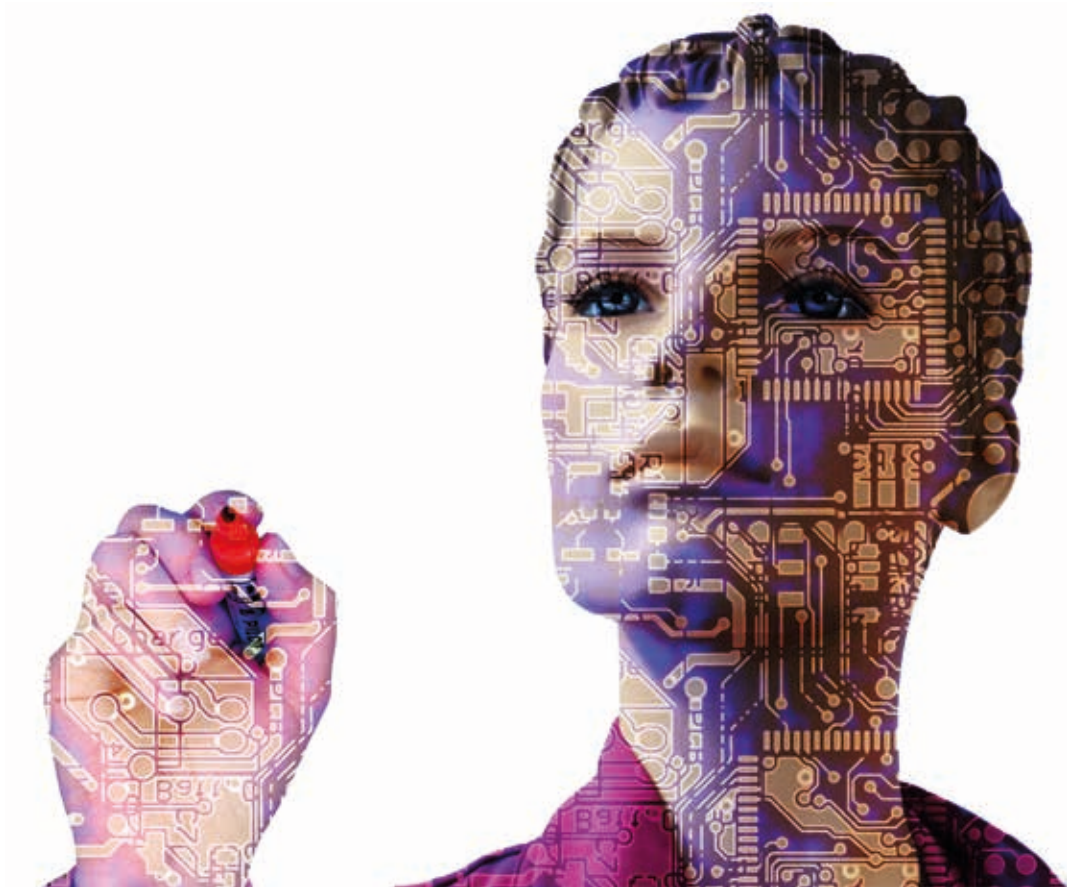


Bereichen des städtischen Zusammenlebens kann zu neuen Formen von Segregation, Stadt- und Politikverdrossenheit und weiteren Problemen der Stadtgesellschaft führen. Wie wahrscheinlich sind solche Entwicklungen und welche Akteure können den Entwicklungen wie entgegenwirken? Sind technologisch bedingte „Spaltungen“ in Stadtgesellschaften ein neues Phänomen? Wenn nicht, was kann man aus bisherigen Erfahrungen für eine vorausschauende Politik der Digitalisierung unserer Städte lernen?

Aktuell drängen viele mobile, internetbasierte Dienste auf die Mobilitätsmärkte, die das Potenzial haben, den

Stadtverkehr der Zukunft deutlich zu verändern. Hieraus ergeben sich u. a. folgende Fragen: Welche Akteure bestimmen die Mobilitätsangebote in den nächsten 25 Jahren? Welche Technologien werden das Verkehrsverhalten nennenswert beeinflussen (können)? Sind die heutigen Visionen realistisch oder werden Sie durch die „Trägheit“ gebauter Infrastrukturen ausgebremst? Welchen Einfluss haben Design und die Möglichkeiten datengestützter „Individualisierung“ für den Stadtverkehr von übermorgen? Mit welchen Rahmenbedingungen kann die öffentliche Hand innovative Entwicklungen fördern?

Wie sieht die Stadt von übermorgen aus? Die Smart-City-Forschung kann das Bild schärfen.



Smart Citizens in Smart Cities?

Unser Ziel – mitgestalten!

Die Smart City-Diskussion erfolgt derzeit vorrangig technologieorientiert und konzentriert sich auf Ressourceneffizienz und die Entwicklung und Besetzung neuer Geschäftsfelder. Es ist aber dringend geboten, dass sich auch die öffentliche Seite der Stadtentwicklung positioniert. Es gilt, das Ziel einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik in die Diskussion einzubringen und die

Interessen weiterer Beteiligten einzuspeisen. Politik und Verwaltung haben Saskia Sassen zufolge die Aufgabe, „die Technologien zu urbanisieren“. Damit das gelingen kann, hat die praxisorientierte Stadtforschung wichtige Aufgaben zu erfüllen: Sie muss verstehen, was im Zuge der Digitalisierung auf unsere Städte zukommen kann und sie muss für die Stadtentwicklungspolitik auf den verschiedenen Ebenen übersetzen, wo sie gestalten kann.

Veröffentlichung

BBSR (Hrsg.): Auf dem Weg zu Smart Cities – Stadtzukünfte mit neuen Technologien, BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2014, Bonn.

Kontakt

Dr. Peter Jakubowski
Referat I 5 – Verkehr und Umwelt
Tel.: +49 228 99401-2150
peter.jakubowski@bbr.bund.de

THEMA

Grün in der Stadt

Dr. Fabian Dosch, Stephanie Haury, Juliane Wagner

Die Initiative „Grün in der Stadt“ ist ein wichtiger Meilenstein zur Herstellung grüner Städte und erfordert einen langfristig ausgerichteten Prozess. Sie soll den Stadtumbau und Strukturwandel für eine lebenswerte Zukunft unterstützen, Kommunen neue Ansätze für grüne Infrastruktur aufzeigen und bestehende Strategien und Programme zu Stadtgrün zusammenführen.

Urbane Freiräume erfüllen wesentliche Funktionen für die Stadtgesellschaft: etwa als Erholungs- und Begegnungsraum, für Klimaschutz, Lufthygiene und Gesundheitsprävention. Die funktionierende Stadtgesellschaft braucht qualitätsvolle Freiräume mehr denn je, um mit den künftigen sozialen, klimatologischen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen umgehen zu können. Im Konkurrenzkampf von Städten um Unternehmen und Einwohner, vor allem der Creative Class, aber auch hinsichtlich der Lebensqualität in nachverdichteten Städten ist Stadtgrün essenziell.

Grüne Infrastruktur bildet das Komplement zur gebauten Stadt und ist ein wesentlicher Teil zukunftsfähiger Städte (vgl. Abbildung). Sie durchzieht als grünes Netzwerk die Städte, setzt

auf Mehrfachnutzungen von Freiflächen, begrünt Fassaden und Dächer und bietet auch bei hoher Verdichtung ausreichend grüne und blaue Strukturen für die vielfältigen Funktions- und Nutzungsansprüche. Ein neues Leitbild einer grünen Stadt von morgen ist die Gartenstadt des 21. Jahrhunderts. Diese ist eingebettet in das Quartier, gleichzeitig grün und verdichtet, enthält viele gemeinschaftliche Ansätze und vereint generationsübergreifende Wohnformen mit dem Wunsch eines Lebens in grüner Umgebung.

Reurbanisierung erfordert neue Grünkonzepte

Durch Reurbanisierungsprozesse leben immer mehr Menschen in städtischen Räumen. Die meisten Großstädte in Deutschland wachsen wieder. Die hohen



Funktionen von grüner Infrastruktur
(Quelle: Eigene Darstellung).

Zuwanderungszahlen beschleunigen diese Entwicklung. Vor allem in den Ballungsräumen wird es deshalb zu Nachverdichtungen kommen, für die Grünflächen aufgegeben werden. Dies erfordert neue Konzepte wohnortnaher, verdichteter und vertikaler Grünentwicklung.

Eine funktionierende Stadtgesellschaft benötigt qualitätsvolle Freiräume. Aufgrund der vielen Funktionen von Stadtgrün gibt es jedoch auch Nutzungskonkurrenzen, etwa zwischen Gesundheit- und Freizeitaktivitäten einerseits und Stadtnatur andererseits. Auch kann die Nachverdichtung lokal zu Verlusten an öffentlichen Grünflächen und deren Vernetzung führen. Und die Integration von Freiraumplanung und Naturschutz in Konzepten zur Innenentwicklung stellt eine große Herausforderung für Kommunen dar.

Innerstädtische Grün- und Erholungsflächen bedecken in Deutschland knapp neun Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Nach Berechnungen des BBSR ist der Anteil der Grünflächen in sozial benachteiligten Quartieren deutlich geringer als das gesamtstädtische Bundesmittel. Die Verschärfung der sozio-ökonomischen Unterschiede spiegelt sich damit auch in der Verteilung von Stadtgrün wider. Verstärkt wird das Problem dadurch, dass sozial benachteiligte Lagen oftmals einer erhöhten Umweltbelastung ausgesetzt sind. Dies führt zu einer zusätzlichen Benachteiligung der Wohnbevölkerung.

Der finanzielle Spielraum für das Stadtgrün ist in vielen Städten deutlich eingeschränkt. Insbesondere für Kommunen in Haushaltsnotlage ist es schwierig, den steigenden Anforderungen an öffentliche Grünflächen nachzukommen. Der Pflegezustand öffentlichen Grüns verschlechtert sich weiterhin. Das Management von urbanen Grünanlagen muss daher eine nachhaltige Pflegekultur bis hin zu einem Lebenszyklusmanagement umfassen.

Grünbuch Stadtgrün

Das BBSR hat 2014/2015 federführend und in behördenübergreifender Kooperation mit dem Bundesamt für Naturschutz und dem Julius Kühn-Institut das Grünbuch „Grün in der Stadt – für eine lebenswerte Zukunft“ erarbeitet. Es beleuchtet das Thema aus Sicht der Stadtentwicklung und fächert die verschiedenen Facetten in einer Bestandsaufnahme auf. Der Grünbuchprozess wurde durch die Beteiligung von Ländervertretern, Verbänden und Experten aus Wissenschaft und Praxis sowie durch einen Hochschulwettbewerb „Zukunftsbilder einer grünen Stadt“ qualifiziert. Das Grünbuch war der Auftakt einer groß angelegten Initiative zum Grün in der Stadt.

Auf dem Bundeskongress am 10. und 11. Juni 2015 in Berlin wurde das Grünbuch erstmals einer breiten Öffentlichkeit präsentiert. Die Rückschau auf den Kongress zeigt, dass das Grünbuch sowohl für Länder als auch für Kommunen eine wichtige Argumentationshilfe



Durchgrünte und lebendige urbane Freiräume.

seitens des Bundes liefert, um die Grünentwicklung vor Ort strategisch und inhaltlich weiterzuentwickeln. Zudem können Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Grün- und Freiräume durch Mittel der Städtebauförderung unterstützt werden, denn Bund und Länder haben sich in den Verwaltungsvereinbarungen von 2014 und 2015 darauf geeinigt, das Grün in der Stadt explizit zu stärken.

In einem nun folgenden Weißbuchprozess sollen unter Federführung des BBSR und unter Beteiligung verschiedener Bundesministerien bis 2017 konkrete Handlungsstrategien zum Grün in der Stadt erarbeitet werden. Im Ergebnis sollen Ansatzpunkte für zukünftige Maßnahmen zur Entwicklung und Qualifizierung grüner Infrastruktur abgeleitet werden.

Forschungscluster „Grün in der Stadt“

Der Weißbuchprozess wird von diversen Forschungsaktivitäten des BBSR be-

gleitet: Wichtige Themen sind dabei die Qualifizierung von Grünflächen auch bei Nachverdichtung, die Ausarbeitung qualitativer und quantitativer Handlungsziele für Stadtgrün, die Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt, die Entwicklung der Gartenstadt 21 sowie Maßnahmen zur Grün- und Freiraumentwicklung im Rahmen der Städtebauförderung. 2016 wird das Bundesinstitut ein neues ExWoSt-Forschungsfeld „Green Urban Labs“ mit Modellvorhaben starten. Darin werden beispielhafte Ansätze erprobt, etwa neue Grünpflegeansätze, smarte Grün-Informationssysteme oder Gesundheitsprävention durch vernetzte Grünflächen. Parallel dazu werden seit 2014 konkrete Umsetzungsprojekte im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms „National bedeutsame Projekte des Städtebaus“ initiiert. Forschungsprojekte und Weißbuchprozess sind ein neuer Forschungsschwerpunkt des BBSR.

Hinzu kommen Forschungsaktivitäten der am Weißbuchprozess unmittelbar beteiligten Behörden, etwa des Bundesamtes



Luftbild: neue Gartenstädte mit wohnortnahe und multifunktionalem Grün.

für Naturschutz zur „Urbanen Grünen Infrastruktur“, zur ökologischen und sozialen Gerechtigkeit oder Forschungsprojekte des Umweltbundesamtes. Ergebnisse dieses Forschungsclusters fließen in den Weißbuchprozess ein.

Ausblick

Mit dem Weißbuch werden unter Beteiligung verschiedener Bundesministerien, der Länder, Verbände sowie Experten aus Wissenschaft und Praxis bis 2017 konkrete Handlungsstrategien erarbeitet und die geplanten Maßnahmen des Bundes im Themenspektrum Stadtgrün dargestellt. Im Weißbuchprozess sollen die Aspekte und Inhalte des Grünbuchs reflektiert werden, um anschließend Maßnahmen zur Entwicklung grüner Infrastruktur und Qualifizierung von Stadtgrün abzuleiten. Das Weißbuch richtet sich v. a. an Kommunen, Länder, Verbände,

(Wohnungs-)Unternehmen, Stiftungen und andere Akteure des Stadtgrüns.

Mit dem Grünbuch- und Weißbuchprozess bietet der Bund einen Rahmen, das Thema „Grün in der Stadt“ und seine Chancen sichtbar zu machen. Anlässlich der Veröffentlichung des Weißbuchs wird im Frühjahr 2017 ein Bundeskongress stattfinden.

Die Stadtforschung soll sich weiterhin mit Stadtgrün auseinandersetzen, zum Beispiel zu Fragen von Gründefiziten, innovativen Finanzierungskonzepten des Lebenszyklusmanagements, der Institutionalisierung wie auch der konkurrierenden Rechtssetzung beim Grünmanagement oder der planerischen Steuerung grüner Infrastruktur. Essentiell bleibt auch künftig die konkrete Umsetzung und Erprobung der Potenziale und Maßnahmen in Modellvorhaben.

Veröffentlichung

BMUB (Hrsg.): Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft, Berlin 2015.

Kontakt

Dr. Fabian Dosch
Referat I 6 – Stadt-, Umwelt- und Raumbeobachtung
Tel.: +49 228 99401-2160
fabian.dosch@bbr.bund.de

Stephanie Haury
Referat I 2 – Stadtentwicklung
Tel.: +49 228 99401-2308
staphanie.haury@bbr.bund.de

Juliane Wagner
Referat I 4 – Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung
Tel.: +49 228 99401-2335
juliane.wagner@bbr.bund.de

THEMA

Monitoring der Städtebauförderung schafft Transparenz

Jürgen Gödecke-Stellmann, Thorsten Wagener

Seit 1971 haben Bund, Länder und Kommunen fast 50 Milliarden Euro für die Städtebauförderung aufgewandt. Wohin die Mittel fließen und wofür sie eingesetzt werden, zeigt das Monitoring des BBSR.

Die Städtebauförderung ist ein Gemeinschaftswerk von Bund, Ländern und Kommunen, um dringende Aufgaben der Stadtentwicklung anzugehen. Allein vom Bund sind seit 1971 16 Milliarden Euro für die Städtebauförderung bereitgestellt worden. Hinzu kommen die Anteile der Länder und der Kommunen (i. d. R. jeweils ein Drittel). Auf diesem Wege sind bisher rund 48 Milliarden Euro für Stadtentwicklungsaufgaben den Kommunen zur Verfügung gestellt worden. Das finanzielle Engagement des Bundes bedarf der politischen Legitimation. Wichtig ist deshalb, transparent zu machen, wie die Mittel eingesetzt werden und welche Wirkungen sie erzielen.

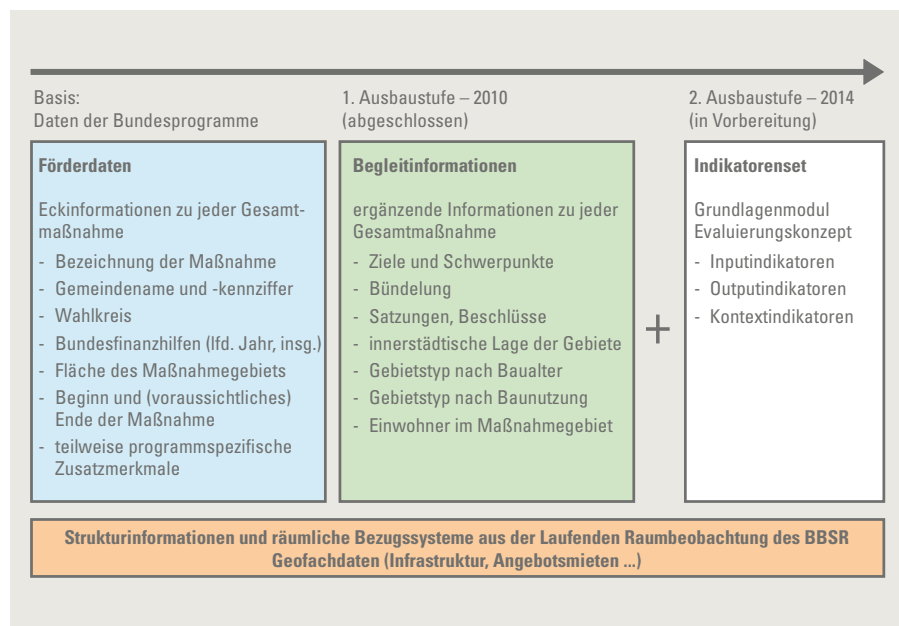
Gemäß Artikel 104b Absatz 3 Grundgesetz sind Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat auf Verlangen über die Durchführung der geförderten Maßnahmen und die erzielten Verbesserungen zu informieren. Der Bund hat deshalb in den zurückliegenden Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, die Informationsgrundlagen zur Programmumsetzung auszubauen. Eine wichtige Funktion erfüllt das Fördermonitoring der Städtebauförderung. 2002 hat das BBSR begonnen, eine empirische Basis für das laufende Monitoring sowie Programmevaluierungen aufzubauen.

Um die Informationsgrundlagen zur Umsetzung der Programme der Städtebauförderung zu verbessern, haben Bund und Länder als Träger der Städtebauförderung gemeinsam mit den kommunalen

Spitzenverbänden 2009/2010 ein programmübergreifendes Evaluierungskonzept für die Städtebauförderung erarbeitet. Ein wesentlicher Baustein dieses Konzeptes ist das „Grundlagenmodul“. Es enthält neben den Förderdaten Informationen aus den Begleitinformationen und als neues Element Input-, Output- und Kontextinformationen zu den Gesamtmaßnahmen der Städtebauförderung. Aus den Förderdaten der Bundesprogramme liegen für jede städtebauliche Gesamtmaßnahme Angaben zum Ort, zu den vom Bund bereitgestellten Finanzhilfen sowie die Bezeichnung und der fördertechnische Status vor. Ergänzende Informationen sind die Flächengröße sowie Beginn und (voraussichtliches) Ende der Gesamtmaßnahme. Zum Teil werden programmspezifische Zusatzmerkmale erhoben. Diese Daten werden durch das BBSR seit 2002 systematisch aufbereitet und bilden den Ausgangspunkt für das Monitoring der Städtebauförderung.

In den sogenannten Begleitinformationen wertet das BBSR seit 2010 zu jeder Maßnahme weitere Merkmale aus. Diese dienen einerseits Prüfzwecken bei der jährlichen Aufstellung der Bundesprogramme zur Städtebauförderung. Andererseits helfen sie, die Struktur der geförderten Maßnahmegebiete besser beschreiben zu können. So kann mit Hilfe der Begleitinformationen Auskunft erteilt werden über die innerstädtische Lage der Maßnahmen, über deren Einwohnergröße und den Gebietstyp sowie über die Bündelung verschiedener Finanztöpfe,

Das Städtebauförder-Monitoring liefert eine differenzierte Datenbasis.

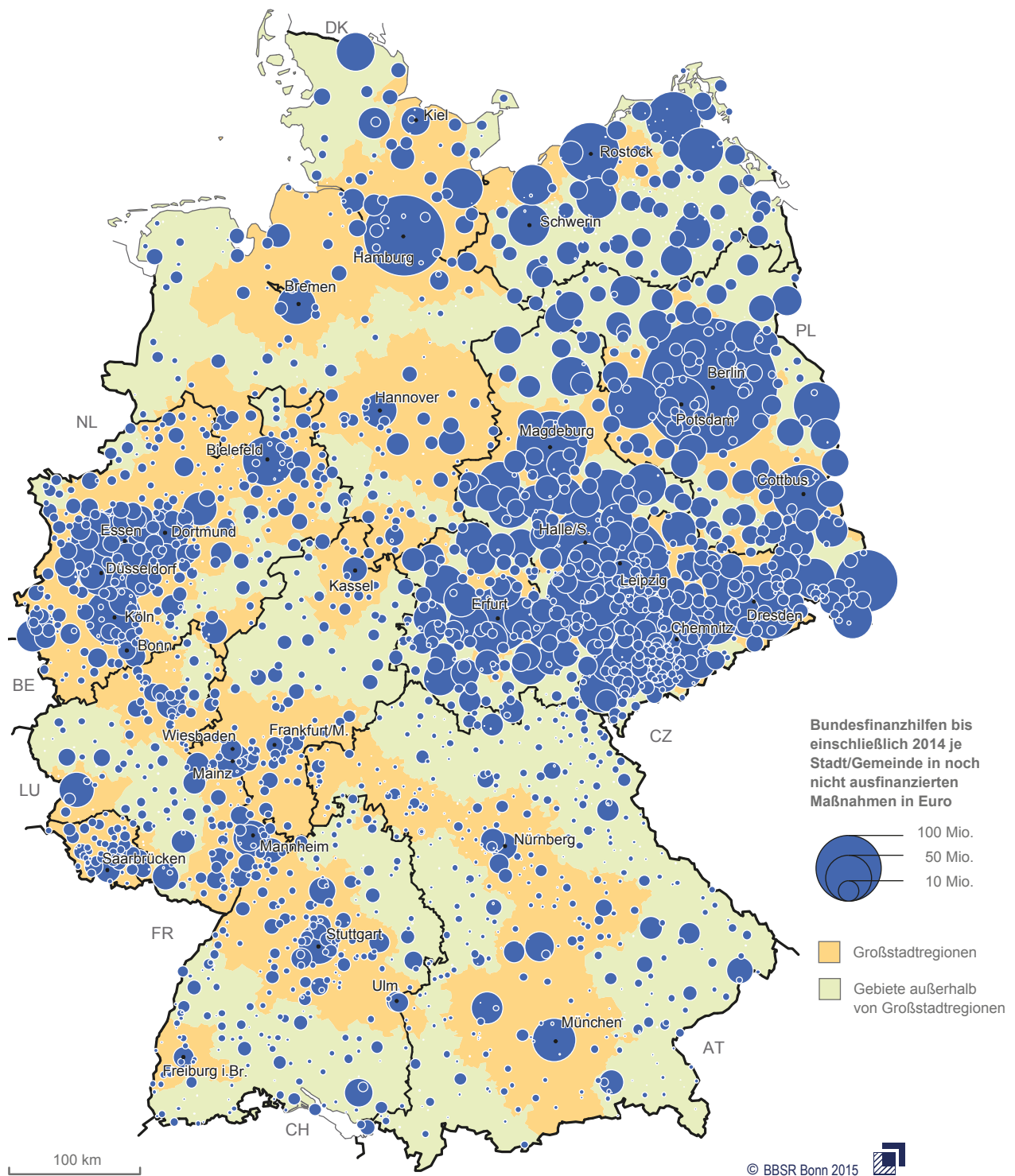


die der Umsetzung im Gebiet dienen. Die Begleitinformationen werden zu Beginn einer Maßnahme erfasst und durch die Kommunen zur jährlichen Programmaufstellung aktualisiert.

Zur Verbesserung der quantitativen Basis des Fördermonitorings im BBSR wurde als weiteres Element des „Grundlagenmoduls“ ein Indikatorenset durch eine Arbeitsgruppe entwickelt, über das zentrale Input-, Output und Kontextindikatoren zu jeder Maßnahme der Städtebauförderung erfasst werden

sollen. Die Arbeitsgruppe war besetzt mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen und kommunale Spitzenverbänden sowie Experten und Expertinnen der amtlichen bzw. Kommunalstatistik, der Städtebauförderung und deren Evaluierung.

Der verbindlichen Einführung des neuen Verfahrens ist eine Erprobungsphase vorgeschaltet worden. Ziel war es, das neue Indikatorenset auf seine Praktikabilität hin zu untersuchen. 2012 sind von den Ländern 20 Teststädte benannt wor-



Datenbasis: Städtebauförderungsdatenbank des BBSR
 Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31.12.2013

Bundesfinanzhilfen der
 Städtebauförderung.

den, um den Entwurf des Indikatorensets intensiv auf Machbarkeit, Aufwand und inhaltliche Aussagekraft hin zu überprüfen. Das BBSR hat alle 20 Kommunen besucht. Aus diesem Prozess konnten wertvolle Hinweise für die Weiterentwicklung des Indikatorensets gewonnen werden. Nach der programmtechnischen Umsetzung 2012 sind im Rahmen einer

Pilotphase von Kommunen zu mehr als 250 Gesamtmaßnahmen der Städtebauförderung Daten in das System eingespeist worden. Ziel der Pilotphase war es, die technische Funktionalität des Verfahrens zu testen und weitere inhaltliche Verbesserungen zu erzielen.



Blankenburg /Harz – Programm-
kommune im Städtebaulichen
Denkmalschutz West.

Das Indikatorenset aus Input-, Output- und Kontextindikatoren zu den Maßnahmen der Städtebauförderung bildet die letzte Ausbaustufe des Monitorings. Seit 2014 werden diese Daten von den Kommunen für das zurückliegende Jahr erfasst. Damit verfügt der Bund in Zukunft über eine wesentlich differenziertere Datenbasis.

So kann mit den neuen Daten die Kooperationsstruktur in den Fördergebieten über alle Programme abgebildet werden. Bei der Sozialen Stadt zeigt sich, dass Vereine sehr eng eingebunden sind. Bei vier von fünf Gesamtmaßnahmen der Sozialen Stadt sind Vereine Teil der bestehenden Kooperationsbeziehungen. Ähnlich stark beteiligt sind Quartiersbeiräte, Bewohnergremien und das

Quartiersmanagement. Die Wohnungswirtschaft, religiöse Einrichtungen und Beratungsstellen sind bei mehr als 70 Prozent der Maßnahmen der Sozialen Stadt Teil der Kooperationsstrukturen. Hieraus lässt sich ablesen, wie differenziert vor Ort die Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen der Bürgerinnen und Bürger und die Mobilisierung ehrenamtlichen Engagements gelungen ist.

Mit dem Monitoringsystem des BBSR schafft der Bund die Voraussetzungen, um Politik und Öffentlichkeit über den Umsetzungsstand der Städtebauförderung zu informieren. Es liefert wichtige Datengrundlagen für Programmevaluationen und bietet dem Bundesbauministerium grundlegende Informationen für die Programmsteuerung.

Veröffentlichung

BBSR (Hrsg.): Monitoring der Städtebauförderung im BBSR, BBSR-Analysen KOMPAKT 3/2015, Bonn.

Internet

www.staedtebaufoerderung.info

Kontakt

Jürgen Götdecke-Stellmann
Referat I 4 – Städtebauförderung,
Soziale Stadtentwicklung
Tel.: +49 228 99401-2261
juergen.goeddecke@bbr.bund.de

Thorsten Wagener
Referat I 4 – Städtebauförderung,
Soziale Stadtentwicklung
Tel.: +49 228 99401-1591
thorsten.wagener@bbr.bund.de

THEMA

Europa ist voller Unterschiede – und hat dennoch vieles gemeinsam

Volker Schmidt-Seiwert, Kirsten Hohmann

Ein neuer Atlas veranschaulicht die Lebensbedingungen in Europa. Er beschreibt anhand von Karten und Infografiken ein buntes Bild der Regionen, von deren Unterschieden und Gemeinsamkeiten.

Wie viele Menschen in Europa leben in Städten? Welchen Beitrag haben die Stadtregionen an der Wirtschaftsleistung? Wie verändert sich die Verteilung der Bevölkerung? Wie entwickeln sich die Regionen im Spiegel der EU-2020-Strategie? Antworten auf diese und viele weitere Fragen zu räumlichen Strukturen und Entwicklungen in Europa finden sich in einem Atlas des europäischen Forschungsnetzwerks ESPON.

Mit rund 180 Karten und Infografiken sowie kurzen Erläuterungstexten vermittelt er ein synoptisches Bild der Lebensbedingungen in den Regionen Europas, wie sich diese entwickeln, welche Stärken sie haben, welche Gemeinsamkeiten sie besitzen, wo sich die Unterschiede zeigen und diese sich auch zu vergrößern drohen.

Der ESPON-Atlas bietet ein breites Spektrum räumlicher Information zum Nebeneinander und zur Bedeutung von Städten und ländlichen Regionen. Darüber hinaus beschreibt er Schlüsselbereiche, die für das Zusammenwachsen der Regionen in Europa eine besondere Bedeutung haben: Gesellschaft und Integration, Arbeit und Wirtschaft, Umwelt und Klima sowie Infrastruktur. Integrierte Betrachtungen befassen sich mit den regionalen Aspekten der EU-2020-Strategie, der räumlichen Dimension von EU-Politik und der transnationalen Zusammenarbeit im Rahmen von Interreg. Das Bundesinstitut

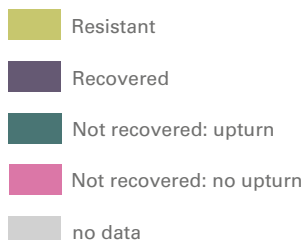
für Bau-, Stadt- und Raumforschung hat den Atlas in einer internationalen Projektgruppe federführend in Kooperation mit der ESPON-Koordinierungseinheit konzipiert und produziert.

211 Millionen Menschen leben in städtischen Regionen

In Europa leben 211 Millionen Menschen in städtischen Regionen. Das entspricht den Einwohnerzahlen von Frankreich, Spanien, Portugal und dem Vereinigten Königreich zusammen. Alleine in den Hauptstadtregionen leben 28 Prozent der Bevölkerung. Während die Bevölkerungszahl in der EU und den EFTA-Staaten, sie bilden zusammen die Länder, die am ESPON-Programm beteiligt sind, in den letzten 20 Jahren insgesamt um rund 0,3 Prozent pro Jahr zugenommen hat, gehörten die Hauptstädte zu den am schnellsten wachsenden Regionen in Europa. Der Zuwachs war hier mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtentwicklung.

Dieser Trend zeichnet sich in nahezu allen Ländern ab, insbesondere in Süd- und Osteuropa. Dort liegen die Zuwächse der Hauptstadtregionen deutlich über den Landesdurchschnitt. In Deutschland ist es nicht die Hauptstadtregion, sondern es sind die großen Metropolregionen (second tier metro region), die den stärksten Bevölkerungszuwachs aufweisen. Nicht alle ländlichen Regionen verlieren Einwohner.

Development trend of regional employment in respect to the crisis and afterwards



Regional level: NUTS 2 (2006)
 Source: Project ECR2, 2014
 Origin of data: Cardiff University, 2014
 © UMS RIATE for administrative boundaries

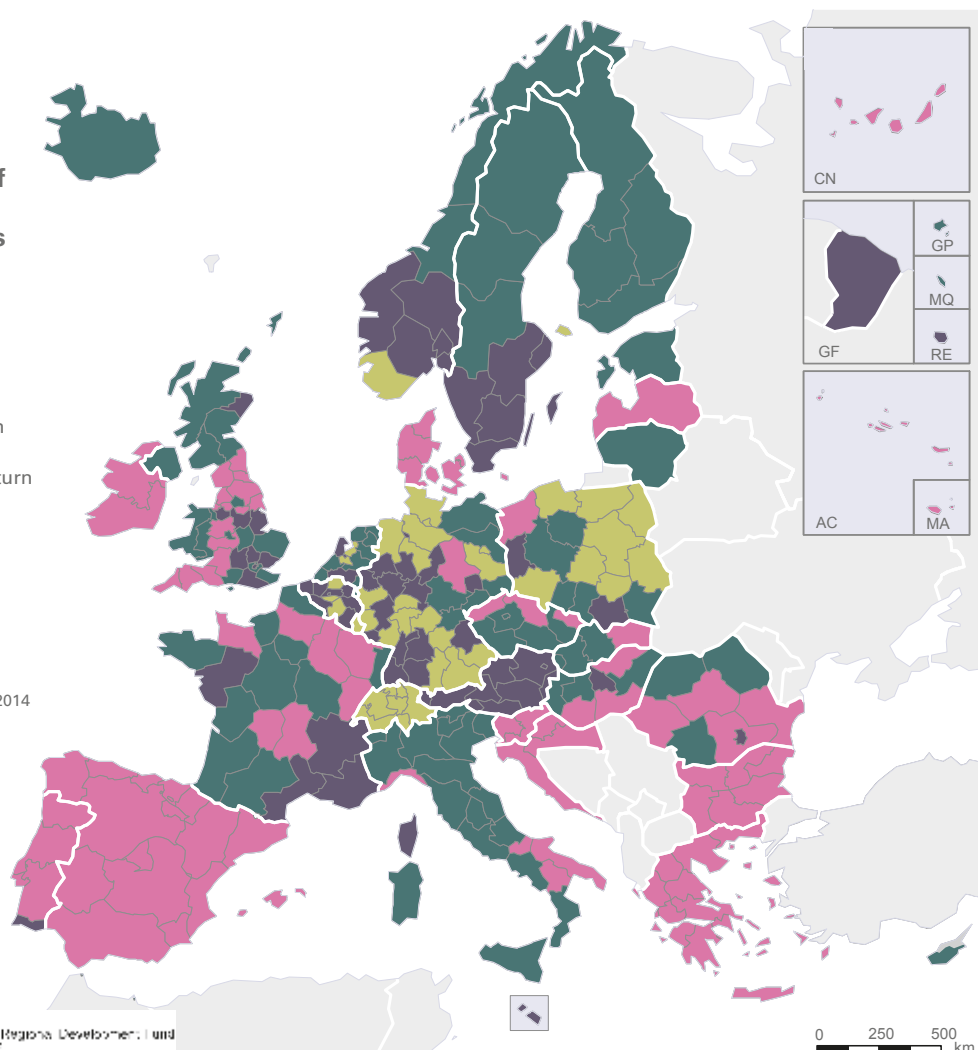
This map does not necessarily reflect the opinion of the ESPON Monitoring Committee



© BBSR, ESPON Atlas, 2014



EUROPEAN UNION
 Part-financed by the European Regional Development Fund
 INVESTING IN YOUR FUTURE



Robustheit der Arbeitsmärkte in der
 Wirtschafts- und Finanzkrise.

Wirtschaftsstarke Metropolregionen

Der Beitrag der Metropolregionen für die regionale und nationale Wirtschaft ist beträchtlich. Die Konzentration der Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Bedeutung der Metropolregionen variieren allerdings stark.

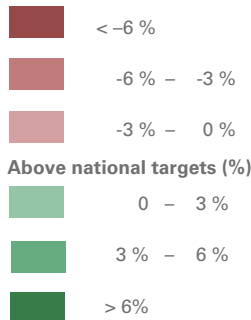
In Deutschland haben die sieben wirtschaftsstärksten Metropolregionen einen Anteil von rund 40 Prozent am nationalen BIP. Die Bedeutung einzelner Regionen ist aber durchaus vergleichbar und ausbalanciert. Die Region mit dem höchsten Anteil, Düsseldorf-Ruhrgebiet, bringt es auf einen Anteil von knapp zehn Prozent. In anderen Ländern, etwa im Vereinigten Königreich, erwirtschaften die sieben wirtschaftlich wichtigsten

Regionen rund die Hälfte des BIP, allein in London konzentriert sich ein Drittel der Wirtschaftsleistung. In einigen Ländern wird die wirtschaftliche Bedeutung der Hauptstadtregionen besonders deutlich: In Finnland werden drei Viertel der Wirtschaftsleistung in der Region Helsinki erbracht, in Ungarn und in Griechenland jeweils fast die Hälfte.

Tiefgreifende Effekte der Wirtschafts- und Finanzkrise

Die Wirtschaftskrise hat einen tiefgreifenden Effekt auf die Entwicklung des BIP in Europa, in manchen Ländern ist das Ende noch nicht in Gänze absehbar. Einige Regionen fanden ihren Weg hinaus aus der Krise, in anderen Regionen kann bisher nicht von einer stabilen Wirtschaftslage gesprochen werden.

Regional employment rate represented to the 2020 national targets



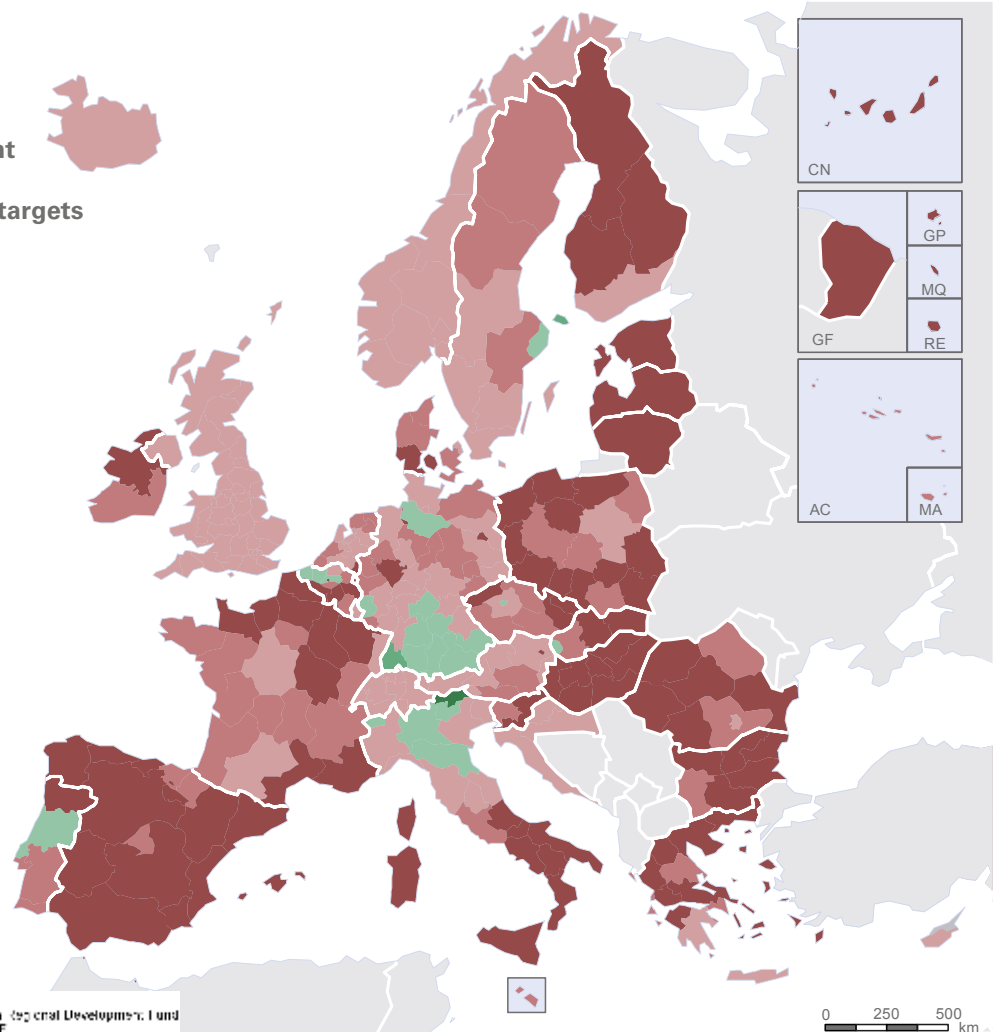
Regional level: NUTS2 (2006)
Source: SIESTA, 2012
Origin of data: ESPON CU
© UMS RIATE for administrative boundari

This map does not necessarily reflect the opinion of the ESPON Monitoring Committee

ESPON

© LLTK, ESPON Atlas, 2014

EUROPEAN UNION
Part-financed by the European Regional Development Fund
INVESTING IN YOUR FUTURE



EU-2020-Ziele und Arbeitslosigkeit.

In den Regionen, die am stärksten von der Krise getroffen waren, nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2009 im Vergleich zu 2008 um 3,6 Millionen ab, 2010 verloren weitere 2,5 Millionen ihre Arbeit. Insgesamt nahm die Zahl der Erwerbstätigen allein in diesen Regionen bis 2013 um 10,3 Millionen ab.

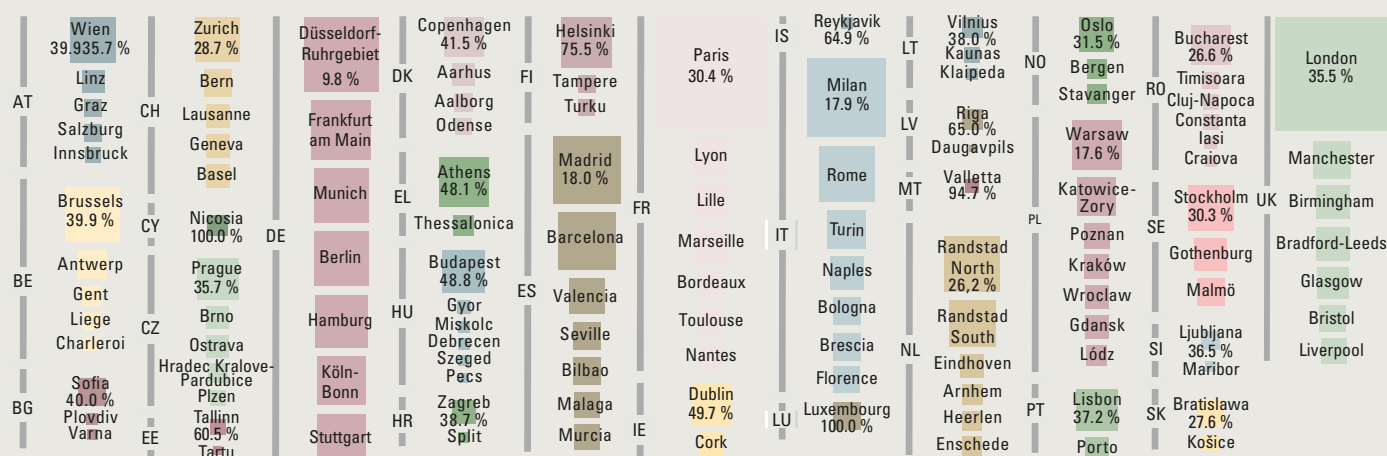
In den Regionen, deren Wirtschaft sich erholt, steigt mit dem BIP auch wieder die Zahl der Erwerbstätigen. Es gibt aber auch Regionen, die in ihrer Wirtschaftsleistung wieder das Vorkrisenniveau erreicht haben, die Beschäftigung aber bisher nicht diesem Trend folgt, etwa in Italien und Frankreich, aber auch in den skandinavischen Ländern. Eindeutig scheint der Trend zu sein, dass sich die Entwicklung der Industriebeschäftigung von der wirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt.

Die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Sektor ist in allen Regionen rückläufig.

Intelligent, nachhaltig und integrativ wachsen – Europa 2020

Drei Prioritäten mit acht Zielen bilden die Leitplanken der Europäischen Entwicklungen bis zum Jahr 2020. Die Prioritäten der EU-2020-Strategie lauten Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft, Bildung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung.

Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und auch für die öffentlichen Finanzen ist eine breite Basis der Erwerbstätigkeit. Bis zum Jahr 2020 sollen in Europa insgesamt 75 Prozent der 20- bis 64-Jährigen



Anteil von Metropolregionen
am Bruttoinlandprodukt.

einer Arbeit nachgehen. Die Länder haben hierbei Spielräume, für die Ziele der EU-2020-Strategie gibt es jeweils national festgelegte Schwellenwerte. Aber schon ein Blick auf die Erwerbsbeteiligung zeigt, dass die Messlatte in einigen Ländern vielleicht etwas hoch hängen könnte, wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Region das gesteckte nationale Ziel erreicht und viele noch deutlich davon entfernt sind.

Das gilt nicht nur für die Beschäftigung, sondern auch in anderen Bereichen wie der Bildung. Zwar setzt die EU-2020-Strategie keine regionalen Zielwerte, die Spannweite der momentan existierenden regionalen Anteile zeigt aber, wie schwierig das Erreichen der nationalen Vorgaben sein könnte.

Das Europäische Raubeobachtungsnetzwerk ESPON dient der Verbesserung der Wissens- und Informationsgrundlagen der Europäischen Raumentwicklungspolitik. Die Analysen und Werkzeuge zu regionalen und städtischen Entwicklungen unterstützen die Weiterentwicklung von EU- und nationalen Förderpolitiken. Am Programm beteiligt sind die 28 Mitgliedstaaten der Union, Norwegen, Schweiz, Liechtenstein und Island sowie die Europäische Kommission.

Der Atlas fasst die Forschungsergebnisse von rund 70 ESPON-Projekten zusammen und richtet sich an Entscheidungsträger in Verwaltung und Politik, die sich über die Entwicklungsperspektiven ihrer Regionen informieren möchten. Darüber hinaus spricht er Wissenschaftler und Studierende an. Lehrer können die Karten als Unterrichtsmaterial nutzen.

Veröffentlichung

ESPON (Hrsg.): ESPON-Atlas. Mapping European Territorial Structures and Dynamics, Luxemburg, 2014.

Internet

<http://atlas.espon.eu>

Kontakt

Volker Schmidt-Seiwert
Referat I 3 – Europäische Stadt- und Raumentwicklung
Tel.: +49 228 99401-2246
volker.schmidt-seiwert@bbr.bund.de

THEMA

TraViMo – Neue Wege in der Visualisierung von Verkehrsströmen

Bernd Buthe

Jeden Tag werden Unmengen von verkehrsstatistischen Daten über den Güter- und Personenverkehr generiert und gespeichert. Um aus diesen Daten Erkenntnisse ziehen zu können, bedarf es effizienter Methoden der Aufbereitung und Auswertung. Mit dem Transportstrom-Visualisierungs-Modell (TraViMo) hat das BBSR ein regionales Data-Mining-Instrument entwickelt, welches für die unterschiedlichsten Zwecke genutzt werden kann.

Die zunehmende Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten, das regionale Verkehrsgeschehen zu erfassen und zu analysieren. Das Transportstrom-Visualisierungs-Modell (TraViMo) des BBSR ermöglicht die schnelle wie übersichtliche räumlich differenzierte Auswertung und Darstellung komplexer Analyseergebnisse in kartographischer oder tabellarischer Form. Mit TraViMo können alle Transporte im Güterverkehr von und nach Deutschland sowie Verflechtungen innerhalb Deutschlands nach 81 Gütergruppen ausgewiesen werden. Im Personenverkehr können ähnlich wie im Güterverkehr die Verkehrsströme differenziert nach Verkehrsträgern sowie nach verschiedenen Fahrtzwecken dargestellt werden.

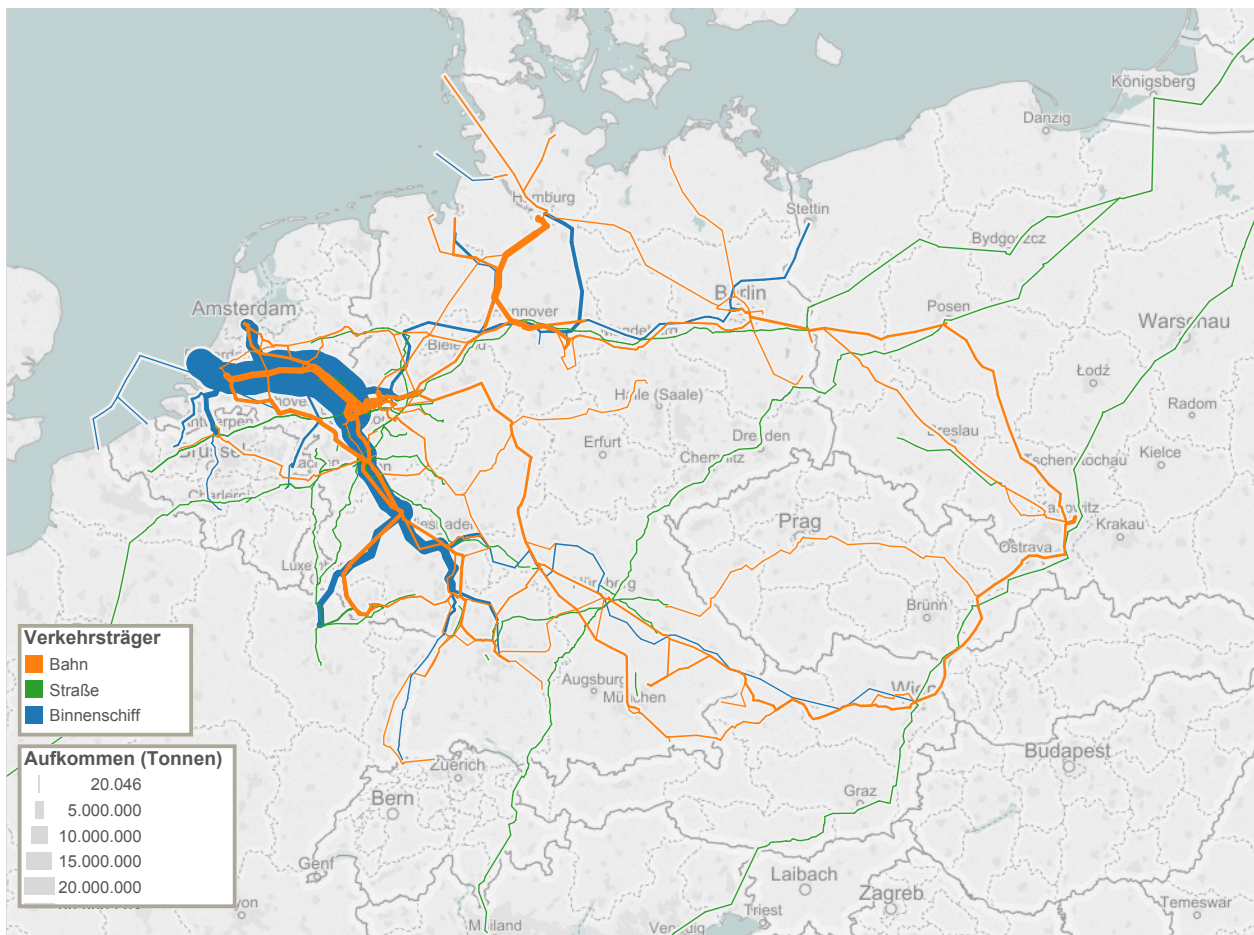
Wie TraViMo genutzt werden kann: Beispiel Steinkohle-Logistik

Mobilität und Verkehr haben eine große Bedeutung für die Entwicklung von Gesellschaften, Volkswirtschaften und Regionen. Wie gut eine Region an das Verkehrsnetz angebunden ist, entscheidet maßgeblich über ihre Standortchancen. Trotz der großen Bedeutung der Mobilitäts- und Verkehrspolitik gibt es für das Politikfeld deutschlandweit bisher kaum regionalisierte Daten und Analysen. TraViMo basiert auf einer Business-Intelligence-Software, die Verkehrsströme analytisch verknüpft und visualisiert. Das ermöglicht regionale Auswertungen der Transportwege von einzelnen Gütergruppen wie z. B. Steinkohle.

Eine empirische Analyse der Steinkohletransporte zeigt neben dem Zielgebiet auch, aus welcher nationalen oder internationalen Quellregion die Steinkohle stammt. Mit ihren großen Seehäfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen (ARA) sind insbesondere die niederländischen und belgischen Herkunftsregionen für Deutschland wichtig. Die ARA-Häfen sind weltweite Umschlagsknotenpunkte für die Steinkohletransporte. Die deutschen Kraftwerksbetreiber beziehen daher vermehrt Steinkohle aus dieser Region. Die Abbildung (S. 42) zeigt die Verkehrsverflechtungen ab einer Gesamtmenge von 20 000 t. Neben den hohen Volumina aus dem ARA-Gebiet sind insbesondere die Transporte aus Polen für die nationale Steinkohleverversorgung wichtig. Der Seehafen Hamburg hat eine besondere Bedeutung, da dieser bei internationalen Lieferschwierigkeiten die deutsche Rohstoffversorgung per Bahn zum Teil sichern könnte.

Durch die Kombination mit weiteren Datengrundlagen und wissenschaftlichen Modellen verfügt TraViMo über eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten:

- Prognose zukünftiger Verkehrsströme
- Abschätzung von Maßnahmen zum Klimaschutz
- Schnelle Visualisierung des Verkehrsgeschehens einer ausgewählten Region und Bereitstellung regionaler Verkehrsdaten



Transportwege der Steinkohle.

- Notfallplanung bei einem Verkehrsträgerausfall – Identifikation von besonders wichtigen Transportströmen
- Raumplanung – Bewertung der verkehrlichen Wirkungen raumplanerischer Maßnahmen
- Abschätzung gesamtwirtschaftlicher Effekte (z. B. Potenzialuntersuchungen)
- Verkehrsinfrastrukturplanung – Abschätzung verkehrlicher Wirkungen von Investitionen
- Branchenspezifische Analysen, z. B. Steinkohlelogistik

Analysen unterstützen Krisenmanagement

Extreme Wetterereignisse, Naturkatastrophen oder terroristische Anschläge können die Verkehrsinfrastrukturen schädigen oder sogar zerstören. Wie das Beispiel der Aschewolke im April des Jahres 2010 für den Luftverkehr zeigt,

kann es sogar zu einem mehrtägigen Ausfall eines kompletten Verkehrsträgers kommen. Das BBSR hat in enger Abstimmung mit dem Bundesverkehrsministerium ein Informationssystem für das Krisenmanagement auf Basis von TraViMo entwickelt. Ziel ist es, räumlich differenziert alle Transportströme zu identifizieren, die eine zentrale Bedeutung für Schlüsselbereiche der Wirtschaft, die innere Sicherheit und die Aufrechterhaltung des Gemeinwesens haben.

Da Naturkatastrophen und Wetterextreme in Deutschland immer mehr an Bedeutung gewinnen, erarbeitet das BBSR gemeinsam mit anderen Forschungseinrichtungen des Bundes unter Koordination des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe auch regelmäßig Risikoanalysen, die sich mit derartigen Ereignissen beschäftigen. 2014 war das Szenario einer schweren



Mithilfe von TraViMo lässt sich bestimmen, auf welchen Wegen welche Güter transportiert werden.

Sturmflut an der deutschen Nordseeküste Gegenstand einer solchen Analyse. Als Ergebnis wurde gezeigt, was eine schwere Sturmflut für die Verkehrsinfrastruktur bedeuten würde und welche Folgen sie für die Güterversorgung und das produzierende Gewerbe hätte.

Nicht alle Güter sind von ihrer Bedeutung her für die innere Sicherheit und das Gemeinwesen gleichwertig einzustufen. Auch der Stillstand von Industriebranchen mit besonderer Bedeutung kann einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen. Umso wichtiger ist es, die von sicherheitsrelevanten Transporten genutzte Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der Risikoanalyse zu identifizieren. Es zeigt sich, dass die

Beeinträchtigungen des Verkehrs im sturmflutgefährdeten Gebiet nicht nur regionale, sondern auch europaweite Auswirkungen auf die Verkehrsströme haben.

Mit TraViMo geht das BBSR durch den Einsatz von Business-Intelligence-Software neue Wege. Um einem breiten Fachpublikum räumliche Verkehrsanalysen und Verkehrsströme zur Verfügung zu stellen, werden bisher kaum handhabbare Datenbestände für die Wissenschaft und für die Politikberatung nutzbar gemacht. Auf diese Weise können konkrete wissenschaftliche oder verkehrsplanerische Fragestellungen bedarfsgerecht beantwortet werden.

Veröffentlichungen

BBSR (Hrsg.): Verkehrsbild Deutschland – Regionale Analysen durch Data-Mining, BBSR-Analysen KOMPAKT 06/2014, Bonn.

BBSR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3.2014, Räumliche Organisation des Güterverkehrs, Bonn.

BBSR (Hrsg.): Robustheit des Verkehrssystems, Anpassungsbedarf bei der Steinkohlelogistik?, BBSR-Analysen KOMPAKT 11/2013, Bonn.

BBSR (Hrsg.): Verkehrliche Auswirkungen einer Sturmflut – Transportströme und Erreichbarkeiten, BBSR-Analysen KOMPAKT 06/2015, Bonn.

Kontakt

Bernd Buthe
Referat I 5 – Verkehr und Umwelt
Tel.: +49 228 99401-2332
bernd.buthe@bbr.bund.de

Wohnen/Immobilien



FOKUS

Wohnen/Immobilien

Rolf Müller

Wo braucht es angesichts steigender Mieten und Preise und drastisch steigender Flüchtlingszahlen mehr Wohnungsneubau und was ist dafür notwendig? Welche Maßnahmen sind erforderlich und was kann der Immobilienbestand beitragen, um die Knappheiten auf angespannten Wohnungsmärkten zu überwinden? Welche strukturellen Veränderungen vollziehen sich auf Seiten der Wohnungsanbieter und welche Bedeutung kommt in diesem Kontext den kommunalen Eigentümern zu? Wie lassen sich politische Vorhaben wie etwa die Stärkung und Verbreiterung der Mietspiegel umsetzen? Diese und weitere Fragen bestimmen die Forschungstätigkeiten des BBSR im Bereich Wohnen und Immobilien.

Langjährige Wohnungsmarktbeobachter und erfahrene Fachpolitiker und Praktiker wissen seit langem, dass sich die Situation auf den Wohnungsmärkten vergleichsweise rasch ändern kann. Infolge langer Planungs- und Realisierungsphasen kann das Wohnungsangebot nur verzögert auf oftmals kurzfristige Nachfragesteigerungen reagieren. Zumal wenn die Nachfrage infolge exogener Faktoren wie etwa der europäischen Finanzkrise 2008/2009 und des dadurch induzierten internationalen Kapitalzustroms auf die deutschen Immobilienmärkte in einem kurzen Zeitraum sehr stark wächst, die Zuwanderungen – wie derzeit in Folge des Flüchtlingsstroms besonders drastisch – steigen und zugleich die jährliche Neubautätigkeit unter das ohnehin mittel- und langfristig erforderliche Niveau sinkt, müssen bei einem relativ starren Wohnungsangebot die Preise steigen, die Warteschlangen wachsen und das Angebot preisgünstiger Wohnungen sinken. Der Nachfragedruck verteilt sich ungleichmäßig über das Land. Im Einklang mit den Binnenwanderungen und vermutlich auch im Kontext der Flüchtlingsproblematik entfaltet er sich besonders in den attraktiven Ballungsräumen und den wachstumsstarken Regionen. In den strukturschwächeren Regionen bestimmen hingegen Leerstände und niedrige Mieten das Bild. Die Spreizung der ohnehin schon regional differenzierten Wohnungsmärkte nimmt also weiter zu.

Da sich der Nachfragedruck aber nicht gleichförmig über das Land verteilt,

sondern sich im Einklang mit den Binnenwanderungen und vermutlich auch im Kontext der Flüchtlingsproblematik insbesondere in den attraktiven Ballungsräumen und den wachstumsstarken Regionen entfaltet, während in den strukturschwächeren Räumen eher Leerstände und niedrige Mieten das Bild bestimmen, nimmt die Spreizung der ohnehin schon regional differenzierten Wohnungsmärkte weiter zu. Diese Dichotomie zum einen und der wachsende Handlungsdruck sowie die damit verbundene Suche nach geeigneten Lösungsansätzen zum anderen zeigen in groben Umrissen Bandbreite und Komplexität des Themas.

Genau diese Situation bestimmt maßgeblich die aktuellen wohnungspolitischen und immobilienwirtschaftlichen Arbeitsinhalte des BBSR als Ressortforschungseinrichtung des zuständigen Bundesministeriums.

Spätestens seit dem Bundestagswahlkampf 2012/2013, in dem kräftig steigende Mieten und auch manche Exzesse auf dem Wohnungsmarkt die Schlagzeilen und die öffentlichen Diskussionen bestimmten und die Wohnungspolitik (wieder) zu einem wichtigen innenpolitischen Thema wurde, hat der politische Informations-, Beratungs- und Unterstützungsbedarf erheblich zugenommen. Dabei bildet das im Juli 2014 auf Bundesebene begründete „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ die Organisations- und Diskussionsplattform



Wo ist Platz für neue Wohnungen? In Großstädten wie Frankfurt am Main sind viele tausend neue Wohnungen entstanden. Bauland ist knapp.

für die Entwicklung von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden gemeinschaftlich getragener Maßnahmen zur Bewältigung aktueller wohnungspolitischer Herausforderungen. Das BBSR ist in die Arbeiten der einzelnen Arbeitsgruppen intensiv eingebunden und unterstützt mit seiner Expertise die Erarbeitung geeigneter Lösungsvorschläge.

Wesentliche Elemente sind dabei die auf der laufenden Wohnungsmarktbeobachtung des BBSR basierenden eigenen Analysen zur sozialen Absicherung des Wohnens und zur Entwicklung der Wohnungsmärkte, namentlich der Mieten, der Preise und der Bautätigkeit. Mit fachlichen und analytischen Unterstützungsarbeiten flankieren die Experten aktuelle Gesetzgebungsvorhaben wie die Mietpreisbremse, die Wohngeldreform 2016 oder die vorgesehene Stärkung und Verbreitung der Mietspiegel. Mit der im Mai 2015 veröffentlichten Wohnungsmarktprognose 2030 wurde der Neubaubedarf aktualisiert und bereits nach oben korrigiert. Aufbauend auf den Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen des BBSR weist sie als modifizierte Trendfortschreibung den auf mittlere Sicht zu erwartenden Bedarf an neuen Wohnungen sowie die voraussichtlichen Entwicklungslinien der Wohnungsnachfrage

nach Gebäudeart und regional differenziert aus. In Folge der von niemandem vorherzusehenden, unerwartet hohen Zuwanderungen im Verlauf des Jahres 2015 ist inzwischen allerdings von einem deutlich gestiegenen Wohnungsbedarf auszugehen. Hierzu wird das BBSR Szenarienberechnungen vornehmen, da „erratische Schocks“ keine Verlängerungen der bisherigen Trendverläufe zulassen.

Gerade in Zeiten enger Wohnungsmärkte mit einem knappen Wohnungsangebot vor allem im preisgünstigeren Segment richtet sich das Augenmerk verstärkt auch auf die Möglichkeiten, die der Gebäudebestand zur dauerhaften Entlastung und Flüchtlingsversorgung bieten kann. Neben Aufstockungen und Dachgeschossausbauten kann die Umwandlung von Nichtwohngebäuden in Wohnimmobilien hier eine erfolgversprechende Strategie sein, die nicht nur die vorhandenen Infrastrukturen nutzt und damit fiskalisch und städtebaulich von Vorteil ist, sondern gerade auch dem sparsamen Umgang mit Grund und Boden entgegenkommt. Eine inzwischen abgeschlossene Bestandsaufnahme erfolgter Umwandlungsprojekte hatte zum Ergebnis, dass dadurch zumeist Wohnungen im gehobenen Preissegment geschaffen wurden. Aus einem neu gestarteten



Der Geschosswohnungsbau entwickelte sich zuletzt besonders dynamisch. Hochhaus in Düsseldorf.

Forschungsfeld sollen nun anhand von Modellvorhaben weitere Erkenntnisse zu konkreten bau-, planungs- und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen gewonnen werden, um vielleicht auch einen höheren Anteil preisgedämpfter Wohnungen bei Umwandlungsprojekten realisieren zu können.

Wenngleich aktuell die Unterbringung der Flüchtlinge und die Knappheit preisgünstiger Wohnungen in den dynamischen und wirtschaftsstarken Städten und Regionen die Diskussion maßgeblich bestimmt, dürfen die weiteren wohnungs- und immobilienwirtschaftlichen Herausforderungen – gerade auch in den ausgeglichenen oder schrumpfenden Regionen – nicht aus dem Blick geraten. Die Anpassung der Bestände an die energie- und klimapolitischen Erfordernisse, die demografischen Veränderungen, aber auch der Umgang mit leerstehenden Gebäuden, die strukturelle Zusammensetzung der Anbieterseite oder der Stel-

lenwert kommunaler Wohnungsbestände sind zentrale Themen für eine dauerhaft gute und zukunfts feste Wohnungsver-sorgung zu bezahlbaren Preisen. Dabei kommt es nicht unwesentlich darauf an, die Interdependenzen und Querbezüge zu Fragen etwa der Stadtentwicklung, der Raumordnung, der Baukultur, der Energie- und Umweltpolitik oder der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik zu beachten und möglichst integrierte und integrierende Lösungswege zu finden. Bestehende Zielkonflikte müssen aufgezeigt und politisch entschieden werden.

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeiten des BBSR sind für Politik und Marktteilnehmer gleichermaßen bedeutsam: Sie erweitern das Wissen durch verbesserte Informationen, erleichtern die Formulierung politischer Maßnahmen und bieten Orientierung, um über Investitionen in Neubau und Bestand und den Einsatz öffentlicher Mittel zu entscheiden.



Modellvorhaben im Netzwerk
„Effizienzhaus Plus“ – im Ge-
bäudebereich schlummern
große Einsparpotenziale.

Kontakt

Rolf Müller
Leiter der Gruppe II 1
Wohnungs- und Immobilienwesen
Tel.: +49 228 99401-2600
rolf.mueller@bbr.bund.de

THEMA

BBSR-Wohnungsmarktprognose 2030

Matthias Waltersbacher

Die BBSR-Wohnungsmarktprognose 2030 liefert Marktakteuren und den politischen Entscheidern auf allen Ebenen empirisch basierte Orientierungshilfen. Aufbauend auf den Bevölkerungs- und Haushaltsprognosen des BBSR weist sie den auf mittlere Sicht zu erwartenden Bedarf an neuen Wohnungen sowie die voraussichtlichen Entwicklungslinien der Wohnungsnachfrage nach Gebäudeart und regional differenziert aus.

Die Wohnungsmarktprognose 2030 wurde im Mai 2015 veröffentlicht. Folglich sind die aktuellen Entwicklungen des Flüchtlingsstroms nicht berücksichtigt. Das BBSR erarbeitet aktuell Szenarien, um die Folgerungen dieser Entwicklungen für die Wohnungsmärkte aufzuzeigen.

Die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum und der notwendige Wohnungsneubau sind seit einiger Zeit wieder im Zentrum der wohnungspolitischen Diskussion. Ursache sind Angebotsengpässe insbesondere in den dynamischen Ballungsräumen und in zahlreichen Universitätsstädten. Dort steigen Mieten und Preise. Angetrieben wird die Diskussion auch durch die gestiegene Attraktivität der Immobilie als Kapitalanlage sowie die in jüngster Vergangenheit stark gestiegenen Zuwanderungs- und Flüchtlingszahlen. Die in einer früheren Phase eher rückläufige Bevölkerungszahl Deutschlands hat sich in kurzer Zeit in eine positive Richtung verändert. Es sind vor allem die Großstädte und Metropolen, aber auch zahlreiche Städte mittlerer Größe, die an Bevölkerung gewinnen. Dem stehen in vielen Regionen Abwanderung und Schrumpfung gegenüber, vor allem in ländlichen Gebieten. Es ist zu erwarten, dass Wohnungsleerstände in diesen Regionen noch weiter zunehmen werden.

Die entscheidenden Fragen nach der künftigen Entwicklung der Wohnungsnachfrage, nach dem notwendigen Wohnungsneubau und den Bedarfen in wachsenden Großstädten lassen sich mit bundesweiten Eckdaten allein nicht hinreichend beantworten. Es kommt auf die regionale Entwicklung der Nachfrage an. Hierzu stellt die BBSR-Wohnungsmarktprognose 2030 in Verbindung mit

den demografischen Prognosen des BBSR wichtige Informationsgrundlagen bereit. Im Abstand von etwa vier bis fünf Jahren wird die Prognose aktualisiert.

Der Informationsbedarf zum notwendigen Wohnungsneubau ist in den letzten Jahren wieder gestiegen: In der wohnungspolitischen Diskussion ist es Konsens, dass der Mangelsituation in vielen großen Städten durch einen erhöhten Wohnungsneubau begegnet werden muss. Zwar sind in den letzten drei Jahren wieder deutlich steigende Neubauzahlen zu verzeichnen. Vor allem der Geschosswohnungsbau boomt in den Ballungsräumen. Viele Marktexperten fragen sich, ob diese Belebung bereits für eine ausreichende Ausweitung des Angebotes an Wohnraum ausreicht oder Anstrengungen zur Erhöhung der Neubaurate unternommen werden müssen? Die hohen Flüchtlingszahlen und die zu erwartende Wohnungsnachfrage von anerkannten Flüchtlingen bzw. Asylberechtigten rücken diese Fragestellungen noch stärker in den öffentlichen Fokus. Die Wohnungsmarktprognose 2030 gibt wichtige Hinweise, welches Niveau der Bautätigkeit auch in Zukunft notwendig sein wird, welche Bauformen nachgefragt werden und in welchen Regionen und Städten die Nachfrage zum einen besonders stabil oder steigend sein dürfte, zum anderen noch deutlich schrumpfen dürfte.



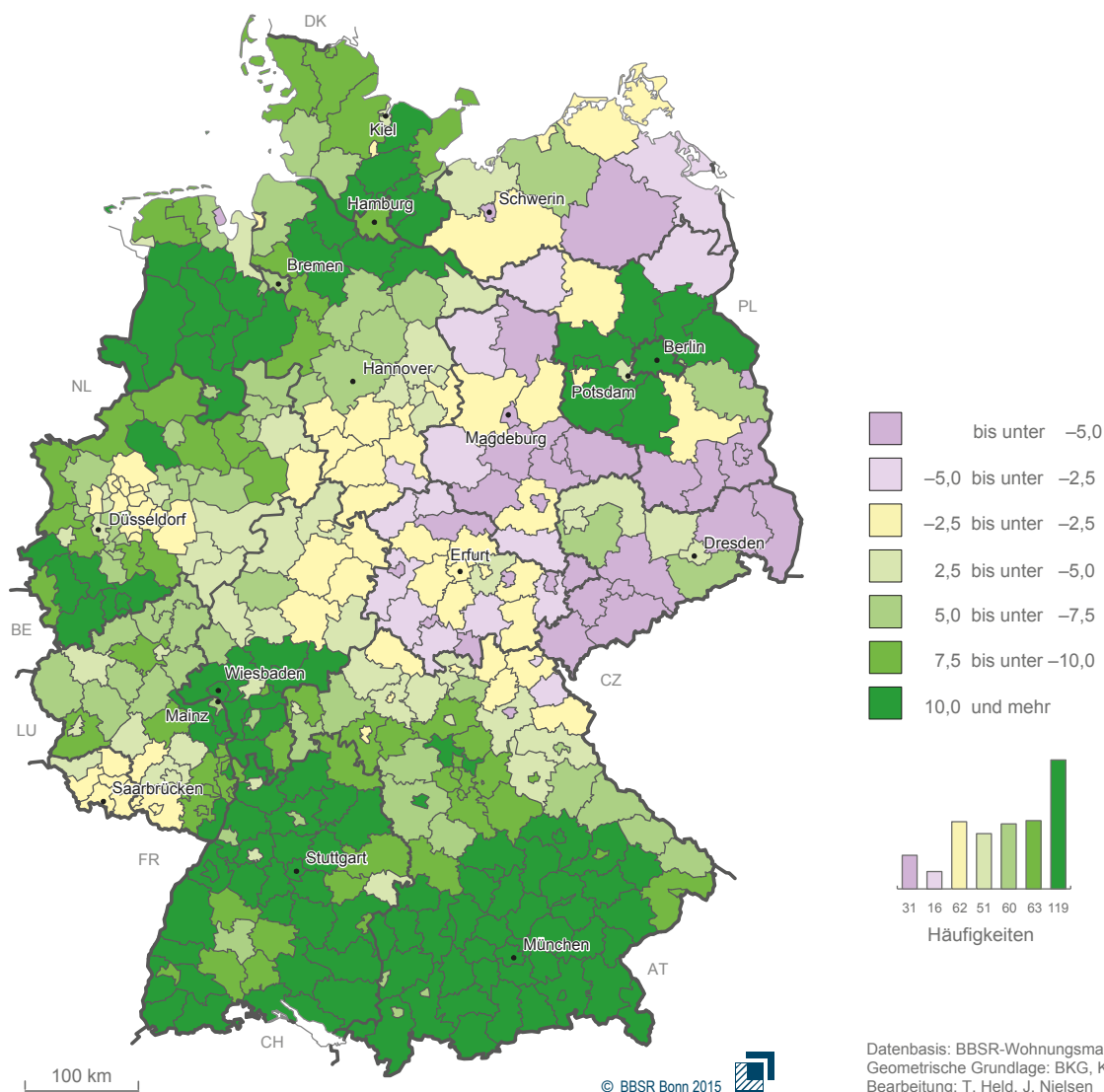
Nachfrage nach Wohnraum wird weiter wachsen

Die Ergebnisse der letzten BBSR-Wohnungsmarktprognose 2025 aus dem Jahr 2010 mit einem Neubaubedarf von jährlich ca. 250 000 Wohnungen pro Jahr konnten bis in die jüngste Vergangenheit als Orientierungsgröße zum künftig notwendigen Neubauniveau dienen.

Die neuen Berechnungen kommen zum Ergebnis, dass die Nachfrage nach Wohnraum zukünftig noch zunehmen wird. Der Annahme zugrunde liegen die demografischen Veränderungen – jedoch ohne Berücksichtigung von hohen Flüchtlingszahlen – sowie implizit berücksichtigte Nachfrageimpulsen durch erhöhten Wohnflächenkonsum und Wohneigentumsbildung. Dabei wächst für Deutschland insgesamt die Nachfrage nach Wohneigentum noch deutlich, während die Nachfrage nach Mietwohnungen stagnierend bis leicht rückläufig sein wird.

Aufgrund dieser Nachfragezuwächse und unter der Annahme eines jährlich anstehenden Ersatzbedarfs im Bestand ergibt sich für den Zeitraum 2015 bis 2020 ein notwendiger Wohnungsneubau von ca. 270 000 Wohnungen pro Jahr. Dieser Umfang an Wohnungsneubau ist erforderlich, um der wachsenden Nachfrage ein entsprechendes Angebot gegenüberzustellen. Im weiteren Prognoseverlauf wird der Neubaubedarf für die Jahre 2021 bis 2025 auf ca. 230 000 pro Jahr beziffert. Ab 2026 geht die Wohnungsmarktprognose – insbesondere in Folge des dann eintretenden Rückgangs der Haushaltszahlen in Deutschland insgesamt – von einem notwendigen Neubau von 180 000 Wohnungen jährlich aus. Aktualisierte und vorläufige Berechnungen aufgrund der hohen Zuwanderung des Jahres 2015 gehen davon aus, dass sich der Neubaubedarf der nächsten Jahre eher im Korridor zwischen 350 000 und 400 000 Wohnungen bewegen dürfte.

Die jüngst gestiegenen Baufertigstellungszahlen reichen nicht aus, um die wachsende Nachfrage nach Wohnungen zu bedienen.



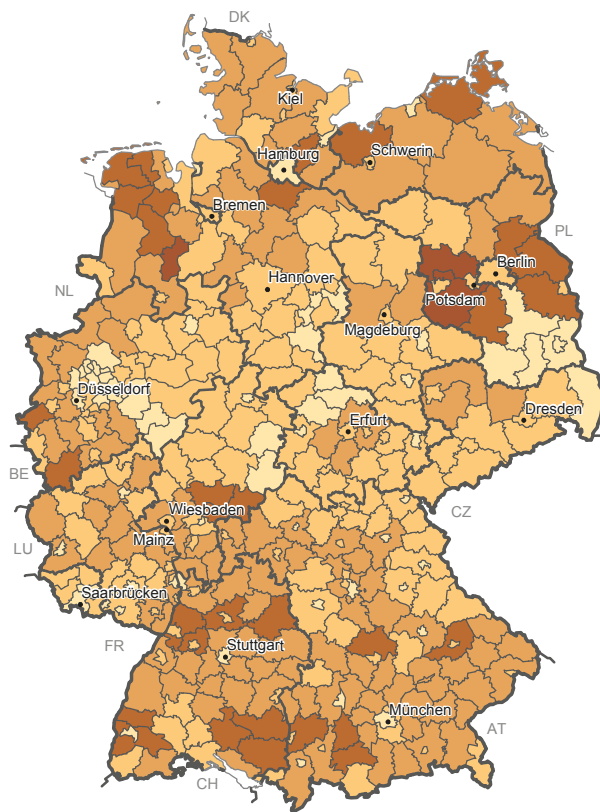
Entwicklung der Wohnflächen-
nachfrage insgesamt 2015
bis 2030 in Prozent.

Kommt die veröffentlichte Prognose noch zum Ergebnis, dass sich der Neubaubedarf zu etwa gleichen Teilen auf Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und in Mehrfamilienhäusern verteilt, so ist nun davon auszugehen, dass sich der erhöhte Wohnungsbedarf aufgrund der Flüchtlingszahlen ausschließlich im Geschosswohnungsbau konzentrieren dürfte. Dies würde bedeuten, dass etwas zwei Drittel aller neu gebauten Wohnungen Geschosswohnungen sein müssten.

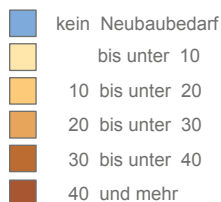
Abbau des Neubaudefizits notwendig

Mit der steigenden Nachfrage der letzten Jahre setzte insbesondere seit 2011 eine spürbare Zunahme der Baugenehmigungen ein. Im letzten Jahr stiegen diese auf 285 000 Wohnungen an – gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 5 Prozent. Auch die Zahl der tatsächlich fertiggestellten Wohnungen ging in den letzten Jahren deutlich nach oben. Die Baufertigstellungen des Jahres 2014 werden auf etwa

Ein- und Zweifamilienhäuser

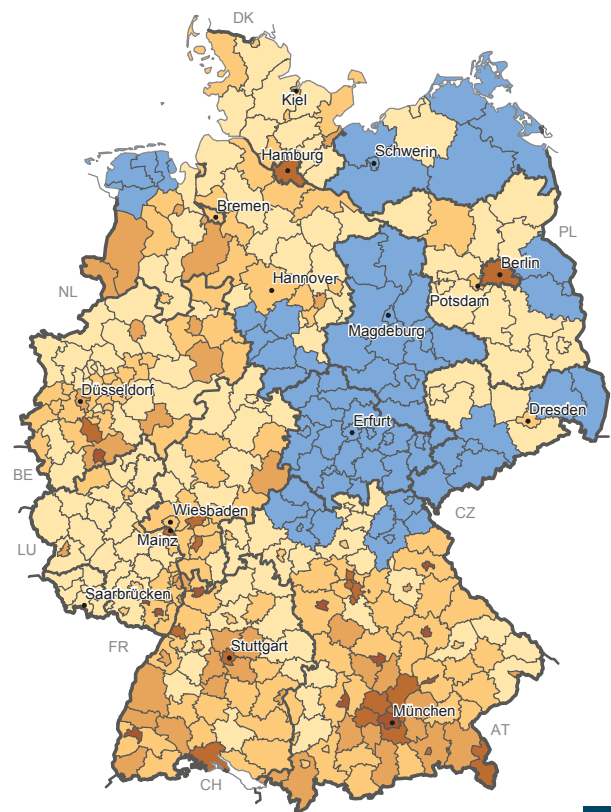


100km

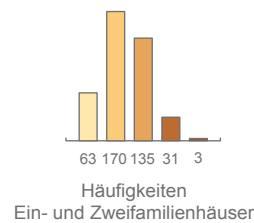


Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktprognose 2030
 Geometrische Grundlage: BKG, Kreise, 31.12.2013
 Bearbeitung: T. Held, J. Nielsen

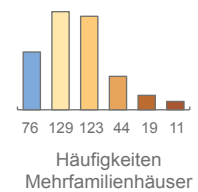
Mehrfamilienhäuser



© BBSR Bonn 2015



Ein- und Zweifamilienhäuser



Mehrfamilienhäuser

240 000 Wohnungen geschätzt. Die positive Entwicklung der Bautätigkeit hat damit ein Niveau erreicht, das zwar von den veröffentlichten Prognoseergebnissen nicht allzu weit entfernt ist, jedoch deutlich weniger ist, als die modifizierten Bedarfswerte zwischen 350 000 und 400 000 Wohnungen. Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder zeigen, dass eine erheblich höhere Wohnungsbautätigkeit durch schnellere Verfahren angestrebt wird. Zudem ist das in den letzten Jahren angestaute Neubaufizit noch nicht abgebaut. Wie auch die

vorangegangenen Wohnungsmarktprognosen des BBSR ist auch diese Prognose keine exakte Vorhersage des künftigen Wohnungsbaus. Sie zeigt vielmehr auf, welche Entwicklungen auf der Basis und in Fortführung der aktuellen Trends in Zukunft erwartet werden können. Daraus können Handlungsbedarfe für die Ausgestaltung der Wohnungspolitik abgeleitet werden. Modifizierte Berechnungen auf der Basis erhöhter Zuwanderungen werden in den Publikationen des BBSR zeitnah veröffentlicht.

Durchschnittlicher jährlicher
 Neubaubedarf von Wohnungen je
 10 000 Einwohner 2015 bis 2020.

Veröffentlichung

BBSR (Hrsg.): Wohnungsmarktprognose 2030, BBSR-Analysen KOMPAKT 7/2015, Bonn.

Kontakt

Matthias Waltersbacher
 Referat II 11 – Wohnungs- und Immobilienmärkte
 Tel.: +49 228 99401-2610
 matthias.waltersbacher@bbr.bund.de

THEMA

Wohnungsbestände im Wandel

Ute Birk, Gudrun Claßen, Christoph Zander

Kommunale Wohnungsbestände, Umwandlung von Nichtwohngebäuden in Wohnimmobilien und Strategien von Investoren sind aktuelle Forschungsthemen, mit denen sich das Referat „Wohnungs- und Immobilienwirtschaft“ befasst.

Vor allem in den stark wachsenden Groß- und Universitätsstädten nimmt die Nachfrage nach Wohnraum kontinuierlich zu. Gründe sind Zuwanderung, erhöhte Studentenzahlen, die wachsende Anzahl von Singlehaushalten und der steigende Flächenbedarf pro Person. Obwohl seit dem Jahr 2010 wieder deutlich mehr neue Wohnungen entstehen, reichen die Neubauaktivitäten noch nicht aus, um den Wohnungsmärkten dauerhaft Entlastung zu verschaffen. Weiterhin steigende Mieten und Bodenpreise machen eine Umwandlung von leerstehenden Nichtwohnimmobilien zu Wohnraum attraktiv.

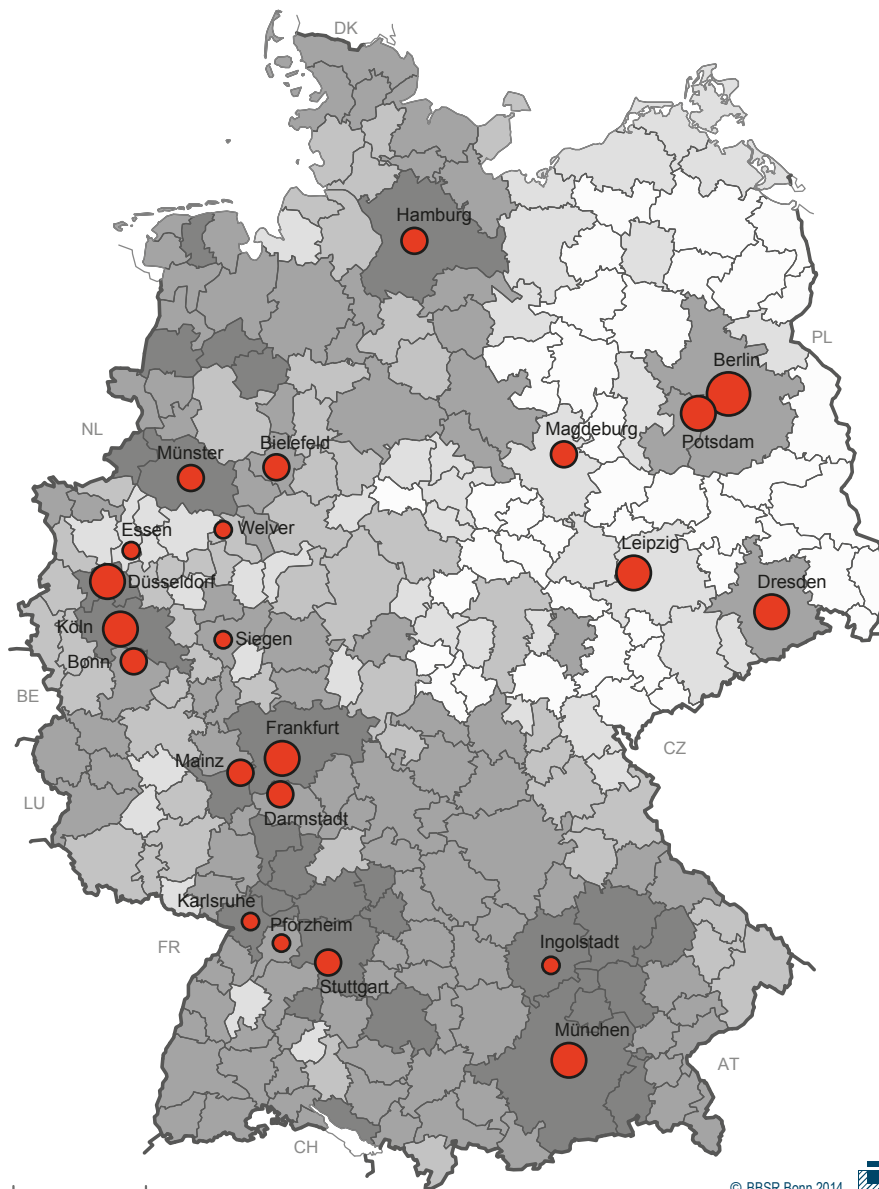
Vor diesem Hintergrund hatten das Bundesbauministerium und das BBSR Anfang 2013 die Studie „Umwandlung von Nichtwohngebäuden in Wohnimmobilien“ in Auftrag gegeben, in der die Umwandlungsaktivitäten in Deutschland systematisch erfasst und analysiert wurden. Diese konzentrieren sich vor allem auf Großstädte. Insgesamt wurden in den recherchierten Projekten 18 120 Wohneinheiten geschaffen. Danach ist Berlin mit etwa 5 800 Wohnungen durch Umnutzung von Nichtwohngebäuden mit Abstand Spitzenreiter. Es folgen die Städte Frankfurt am Main und Köln mit ca. 1 500 bzw. 1 200 Wohneinheiten und mit jeweils ca. 1 000 Wohneinheiten Dresden, Leipzig und München. Die meisten Wohnungen durch Umwandlungen werden im gehobenen Preissegment geschaffen, aber immerhin entsteht ungefähr ein Viertel der Wohnungen auch im mittleren und ca. 10 Prozent im preisgünstigen

Segment. Zu einem großen Teil werden Denkmale umgewandelt und bevorzugt für gehobene Wohnansprüche angeboten. Am häufigsten wurden ehemalige Büro- und Verwaltungsgebäude in Wohnraum umgewandelt (gut ein Drittel); bei knapp einem Viertel der Projekte handelt es sich um ehemalige Industriegebäude. Weitere 17 Prozent der Umwandlungen entfallen auf die Gebäudetypen Krankenhaus/Anstalt/Hotel. Die recherchierten Projekte belegen, dass Umnutzungen von Nichtwohngebäuden in Wohnraum einen Beitrag zur Entlastung in angespannten Wohnungsmärkten leisten können und die Inanspruchnahme von zusätzlichen Flächen für Bauland begrenzen.

In einem 2014 gestarteten Forschungsfeld sollen anhand von sieben Modellvorhaben weitere Erkenntnisse zu konkreten bau-, planungs- und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen, Verhaltensweisen und Handlungslogiken beteiligter Akteure gewonnen werden.

BBSR Kommunalbefragung

Das BBSR erfasst systematisch Informationen zu den verschiedenen Anbietergruppen auf dem deutschen Mietwohnungsmarkt und ihren Wohnungsbeständen. Zur Eigentümergruppe der kommunalen Wohnungsanbieter hat das BBSR im Jahr 2012 eine bundesweite Befragung zur kommunalen Wohnraumversorgung und zu kommunalen Wohnungsbeständen durchgeführt, in der ein Großteil der kommunalen Woh-



© BBSR Bonn 2014

Entwicklungstypen der Wohnungsmarktreionen (Stadt-Land-Regionen)

- stark wachsend
- wachsend
- stabil
- schrumpfend
- stark schrumpfend

Anzahl geschaffener Wohnungen durch Umwandlungsprojekte

- 1 500 Wohnungen und mehr
- 500 bis unter 1 500 Wohnungen
- 200 bis unter 500 Wohnungen
- 100 bis unter 200 Wohnungen

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR
Geometrische Grundlage: BKG/BBSR Stadt-Land-Regionen basierend auf Gemeindeverbänden, 31.12.2010
Bearbeitung: J. Franke

Anzahl geschaffener Wohnungen durch Umwandlungsprojekte 2006 bis 2013.

nungen in Deutschland erfasst wurde. Ein Schwerpunkt lag auf Herausforderungen wie der Wohnraumversorgung einkommensschwächerer Haushalte, der zunehmenden Alterung der Bevölkerung sowie der Erfüllung klimapolitischer Ziele.

Nach den Ergebnissen der Befragung verfügen die meisten großen Städte über kommunale Wohnungsbestände

und messen diesen eine große Bedeutung für die Bewältigung aktueller Herausforderungen bei.

Knapp ein Viertel des kommunalen Wohnungsbestandes weist einen vergleichsweise guten energetischen Zustand gemäß der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2002/2004 oder besser auf, was die großen Anstrengungen der



Blauterrassen in Ulm, gelungene
Konversion eines Industrieareals.

kommunalen Wohnungsanbieter in den letzten Jahren zur energetischen Ertüchtigung ihres Bestandes verdeutlicht.

Überdurchschnittlich viele kommunale Wohnungen sind barrierearm bzw. -frei. Zudem bietet knapp ein Drittel der kommunalen Wohnungsanbieter wohnbegleitende Dienstleistungen an. Diese kommen auch Senioren zu Gute und erleichtern ihnen ein möglichst langes selbständiges Leben in der eigenen Mietwohnung.

Fast drei Viertel aller befragten Kommunen und kommunalen Wohnungsunternehmen haben im 3-Jahres-Zeitraum von Anfang 2009 bis Ende 2011 in ihre Wohnungsbestände investiert. Insgesamt wurde in 14 Prozent des Wohnungsbestandes investiert. Die verausgabte Summe betrug durchschnittlich 366 Euro/m² der aufgewerteten Wohnungen. In den meisten Fällen handelt es sich um Investitionsmaßnahmen allgemeiner Art, ein Drittel der Wohnungen profitierten von Investitionen zur energetischen Sanierung und bei 7 Prozent der Wohnungen wurden Maßnahmen zur Barrierereduzierung durchgeführt.

Ein Viertel des erfassten kommunalen Wohnungsbestandes weist Mietpreis- und/oder Belegungsbindungen auf, wobei die Anteile gebundener Wohnungen in wachsenden und stark wachsenden Regionen am höchsten sind. Kommunale Wohnungsbestände leisten demnach einen großen Beitrag zur sozialen Wohnraumversorgung insbesondere dort, wo Haushalte aufgrund der Marktsituation besonders stark darauf angewiesen sind.

Investoren und ihre Investments in Wohnungsbestände – Börsengänge und ihre Auswirkungen

Seit Ende der 1990er Jahre haben Investoren, darunter auch Finanzinvestoren aus dem Ausland, in großem Umfang Mietwohnungsportfolios bzw. komplette Wohnungsunternehmen in Deutschland erworben. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte das Transaktionsgeschehen in den Jahren 2004 bis 2007. Einige Finanzinvestoren sind durch die großvolumigen Käufe mittel- und unmittelbar zu den größten Mietwohnmobilieneigentümern in Deutschland geworden. In Folge der Finanzkrise im Jahr 2008 haben sich viele Investoren – im Unterschied zu ihrer ursprünglichen Strategie – zu einem



längeren Halten ihrer Mietwohnungsbestände entschieden bzw. waren aufgrund der fehlenden Nachfrage hierzu gezwungen. Seit 2011 verbesserte sich das Umfeld wieder für größere Transaktionen. Dies nutzten Investoren verstärkt, um aus ihrem Investment auszusteigen. Dazu wurde von einigen Großinvestoren der Börsengang gewählt.

Die größten Eigentümer von Mietwohnimmobilien in Deutschland sind mittlerweile von Finanzinvestoren gebildete Wohnimmobilien-Aktiengesellschaften wie die Deutsche Annington SE oder die LEG Immobilien AG. Daneben gibt es eigens für den Aufbau von Wohnimmobilienportfolien gegründete Aktiengesellschaften wie die Deutsche Wohnen AG sowie (ältere) Aktiengesellschaften mit ursprünglich anderem Geschäftsschwerpunkt (z. B. die TAG Immobilien AG).

Diese relativ neuen Entwicklungen haben Konsequenzen für die Wohnungsunternehmen, ihre Bestände und die Wohnungsmärkte. Mit dem Anfang 2015 gestarteten Ressortforschungsvorhaben „Investoren und Ihre Investments in Wohnungsbestände – Börsengänge und ihre Auswirkungen“ soll ein Überblick über Umfang und die grundlegende Funktionsweise von Börsengängen von Wohnungsunternehmen sowie den nachfolgenden Handel mit diesen Aktien gegeben werden. Außerdem sollen fundierte Erkenntnisse über die Auswirkungen der Börsengänge von Wohnungsunternehmen und des nachfolgenden Aktienhandels auf die Eigentümerstruktur und die Handlungsstrategien der Akteure auf der Unternehmensseite gewonnen werden. Es geht dabei um die Chancen und Risiken, die der Bedeutungsgewinn dieser Anbietergruppe birgt.

Das günstige Finanzierungsumfeld hat die Transaktionen großer Wohnungsbestände 2014 und 2015 beflügelt.

Veröffentlichungen

BBSR (Hrsg.): Kommunale Wohnungsbestände in Deutschland, Analysen Bau.Stadt.Raum 1/2015, Bonn.

BBSR (Hrsg.): Umwandlung von Nichtwohnimmobilien in Wohnimmobilien, ExWoSt-Informationen 45/1, Bonn.

BBSR (Hrsg.): Handel mit Wohnungsportfolios auch im Jahr 2014 auf hohem Niveau, BBSR-Analysen KOMPAKT 04/2015, Bonn.

BBSR (Hrsg.): Umwandlung von Nichtwohngebäuden in Wohnimmobilien – Dokumentation der Fallstudien, BBSR-Online-Publikation 10/2015, Bonn.

BBSR (Hrsg.): Umwandlung von Nichtwohngebäuden in Wohnimmobilien, BBSR-Online-Publikation 9/2015, Bonn.

Kontakt

Ute Birk
Referat II 13 – Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
Tel.: +49 228 99401-1242
ute.birk@bbr.bund.de

THEMA

Verwahrloste Immobilien – Dialog mit der kommunalen Praxis aus der Bundesperspektive

Mathias Metzmacher

Verwahrloste Immobilien, sogenannte „Schrottimmobilien“, stellen ein erhebliches Problem für die Stadtentwicklung dar. In den betroffenen Quartieren gehen von verwahrlosten Immobilien nachteilige Wirkungen für die angrenzenden Immobilien und für das städtebauliche Umfeld aus. Daher ist eine intensive Auseinandersetzung mit dem Phänomen „Verwahrloste Immobilien“ in immobilienwirtschaftlicher wie auch in stadtentwicklungspolitischer Hinsicht wichtig.

Da der Handlungs- und Informationsbedarf bei dem Thema hoch ist, richtete das BBSR gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag am 3. Februar 2015 eine Fachtagung mit rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der kommunalen Praxis aus.

Bereits im Jahr 2008 hatte das BBSR gemeinsam mit dem Bundesbauministerium die hoheitlichen Instrumente zum Umgang mit verwahrlosten Immobilien in einem praxisorientierten Leitfaden aufbereitet. Dieser fand sehr großen Anklang bei den Kommunen und war nach kurzer Zeit vergriffen. Seitdem hat es einige Rechtsänderungen gegeben, u. a. die Erweiterung des § 179 BauGB um die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen bei einem Rückbau durch die Kommune die Eigentümer an den Kosten dieser Maßnahme zu beteiligen. Neuerungen gab es auch beim Wohnungsaufsichtsrecht in NRW und bei einigen Landesbauordnungen.

Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2014 eine Neufassung des Leitfadens „Verwahrloste Immobilien“ veröffentlicht. Die Bearbeitung wurde wie bei der Erstauflage durch das Büro Plan und Praxis gemeinsam mit dem BBSR übernommen und von einer Arbeitsgruppe u. a. mit Ländern und kommunalen Experten fachlich begleitet. In einer ergänzenden Fachexpertise wurde zudem ein erster Schritt hin zu einer bundesweiten empirischen Bestandsaufnahme der Beschäftigung mit verwahrlosten Immobilien getan – ein

Beispiel für eine systematische Verknüpfung von Forschung und Praxis im BBSR.

Begriffsbestimmung – Was sind verwahrloste Immobilien?

Die Phänomene von verwahrlosten Immobilien sind vielfältig: Da gibt es verfallende alte Fabrikgebäude oder verwilderte Grundstücke, teilweise mit hohem Gefährdungspotenzial für Kinder. Im Stadtbild auffälliger sind die leer stehenden Altbauten mit offenkundigen Verfallserscheinungen, besonders die Schlüsselimmobilien in wichtigen städtebaulichen Situationen; das kann auch ein Kaufhaus, eine Tankstelle oder ein altes Kino sein. In anderen Kommunen sind es einzelne besonders problematische Gebäudekomplexe der 60er oder 70er Jahre, Hochhäuser mit negativem Image, baulichen Schäden und schwieriger Bewohnerstruktur. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Für eine systematische Betrachtung war zunächst eine Begriffsbestimmung erforderlich: Sie erfolgte in mehreren Schritten: Im Sinne einer ersten groben Definition umfassen verwahrloste Immobilien sowohl genutzte und bewohnte als auch leer stehende Gebäude, weiterhin gehören auch unbebaute Grundstücke dazu bzw. solche, bei denen nur noch Gebäudereste (Ruinen) vorhanden sind.

Eine Definition von verwahrlosten Immobilien muss weiterhin der ganzen Breite der in Frage kommenden Gebäudetypen



und Fallkonstellationen entsprechen. Bestimmte verwahrloste Immobilien finden sich in Großstädten mit schwachen Immobilienmärkten und einem hohen sozialen Problemdruck zwar häufiger als in anderen Kommunen, generell gibt es verwahrloste Immobilien aber fast überall, ob in der Kleinstadt im Stadtumbau oder in der prosperierenden Metropole.

Verwahrloste Immobilien sind damit wie folgt definiert: „nicht angemessen genutzte und/oder bauliche Missstände aufweisende Liegenschaften, die aufgrund ihres Zustandes

- städtebaulichen Entwicklungszielen oder städtebaulichen Anforderungen bzw. wohnungspolitischen Zielsetzungen und Mindeststandards nicht entsprechen

oder/und

- (unterhalb der Gefahrenschwelle) den geltenden rechtlichen Vorschriften zur Nutzung und Bewirtschaftung nicht entsprechen (keine Gefahrenabwehr, aber Handlungsbedarf)

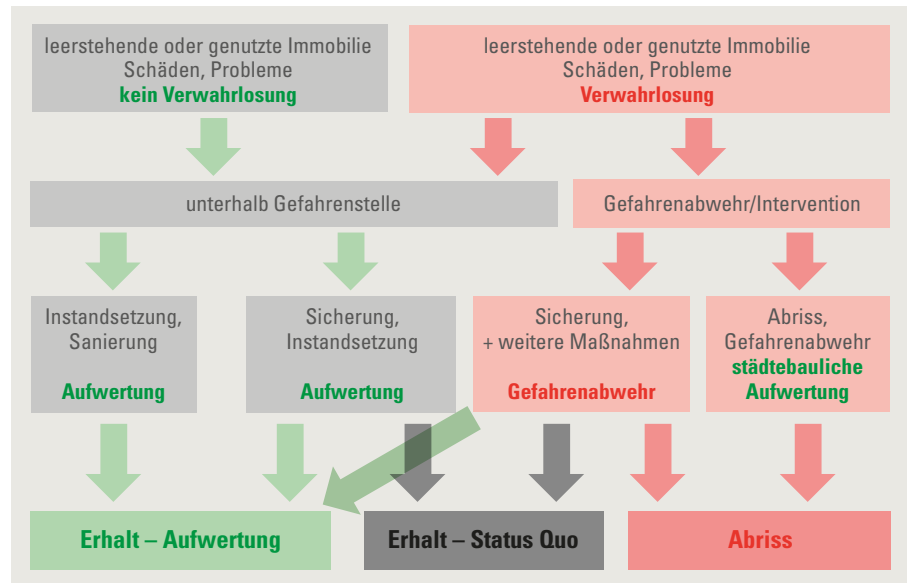
oder

- eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen (Einschreiten zur Gefahrenabwehr geboten).“

Entscheidend dabei ist: Dieses Begriffsverständnis setzt voraus, dass das Problem zunächst über die Ansprache und Auseinandersetzung mit dem Eigentümer angegangen wurde, dieser sich aber nicht handlungsbereit bzw. handlungsfähig zeigte oder gar nicht erst zu ermitteln war. Es wird also unterstellt, dass

Mehr als nur ein Schönheitsfleck – jede Stadt kennt verwahrloste Immobilien.

Es gibt einige Lösungswege für den Umgang mit verwahrlosten Immobilien (eigene Darstellung).



hoheitliche Instrumente zum Einsatz kommen müssen, weil andere mögliche Wege aussichtslos erscheinen. Manchmal bewirkt auch schon die Androhung behördlicher Eingriffe ein Einlenken der zunächst nicht kooperativen Eigentümer.

Der Leitfaden im Überblick – Systematische Betrachtung von Fallkonstellationen und Instrumenten

Der Leitfaden „Verwahrloste Immobilien“ gibt einen systematischen Überblick über die in Frage kommenden hoheitlichen Instrumente aus verschiedenen Rechtskreisen für die Anwendung bei den Kommunen. Die wichtigsten Instrumente sind jeweils mit Fallbeispielen aus der kommunalen Praxis hinterlegt und zusätzlich in Form von Steckbriefen aufbereitet. Dabei werden auch weniger bekannte Eingriffsmöglichkeiten behandelt. Im Leitfaden werden folgende Instrumente und sonstige Rechtsfragen dargestellt:

- Eingriffsmöglichkeiten nach BauGB
- Bauordnungsrecht
- Denkmalrecht
- Ordnungsrecht/Polizeirecht
- Abfallrecht und Hygienerecht
- Wohnungsaufsichtsrecht

- Zwangsvollstreckung, -versteigerung
- Ermittlung des Sachverhaltes
- Vollstreckung von hoheitlichen Eingriffen
- Bestellung eines Vertreters/Pflegers
- Zwangsvollstreckung von öffentlichen Forderungen in das Grundstück
- Eigentumsaufgabe.

Diese Aufzählung verdeutlicht bereits die Vielfalt der instrumentellen Lösungsansätze. Für ihre Einordnung und ist eine Betrachtung der verschiedenen möglichen Fallkonstellationen hilfreich. Eine der möglichen Systematisierungsansätze zeigt obige Abbildung.

Nicht selten beschränkt sich die Betrachtung der Handlungsmöglichkeiten auf die vergleichsweise selten genutzten Instrumente des Bauplanungsrechts und auf das Bauordnungsrecht. Häufig wird der Umgang mit verwahrlosten Immobilien mit der behördlich angeordneten Sicherung oder Instandsetzung von Gebäudeteilen, der Absperrung von Gehwegen oder sogar dem Notabriss bei Einsturzgefahr gleichgesetzt. Diese reaktive und auf die Gefahrenabwehr ausgerichtete Vorgehensweise ist leider auch in vielen Fällen erforderlich.



Leerstehende Geschäfte in
Elmshorn.

Perspektiven für verwaahlte Immobilien

Der Leitfaden verwaahlte Immobilien möchte aber über die Gefahrenabwehr hinaus auch die anderen Wege aufzeigen. Der Abriss ist eine der Optionen, aber nicht die Einzige. Häufig wird man zunächst auch schon froh sein, wenn man den Status Quo bewahren kann. Das bedeutet, dass ein leer stehendes oder auch genutztes Gebäude zunächst gesichert und konserviert wird, kein Gefahrenpotenzial darstellt und regelmäßig beobachtet wird. Es gelingt aber durchaus auch in schwierigen Situationen – oft mit einem neuen Eigentümer und in Kombination mit einem gezielten Unterstützungsangebot – eine neue Perspektive für das Gebäude zu eröffnen.

Einen weiteren Schwerpunkt des Leitfadens bilden daher systematische Strategien der Kommunen und die Verknüpfung mit aktivierenden Instrumenten. Immer mehr Kommunen richten angesichts der Probleme mit verwaahlten Immobilien ämterübergreifende Arbeitsgruppen ein, u. a. Magdeburg, Wuppertal, Dresden, Chemnitz und Dortmund. Ein abgestimmtes Vorgehen von Stadtplanungsamt, Bauordnungsamt und Stadtkasse Hand in Hand mit den Ordnungsbehörden führt zu sichtbaren Erfolgen im Umgang mit verwaahlten Immobilien und ihren Eigentümern.

Der Leitfaden zeigt auch, wie mit Hilfe der Städtebauförderung das Problem der verwaahlten Immobilien angegangen werden kann. Eine wichtige Rolle spielen hier Sanierungsvereinbarungen mit Eigentümern von Gebäuden, deren Erhalt aus städtebaulichen Gründen erforderlich ist. Zahlreiche Beispiele belegen, wie mit der Städtebauförderung sehr schwierige und vom Verfall bedrohte Immobilien wieder saniert und an den Markt gebracht werden konnten. Wichtig ist eine über einen längeren Zeitraum angelegte Beratung der Eigentümer. Damit gelingen auch Kontaktaufnahmen zu zunächst „nicht ansprechbaren“ oder „unwilligen“ Eigentümern.

Ausblick

Der Umgang mit verwaahlten Immobilien ist aufwändig. Er erfordert ein individuelles und zunächst dialogorientiertes Verfahren mit dem Eigentümer. Bei begrenzten Spielräumen der Kommunen werden daher systematische Informationsgrundlagen, Entscheidungshilfen und Abläufe immer wichtiger. Das BBSR wird sich dem Thema weiter widmen. Neben der Unterstützung des Fachdialogs mit geeigneten Veranstaltungen und Informationsangeboten sollte dabei auch die nach wie vor unbefriedigende empirische Basis zur Bedeutung verwaahlter Immobilien gestärkt werden.

Veröffentlichung

BMUB (Hrsg.): Leitfaden verwaahlte Immobilien, Berlin 2015.

Kontakt

Mathias Metzmacher
Referat II 12 –
Wohnen und Gesellschaft
Tel.: +49 228 99401-2620
mathias.metzmacher@
bbr.bund.de

Bauwesen



SCHWERPUNKT

Fokus Bauwesen

Dr. Robert Kaltenbrunner

Der Bausektor kann viel zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen. Die anwendungsorientierte Bauforschung unterstützt dabei die Entwicklung von Effizienztechnologien. Der Bundesbau soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

Das BBSR berät und unterstützt das Bundesbauministerium in einem breiten Spektrum bautechnischer und -wirtschaftlicher Grundsatzfragen. Im Vordergrund stehen die Ziele „Nachhaltiges Bauen“ und „Energieeinsparung“, wobei die Aspekte „Klimaschutz“ und „Ressourceneffizienz“ konzeptionell mit enthalten sind. Handlungsleitend sind aber auch weitere Grundsatzfragen: Wie zukunftsfähig ist das Bauen? Wie können die Anforderungen der Energiewende, der Baukultur und innovativer Technologien besser verbunden werden? Das BBSR analysiert den Erkenntnisbedarf für die relevanten Themen und Politikziele, insbesondere in Relation zum vorliegenden Erkenntnisstand; es berichtet zu ausgewählten Fachfragen und erstellt Beiträge zur Regelsetzung; es vertritt die Ressortinteressen in einschlägigen Gremien und hat generell eine Verbesserung der Planungs- und Bauqualität zum Ziel.

Im Rahmen der „Energiewende“ spielt das Bauen eine zentrale Rolle. Denn mehr als ein Drittel des Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf Heizung, Warmwasser, Lüftung und Klimatisierung von Gebäuden. Dieser Bereich steht deshalb schon seit Jahren im Fokus der Energieeinspar- und der Baupolitik, immer stärker auch auf europäischer Ebene. Das BBSR berät die Bundesregierung in allen technischen Fragen des Energieeinsparrechts. Es nutzt dabei für die Politikberatung eigene, insbesondere aus der Mitwirkung am Vollzug durch die Länder und aus der einschlägigen Normungsarbeit

gewonnene Expertise. Hinzu kommen beauftragte und ausgewertete wissenschaftliche Fachgutachten und die Erfahrungen aus der langjährigen Arbeit im Europäischen Netzwerk „CA-EPBD“. Darin arbeiten alle mit der nationalen Umsetzung des einschlägigen EU-Rechts befassten Behörden eng zusammen. Das BBSR unterstützt fachlich die Einführung des „Niedrigstenergiegebäude-Standards“ gemäß europäischer Vorgabe, die Harmonisierung der EnEV mit dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz sowie die Verbesserung der energetischen Informationen (Energieausweise).

Schlüsselbranche Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft ist eine der Schlüsselbranchen für die Binnenwirtschaft in Deutschland. Ihre Zukunft wird durch die Qualität des Planens und Bauens bestimmt – weshalb es gilt, ihre Rolle als gesellschaftlicher, technischer und ökonomischer Innovationsmotor zu stärken. Dabei geht es auch um eine wirksame Unterstützung von Produkt- und Prozessinnovationen. Diese kommen beispielsweise bei der baubezogenen Normung oder in der Herausgabe technischer Grundlagen für Bauverträge (Standardleistungsbuch und Datenaustausch) zum Ausdruck. Eine zukunftsgerichtete Bautätigkeit ist zudem auf ein gutes technisches Regelwerk angewiesen. Das Regelwerk muss einerseits offen sein für Innovationen, andererseits aber auch die Belange der Allgemeinheit ausgewogen berücksichtigen. Das gilt auch im Hinblick



auf die aktuelle Flüchtlingsproblematik, die insbesondere eine Beschleunigung und Vereinfachung des Wohnungsbaus wünschenswert erscheinen lässt. Um dies sicherzustellen, darf technische Regelsetzung nicht ohne fachkundige Mitwirkung der öffentlichen Hand geschehen. In weiten Bereichen des Bauens kommt diese Rolle dem BBSR zu.

Die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in das Planen, Bauen und Betreiben von Bauwerken unterstützt nicht nur die Umsetzung von Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung in der Bau- und Immobilienwirtschaft, sondern liefert auch Grundlagen und Gliederungsmöglichkeiten für die Bewältigung von komplexen Aufgaben mit erheblichen Zielkonflikten und Wechselwirkungen. Nachhaltigkeit ist dabei kein sich auf ein Teilthema konzentrierender Ansatz wie Energieeinsparung. Es hängt vielmehr mit der Gesamtqualität (der overall performance) von Gebäuden zusammen.

Dies soll exemplarisch auch ein Zukunftsinvestitionsprogramm zeigen, mit dem Maßnahmen modellhaft erprobt und ausgewertet werden, die die Nachfrage nach Mikrowohnungen insbesondere

für Studierende und Auszubildende schnell befriedigt und zugleich nachhaltige Gebäude zur Verfügung stellt, die auch in Zukunft gut nutzbar sind.

Darüber hinaus ist mit dem Bauen – aber auch mit dem Betreiben vorhandener Gebäude – ein erheblicher Eingriff in natürliche Ressourcen verbunden, vor allem durch den Verbrauch von Baumaterialien, Energie und Flächen. Bauprojekte werfen ferner stets und vermehrt Fragen der Sicherheit und Ordnung auf (Brandschutz, baulicher Umweltschutz etc.). Auch wenn der Bund nicht für alle diese Felder die Gesetzgebungskompetenz hat, so ist er doch als Bauherr mit Vorbildfunktion gehalten, sich dieser Fragen grundlegend anzunehmen. Das gilt umso mehr, als wegen der breit gestreuten Zuständigkeit für Bauaufgaben des Bundes eine Vorbildfunktion fast nur durch die Formulierung und stetige Fortschreibung entsprechender Leitlinien gewährleistet werden kann. Dazu gehört auch die Selbstverpflichtung der Bundesregierung, 50 Prozent der CO₂-Emissionen in ihren Liegenschaften bis 2020 zu reduzieren; den entsprechenden Bericht erstellt das BBSR.

Weit vorn in punkto nachhaltiges Bauen: Neubau des Bundesforschungsministeriums.

Kontakt

Dr. Robert Kaltenbrunner
Leiter der Abteilung II
Bau- und Wohnungswesen
Tel.: +49 228 99401-2500
robert.kaltenbrunner@bbr.bund.de

THEMA

Nachhaltig und umweltgerecht Bauen

Dr. Tanja Brockmann, Andreas Rietz

Mit dem neuen Bürogebäude des Umweltbundesamtes (UBA) auf dem Forschungscampus in Berlin-Marienfelde wurde auf der Baufachmesse Bau 2015 ein Gebäude mit dem Nachhaltigkeitszertifikat in Gold ausgezeichnet – das erste Gebäude, das komplett nach dem „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen für Bundesgebäude“ (BNB) geplant und errichtet wurde.

Die Ziele für den ökologischen Neubau des Bürogebäudes waren von Beginn an ambitioniert. So sollte das zweigeschossige Gebäude in Holzbauweise seinen Bedarf als „Null-Energie-Haus“ in der Bilanz eines Jahres vollständig durch den Einsatz erneuerbarer Energien decken. Parallel ging es darum, höchste Ansprüche im nachhaltigen Bauen zu erfüllen, u. a. mit einer sorgfältigen Materialauswahl, der Berücksichtigung von Behaglichkeits- und Funktionalitätsaspekten, aber auch dem konsequenten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen und Recyclingprodukten.

Die erste Auswertung des umfangreichen Monitorings nach einem Jahr der Nutzung bestätigt das Nullenergie-Niveau des Gebäudes. Mit dem deutlichen Überschuss an Strom durch die Photovoltaik-Anlage auf dem Dach geht das Gebäude schon jetzt über die ab 2019 geltenden Anforderungen für neue öffentliche Gebäude der europäischen Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz hinaus. Die Referate „Nachhaltiges Bauen“ und „Energieeffizientes Bauen“ im BBSR hatten die Projektleitung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) bei der Gebäudeplanung unterstützt. Das BBSR ist gemeinsam mit dem UBA mit dem Monitoring des Gebäudebetriebs befasst.

Dies soll exemplarisch auch ein Zukunftsinvestitionsprogramm zeigen, mit dem Maßnahmen modellhaft erprobt und ausgewertet werden, die die Nachfrage

nach Mikrowohnungen insbesondere für Studierende und Auszubildende schnell befriedigt und zugleich nachhaltige Gebäude zur Verfügung stellt, die auch in Zukunft gut nutzbar sind.

Weiterentwicklung der Bewertungsgrundlagen

Die Geschäftsstelle Nachhaltiges Bauen im BBSR unterstützt das Bundesbauministerium bei der Fortschreibung des Leitfadens Nachhaltiges Bauen und der Konsolidierung des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) sowie der Umsetzung in der Bundesbauverwaltung. Als Konformitätsprüfstelle hat sie verschiedene Projekte der Bundesbauverwaltung begleitet, u. a. den im März 2015 mit einem Zertifikat in Gold ausgezeichneten Neubau des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in Berlin.

Bisher gibt es noch nicht für alle Gebäudekategorien BNB-Module. Dennoch kann das Bewertungssystem auch für solche Gebäude genutzt werden, für die es noch keine eigenen Bewertungskriterien gibt. Das BBSR erarbeitet in Abstimmung mit der Bundesbauverwaltung grundsätzliche Verfahren, um das BNB auch in diesen Fällen als Planungsinstrument sinnvoll einsetzen und zu aussagefähigen Bewertungen kommen zu können. Insbesondere für den Auslandsbau gelten in der Regel besondere Rahmenbedingungen, wie z. B. bei Fragen der Materialnachweise, der



Vorbildlicher Bau: Bürogebäude
des Umweltbundesamtes
in Berlin-Marienfelde.

Planungsverfahren, aber auch der örtlichen Kostenstrukturen. Mit den ersten laufenden Anwendungen wie beim Neubau der Deutschen Botschaft in Kairo können dazu weitere Erfahrungen für die künftige Umsetzung gewonnen werden.

Instrumente und Tools

Im Jahr 2015 werden weitere Projekte über die Auftragsforschung im Rahmen der Forschungsinitiative Zukunft Bau des Bundesbauministeriums angestoßen. Ziel ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse zum nachhaltigen Bauen in die Weiterentwicklung des Leitfadens und des BNB einzubeziehen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Konsolidierung des BNB sowie die weitere Verbesserung der vorhandenen Instrumente und Tools.

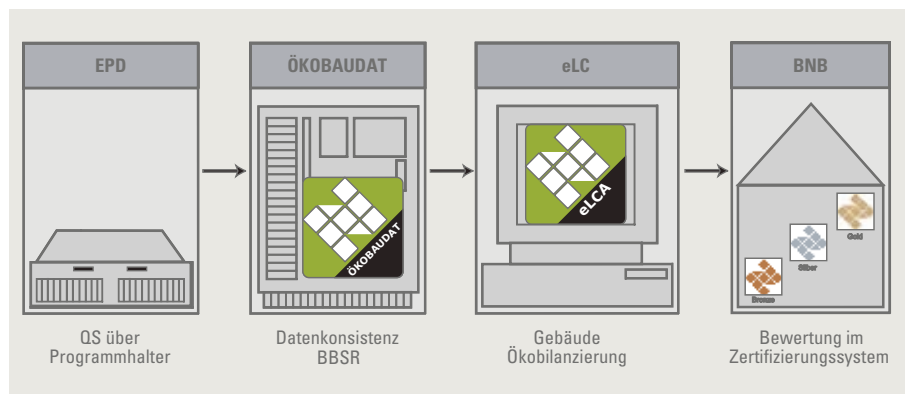
Für die Ökobilanzierung auf Gebäudeebene bietet der Bund ein geschlossenes System an: Es reicht von den Basis-

daten, die in die Datenbank ÖKOBAUDAT importiert und von dort in das Berechnungstool eLCA exportiert werden, bis zur abschließenden Bewertung im BNB.

Die deutsche ÖKOBAUDAT folgt als erste Datenbank vollumfänglich den Anforderungen der europäischen Norm EN 15804 (Nachhaltigkeit von Bauwerken – Umweltproduktdeklarationen – Grundregeln für die Produktkategorie Bauprodukte) und nimmt hiermit eine wichtige Vorreiterrolle ein. In der Datenbank finden sich generische Basisdaten mit geeigneten Durchschnittswerten für die Baumaterialien und produktspezifischer Daten aus Umweltproduktdeklarationen. Je nach Datenlage oder Planungsphase ist es sinnvoll, generische bzw. produktspezifische Ökobilanzbasisdaten einzusetzen.

Seit September 2014 ist die ÖKOBAUDAT unter www.oekobaudat.de abrufbar. Wegweisend ist die Möglichkeit des

Die Ökobilanzierung ermittelt den ökologischen Fußabdruck eines Gebäudes. Verschiedene Instrumente greifen dabei ineinander.



Online-Direktimportes von Ökobilanzdaten in die ÖKOBAUDAT. Für die ÖKOBAUDAT 2015 haben neben dem Institut Bauen und Umwelt e. V. als wichtigem deutschen EPD-Programmbetreiber weitere Institutionen Ökobilanzdaten über die neuen Schnittstellen geliefert: ift Rosenheim Thünen Institut sowie mit der Österreichischen Bau-EPD GmbH erstmals ein europäischer Partner.

Die Möglichkeit des Imports und Exports von Daten sowie das einheitliche und mit europäischen Normen konforme Datenformat eröffnen den Weg für die Aufnahme weiterer europäischer Ökobilanzdaten.

Für die Gebäude-Ökobilanzierung steht seit Januar 2015 das Berechnungswerkzeug eLCA für konsistente Ökobilanzierungen auf Gebäudeebene zur Verfügung. Die Kernkomponente von eLCA ist der Bauteileditor. Dieser ermöglicht dem Nutzer das anschauliche Modellieren von Gebäudeteilen. Eine dynamische Grafik bildet das Bauteil mit den dazuge-

hörigen Materialien ab und ermöglicht eine visuelle Kontrolle der Eingabewerte. Des Weiteren unterstützt eine integrierte Bauteilbibliothek mit typischen Beispielkonstruktionen den Anwender.

Die Datensätze der ÖKOBAUDAT werden in das eLCA-Tool exportiert. Dort werden sämtliche Baustoffdatensätze vorkonfiguriert zur Verfügung gestellt. Den Materialien sind Nutzungsdauern und Entsorgungswege zugeordnet. Hiermit wird für das BNB eine sinnvolle und einheitliche Vorgehensweise für die Ökobilanzierung und Bewertung vorgegeben.

Für die Optimierung eines Gebäudes hinsichtlich der Konstruktion und der verwendeten Baumaterialien sind die grafischen Auswertungen hilfreich. Die Ergebnisse können für einzelne Bauteile nach Kostengruppen und Lebenszyklusphasen (Herstellung, Nutzen, Entsorgung) dargestellt werden.

Am Ende steht das Gesamtergebnis für das Gebäude, das dann für die

+EW Bau +Au Auswertung

330 Außenwand

Fassade_Ost [F]

Allgemein

Name *

Fassade_Ost

OZ

Beschreibung

Verbaute Menge

400 m²

Speichern

Als Vorlage übernehmen

- 1 Innenfarbe Dispersionsfarbe scheuerfest, 0,30 mm
- 2 Gipsputz (Gips), 20,00 mm
- 3 Mauerziegel Durchschnitt, 240,00 mm
- 4 Armierung (Kunstharzspachtel), 2,00 mm
- 5 Dämmstoff, 100, 00 mm
- 6 Armierung (Kunstharzspachtel), 4,00 mm
- 7 Kunstharzputz-VDL, 2,00 mm
- 8 Isolierglas 2-Scheiben, 10,00 mm

Verknüpfte Bauteilkomponenten

Bauteilkomponente (opak)	Verbaute Menge	DIN 276	
1. Gips-Putz/Anstrich	350 m²	336 Außenwandbekleidungen, innen	Bearbeiten Entfernen Löschen
2. Mauerziegel 24 cm	350 m²	331 Tragende Außenwände	Bearbeiten Entfernen Löschen
3. WDVS	350 m²	335 Außenwandbekleidungen, außen	Bearbeiten Entfernen Löschen
Bauteilkomponente (nicht-opak)			
1. Fenster_Isolierglas	50 m²	334 Außentüren und -fenster	Bearbeiten Entfernen Löschen

Neue Bauteilkomponente hinzufügen

Der Bauteileditor ermöglicht die Ökobilanzierung für einzelne Gebäudeteile.

jeweilige Bewertung im BNB-Kriteriensteckbrief herangezogen wird.

Ziel im BNB ist die Reduzierung bzw. Vermeidung von Materialien, die während ihrer Verarbeitung auf der Baustelle oder durch längerfristige klimatische Einflüsse wie Regen, Frost oder Wind (Außenbauteile) ein Risikopotenzial enthalten.

Die Internetplattform WECOBIS (www.wecobis.de) bietet für die Vorauswahl und Bewertung hilfreiche Informationen, indem es die materialökologischen Anforderungen für Planung und Beschreibung darstellt. Als konkrete Hilfe werden Textbausteine für die Ausformulierung in Ausschreibungen angeboten.

Ausblick

Die im Beitrag dargestellten Entwicklungen zu einer europäischen Verein-

heitlichung der Ökobilanzierung sind ein wichtiger Beitrag, um Umweltproduktdeklarationen zu etablieren. Diese sind Basis für die Bewertung der Umwelteinflüsse von Baumaterialien im Lebenszyklus des Gebäudes.

Mit der für 2015 vorgesehenen Einführung des EDV-gestützten Bewertungs- und Dokumentationsinstruments „eBNB“ soll die Möglichkeit eröffnet werden, das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen als Qualitätsmanagementsystem während der gesamten Projektlaufzeit einzusetzen. Der Aufbau einer einheitlichen Dokumentation bewerteter Projekte erlaubt künftig die wissenschaftliche Auswertung sowie die Generierung von Kennwerten für den Planungs- und Bauprozess. Damit können in den frühen Planungsphasen fundierte Abschätzungen hinsichtlich Qualitäten und Kosten vorgenommen werden.

Internet

www.nachhaltigesbauen.de
www.oekobaudat.de
www.bauteileditor.de

Kontakt

Dr.-Ing. Tanja Brockmann
Referat II 6 – Bauen und Umwelt
Tel.: +49 228 99401-2760
tanja.brockmann@bbr.bund.de

Andreas Rietz
Referat II 5 – Nachhaltiges Bauen
Tel.: +49 228 99401-2750
andreas.rietz@bbr.bund.de

THEMA

Effizienzhäuser Plus – vom Praxistest zur Breitenanwendung

Helga Kühnhenrich, Arnd Rose

Ein Bewusstseinswandel findet im Verständnis von Bauen statt – Gebäude werden nicht mehr nur als Energieverbraucher verstanden, sondern auch als Energieerzeuger. Vernetzt mit dem Quartier oder Elektromobilen erzeugt eine neue Gebäudegeneration, die Effizienzhäuser Plus, mehr Energie im Jahr als sie für ihren Betrieb benötigt.

Die Entwicklung des energiesparenden Bauens hat in Deutschland eine lange Tradition, die stets von Vorreiterprojekten in der Forschung vorangetrieben worden ist. Durch das ambitionierte Ziel, den Gebäudebestand in Deutschland bis zum Jahr 2050 klimaneutral auszurichten und den damit einhergehenden Ausbau erneuerbarer Energiequellen zu beschleunigen, ist nun im Gebäudebereich der Blickwinkel für energetische Maßnahmen erweitert worden: Ein neuer Energiestandard, der Gebäude nicht länger nur als passive Systeme betrachtet, sondern auch energieerzeugende Komponenten der Häuser berücksichtigt, wird anhand von Modellvorhaben erforscht.

2010 hat die Forschungsinitiative Zukunft Bau mit dem Start des Forschungsprogramms „Effizienzhaus Plus“ den Grundstein für diese Entwicklung gelegt. Das BBSR setzt im Auftrag des Bundesbauministeriums das Programm zur Erforschung der Effizienzhäuser Plus um. Die Häuser erzeugen in der Jahresbilanz nicht nur genügend regenerative Energie, um ihren Bedarf an Heizung, Kühlung, Warmwasserbereitung und Nutzerstrom zu decken, sondern erwirtschaften darüber hinaus noch einen Energieüberschuss. Das von den Gebäuden erzeugte „Plus“ an Energie soll insbesondere für die Elektromobilität oder Quartiersversorgung zur Verfügung stehen. Mit der Anforderung, dass nicht nur primärenergetisch, sondern auch bezüglich der Endenergie ein Plus erzielt

werden muss, geht dieser Standard über alle bisherigen Vorgaben für die Energieeffizienz von Gebäuden hinaus. Ziel des aufgelegten Förderprogramms ist es, das Effizienzhaus-Plus-Konzept systematisch in seiner Technologie und Nutzung zu erproben, seine Marktfähigkeit voranzubringen und als einen Standard für Wohn- und Nichtwohngebäude zu etablieren.

Das Leitprojekt der Bundesregierung in Berlin löst den hohen Anspruch der Praxistauglichkeit erfolgreich ein

Den Auftakt zum Forschungsprogramm bildete ein eigenes Pilotprojekt der Bundesregierung, das „Effizienzhaus Plus mit Elektromobilität“ (EPmE) in Berlin. Das von Werner Sobek Architekten geplante und 2011 errichtete Wohngebäude ist mehr als ein „normales“ Haus. Es fungiert gleichzeitig als Anschauungs- und Forschungsobjekt sowie als Wohngebäude. Unter realen Bedingungen, d. h. im bewohnten Zustand, ist der Nachweis der praktischen Umsetzbarkeit des Konzepts mit den am Markt verfügbaren Techniken geliefert worden. Zwei Testfamilien haben jeweils für ein Jahr im Effizienzhaus Plus gewohnt und waren sehr zufrieden. „Es gibt einem ein gutes Gefühl, in seinem täglichen Leben etwas für die Umwelt zu tun“, berichtet ein Familienvater.

Bei dem Effizienzhaus Plus werden die erzielten Energieüberschüsse getreu dem Motto „Mein Haus, meine Tankstelle“ für den Betrieb von Elektro-



fahrzeugen verwendet. Das innovative Energiekonzept basiert auf der aktiven Vernetzung und Steuerung der Energieströme. Eine Vielzahl von Forschungsprojekten sind bereits am EPmE in Berlin durchgeführt worden – von der Optimierung des Energiemanagements bis zur sozialwissenschaftlichen Begleitung der Nutzer. Nach Ende der Wohnphase Mitte 2015 wird das EPmE als Informationszentrum weiter betrieben. Auch in dieser Nutzungsphase werden die Forschungen am Objekt weitergeführt.

Nicht nur Modellvorhaben werden gefördert – sondern auch der Erfahrungsaustausch aller Beteiligten

Neben dem erfolgreichen Leuchtturmprojekt in Berlin ist seit 2012 ein bundesweites Netzwerk aus unterschiedlichen Modellvorhaben im Ein- und Mehrfamilienhausbau durch das Forschungsprogramm aufgebaut worden. Vom Eigenheim im bayerischen Landhausstil bis

zum futuristischen Mehrfamilienhaus in Frankfurt, von Low-Tech-Ansätzen bis zu hochtechnisierten Konzepten reicht die Vielfalt der 36 Effizienzhäuser Plus. Während die Mehrzahl der Vorhaben Neubauprojekte sind, nimmt das Projekt der Wohnungsbaugesellschaft NUWOG in Neu-Ulm die Herausforderung an, den Effizienzhaus-Plus-Standard im Zuge einer Bestandsanierung von zwei Gebäuden aus den 1930er Jahren umzusetzen.

Bei allen geförderten Projekten wird nach der Baufertigstellung in einer zweijährigen technischen Validierungsphase überprüft, ob die energetischen Ziele der Planung im Betrieb erreicht werden. Mit den Ergebnissen soll das Energiemanagement von modernen Gebäuden verbessert und die notwendigen Komponenten für energieeffiziente Gebäudehüllen und die Nutzung erneuerbarer Energien fortentwickelt werden. In einem übergeordneten technischen und sozialwissenschaftlichen Monitoring

Das Leitprojekt der Bundesregierung in Berlin löst den hohen Anspruch der Praxis-tauglichkeit erfolgreich ein.

Das im Juli 2015 fertiggestellte Aktiv-Stadthaus ist das erste Mehrfamilienhaus im Effizienzhaus-Plus-Standard in Europa. Es umfasst 74 Wohnungen.



werden die Ergebnisse aller Modellprojekte zusammengeführt und ausgewertet, wobei auch die Auswirkungen des Nutzerverhaltens und die Zufriedenheit der Bewohner eine wichtige Rolle innerhalb der Forschung einnehmen.

Parallel zur Einführung der Förderung von Effizienzhaus-Plus-Gebäuden wurde ein Netzwerk aller Beteiligten aufgebaut, das sowohl dem wechselseitigen Austausch als auch der Öffentlichkeitsarbeit dient. Die mehrmals im Jahr stattfindenden Workshops bestechen vor allem durch ihren breitgefächerten Personenkreis: Forscher, Planer, aber auch Vertreter der Bauindustrie und Politik sowie die Bauherren und Bewohner diskutieren zusammen über ihre Erfahrungen.

Als Standard etablieren

Schon jetzt lässt sich feststellen, dass sich das Plusenergiekonzept bei allen bereits bewohnten Gebäuden bewährt. Technisch bedeutet dies, dass der tatsächliche Energieertrag aus Photovoltaik vorwiegend dem vorher Prognostizierten entspricht, während die Energieverbräuche in der Regel etwas höher ausfallen, als zuvor berechnet. Gegenüber dem KfW 70- Standard, der ab 2016 durch die EnEV als gesetzliche Mindestanforderung festgelegt wird, sind für Wohnhäuser im Effizienzhaus-Plus-Standard derzeit noch zwischen 230 und 325 Euro Mehrinvestitionen pro m² Nutzfläche erforderlich, die sich im Laufe der Jahre durch niedrigere



In ganz Deutschland entstehen Gebäude im Effizienzhaus-Plus-Standard.

Betriebskosten amortisieren. Durch Weiterentwicklung und Marktkonsolidierung der Komponenten sollen die Anfangsinvestitionen in Zukunft reduziert werden.

Mit den Vorbereitungen zur Aufstellung eines eigenen KfW-Förderprogramms im Effizienzhaus-Plus-Standard findet seit 2015 ein wichtiger Schritt in Richtung Breitenanwendung des Konzeptes in der Wohnungsbaupraxis statt.

Seit 2015 werden Bildungsgebäude im Effizienzhaus-Plus-Standard gefördert

Darüber hinaus soll das Plusenergiekonzept in anderen Nutzungsbereichen erforscht und umgesetzt werden. Seit Januar 2015 ist das Netzwerk auf den Nichtwohnbereich ausgeweitet und eine neue Förderrichtlinie für „Bildungsbauten im Effizienzhaus-Plus-Standard“ veröffentlicht worden. Kitas, Schulen

oder Seminargebäude an Hochschulen eignen sich aus verschiedenen Gründen für die Umsetzung des Standards: Zum einen sind bei diesem Gebäudetyp im Gegensatz zum Wohnungsbau die Zeiten für die Energieerzeugung und -verbrauch nahezu deckungsgleich über den Tag verteilt. Zum anderen sind Bildungsgebäude dafür prädestiniert, die nachfolgenden Generationen für das ressourcenschonende und zukunftsorientierte Bauen zu sensibilisieren. Auch hier geht es darum, die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand zu demonstrieren sowie die technische und wirtschaftliche Umsetzung zu erforschen.

Neben der Ausweitung auf andere Gebäudetypen wird die Quartiersvernetzung und die Schnittstelle zwischen Mensch und Technik weiterhin eine zentrale Rolle bei der Weiterentwicklung des Standards spielen.

Veröffentlichung

BMUB (Hrsg.), Wege zum Effizienzhaus Plus, 3. Auflage, Berlin 2014.

Internet

www.forschungsinitiative.de/effizienzhaus-plus/

Kontakt

Helga Kühnhenrich
Arnd Rose
Referat II 3 – Forschung im Bauwesen, Gebäudemanagement
Tel.: +49 228 99401-2733
helga.kuehnhenrich@bbr.bund.de

THEMA

Wie das Bauwesen digital wird – Building Information Modeling (BIM)

Sebastian Goitowski

Building Information Modeling (BIM) könnte eine Methode sein, die den Umgang mit Immobilien revolutioniert. Basis sind digitale Gebäudemodelle. Modernstes, digitales Bauen kann helfen, Kosten- und Zeitpläne von Bauprojekten im Griff zu behalten. Ein vom BBSR herausgegebener Leitfaden dient als Einstieg in die Arbeitsmethode und richtet sich an alle am Bau Beteiligten.

Der globale Trend zur Digitalisierung des menschlichen Alltags spiegelt sich zunehmend auch im Bauwesen wider. Zwar ist die Digitalisierung in anderen Industriezweigen wie etwa der Automobilindustrie weiter fortgeschritten. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit, Prozesse zu standardisieren und in IT-gestützten Verfahren abzubilden, hat aber längst Einzug in die Köpfe der Fachleute gehalten. Ein herausragender Trend ist das Building Information Modeling (BIM): das Planen, Bauen und Bewirtschaften von Immobilien auf Basis eines digitalen, meist dreidimensionalen Gebäudedatenmodells. Ziel dieser Methode ist die zentrale Verwaltung möglichst aller Bauwerksinformationen über den Gebäudelebenszyklus hinweg, um diese jedem Prozessbeteiligten in der gewünschten Breite und Tiefe zur Verfügung zu stellen. Langfristig sollen durch die Anwendung von BIM Bau- und Betriebskosten reduziert und redundante Datenerfassung sowie Planungsfehler vermieden werden.

Die Anfänge des Building Information Modeling liegen in Deutschland in den 1990er Jahren. Erst in den letzten zehn Jahren hat sich die Entwicklung spürbar beschleunigt; spätestens seit die Reformkommission Bau von Großprojekten BIM befürwortet hat, ist das Interesse in der Fachwelt für das Thema groß. Trotz der wachsenden Aufmerksamkeit steht die Einführung von BIM in Deutsch-

land erst am Anfang, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, wie beispielsweise Norwegen, Dänemark und Großbritannien. Diese setzen die digitale Gebäudemodellierung vielfach im öffentlichen, privaten und gewerblichen Planungs- und Ausführungsbereich ein. Teilweise auch mit starkem Engagement der Regierung, wie es in Großbritannien der Fall ist. Auch ist dort die nationale Normungs- und Richtliniensetzung bereits weit fortgeschritten.

Zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland widmen sich inzwischen dem Building Information Modeling, was die zunehmende Bedeutung der Methode für die deutsche Bauwirtschaft unterstreicht. Ein Indiz hierfür ist der Anstieg des Anteils an Forschungsanträgen mit BIM-Schwerpunkt auf 10 Prozent aller Anträge, die im Rahmen der Forschungsinitiative Zukunft Bau des Bundesbauministeriums gestellt wurden.

BIM-Leitfaden soll Umsetzung unterstützen

Das BBSR begleitet die Entwicklungen zur Digitalisierung des Bauwesens durch Forschung und Mitwirkung in Fachgremien sowie bei der nationalen und internationalen Norm- und Richtliniensetzung. Darüber hinaus berät das Institut das Bundesbauministerium zu den fachlichen Belangen des digitalen

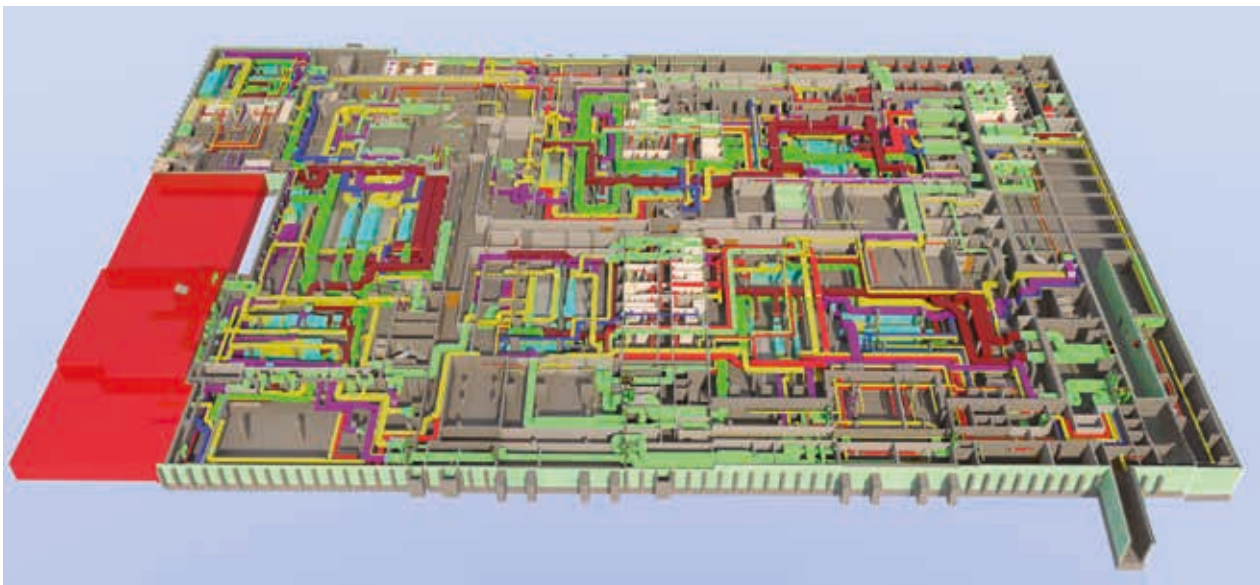


Digitales Modell des Humboldt-Forums, Berlin (BBR).

Bauens und liefert mit seiner Grundsatzarbeit die Entscheidungsgrundlagen für die politische Ausrichtung. Forschungsarbeiten widmen sich der Vereinbarkeit der Gebäudedatenmodellierung mit den Vorgaben des öffentlichen Bauwesens oder der Optimierung digitaler Bauprozesse. Der 2014 publizierte „BIM-Leitfaden für Deutschland“ dient als Einstieg in die Arbeitsmethode und richtet sich an alle am Bau Beteiligten. Der Leitfaden erläutert Grundlagen und Begriffe des BIM-Umfeldes und vermittelt einen Überblick über die Aktivitäten im In- und Ausland. Darüber hinaus geht er auf Fragen ein, die sich aus der Einführung und Anwendung von BIM ergeben. Zudem gibt die Publikation Handlungsempfehlungen für die Adaption der BIM-Methode im deutschen Bauwesen, etwa für die Ausgestaltung einer verbindlichen BIM-Richtlinie.

Eine weitere 2014 erschienene Publikation stellt die Nutzung der Gebäude-

datenmodellierung in der öffentlichen Bauverwaltung dar und widmet sich dabei vor allem den rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen. Im Grundsatz ist es demnach möglich, die BIM-Methode für die öffentliche Bauverwaltung bei sachgerechter Ausgestaltung der Vertragsregelungen einzuführen. Das Vergaberecht sowie die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau) stehen der Studie zufolge der Anwendung nicht entgegen. Auch das gesetzliche Preisrecht der HOAI schließt die Umsetzung und Nutzung von BIM in der öffentlichen Bauverwaltung nicht aus, sondern erlaubt schon heute die Arbeit nach dieser Methode. Nötig sind nach den Ergebnissen der Studie aber Anpassungen bei der Ausschreibungsmethodik und den Ausschreibungsunterlagen, den Leistungsbildern einzelner Formularverträge sowie den Schnittstellenbeschreibungen. Auch die Erstellung einer BIM-Richtlinie und spezieller BIM-BVB



Digitales Modell des Humboldt-Forums – Luftleitungsnetz (BBR).

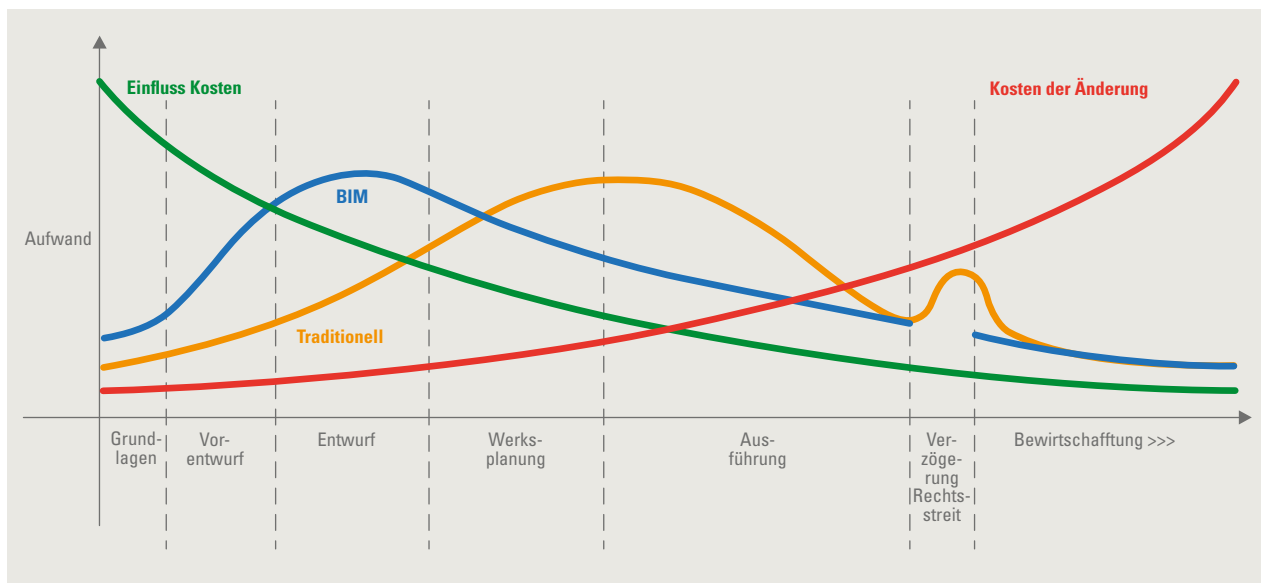
(Besondere Vertragsbedingungen) sollten in Betracht gezogen werden.

Informationsflüsse bei Bauprojekten verbessern

Ein wesentliches Forschungsgebiet ist die Optimierung von Bauabläufen, insbesondere als Voraussetzung für die durch BIM proklamierte Kostenreduzierung. Dies beinhaltet eine nähere Betrachtung der Informationsflüsse zwischen den Projektbeteiligten und deren Anforderungen an den Detaillierungsgrad der auszutauschenden Informationen. Deshalb widmet sich ein

2015 erscheinender Forschungsbericht einem Prozessentwurf, der die Datendurchgängigkeit und -verfügbarkeit in Bauprojekten steigern kann. Auch hier ist das Ziel, die Datenqualität zu verbessern, die Weitergabe der Informationen zu erleichtern und diese immer auf dem aktuellen Stand zur Verfügung zu stellen.

Neben seinen Aktivitäten auf dem Gebiet der Forschung vertritt das BBSR im Auftrag des Bundesbauministeriums den Bundesbau in der nationalen und internationalen Normen- und Richtliniensetzung in Bezug auf das digitale Bauen. Auf europäischer Ebene (CEN)



gibt es verstärkt Normungsaktivitäten, die mittelfristig zu BIM-Normen führen werden, deren Übernahme ins deutsche Normenwerk verpflichtend ist. Deshalb spielt die Interessenvertretung durch das BBSR eine entscheidende Rolle, um Belange der öffentlichen Bauherren in die zukünftigen Rahmenbedingungen von BIM einzubringen. Dies geschieht in enger Abstimmung mit dem operativen Baubereich des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Die Digitalisierung des Bauens ist für Deutschland eine langwierige Aufgabe. Building Information Modeling kann eine gewichtige Rolle spielen, jedoch ist BIM nur eine der Komponenten, die notwendig sind, um diesen Prozess zum Erfolg zu führen. Das BBSR ist wissenschaftlicher Ansprechpartner für die öffentliche Hand und alle interessierten Institutionen.

Kosten im Projektverlauf – Vergleich traditionell/BIM (Quelle: Liebich u.a. 2011).

Veröffentlichung

BBSR (Hrsg.): BIM-Leitfaden für Deutschland, Abschlussbericht, Bonn 2014 (elektronische Ressource)

Internet

BIM Leitfaden
<http://bit.ly/1KSuvQe>

Kontakt

Sebastian Goitowski
 Referat II 4: Bauwesen, Bauwirtschaft, GAEB
 Tel.: +49 228 99401-1523
sebastian.goitowski@bbr.bund.de

INTERVIEW

„Wir brauchen mehr Kooperation“

BBSR-Direktor Harald Herrmann im Gespräch

Was macht für Sie die Lebensqualität in einer Stadt aus?

Eine Studie hat jüngst anhand von mehr als 40 Indikatoren ermittelt, was eine Stadt lebenswert macht. Lebensqualität lässt sich in der Tat messen. Für mich persönlich sind es aber gar nicht so viele Aspekte, die das Leben in der Stadt ausmachen: eine gute Infrastruktur, kurze Wege zu allen mir wichtigen Einrichtungen, ein breites kulturelles Angebot. Eine Stadt kann viele Freiräume bieten, ansprechend gestaltete öffentliche Räume, in denen ich gerne Leute treffe. Lebensqualität heißt, dass sich die Stadt vor allem an denen ausrichtet, die sich in ihr bewegen.

Immer mehr Großstädter verzichten auf das eigene Auto. Sind die Städte denn auf einem guten Weg in Richtung nachhaltige Mobilität?

Flexibler, gesünder, sauberer, leiser – in diese Richtung bewegen sich die Kommunen, aber es gibt sicher noch einiges zu tun. Wir steigen doch dann aufs Fahrrad um, wenn die Alternativen zum eigenen Auto gut sind. Ein attraktives und bezahlbares Angebot im öffentlichen Nahverkehr gehört dazu, gut ausgebaute Fahrradwege, eine intelligente Vernetzung der Verkehrsträger. Inzwischen gibt es deutschlandweit fast 4 000 Mietstationen privater Carsharing-Anbieter – auch in Klein- und Mittelstädten. Der Einsatz von Fahrzeugen mit alternativem Antrieb ist auch ein wichtiger Beitrag zu umweltschonender Mobilität.

Die Großstädte wachsen, gleichzeitig wünschen sich aber immer mehr Menschen ein Leben auf dem Land. Wie erklären Sie sich dieses Paradox?

Die Sehnsucht nach einem Leben auf dem Land ist nicht neu. Der Erfolg von Zeitschriften wie „Landlust“ bringt diesen Wunsch zum Ausdruck. Das eigene Haus mit einem großen Garten, vielen Blumen und in reiz-

voller Umgebung. Stabile Nachbarschaften, weniger Lärm. Im Sommer ist es ein paar Grad kühler als in der Stadt. Aber wenn es um eine gute Infrastruktur geht, um Selbstverwirklichung, kurze Wege, ein vielfältiges Kulturangebot oder Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, wissen die Menschen die Vorteile eines Lebens in der Stadt sehr zu schätzen. Das Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen, an Bildungseinrichtungen und Ausbildungsplätzen ist in den Städten ungleich größer.

Wie beurteilen sie die Perspektive von Kommunen in ländlichen Gebieten?

Die Perspektiven sind ja nicht per se negativ. Ein ganz entscheidender Faktor ist die Lage. Viele ländliche Gemeinden, die nah dran sind an den Ballungsräumen, können von deren Dynamik profitieren. Dagegen haben es Gemeinden in dünn besiedelten, peripheren Räumen ungleich schwerer.

Heißt das, die Kommunen in peripheren Räumen werden abgehängt?

Nein, ich kann mir auch nicht vorstellen, dass es irgendwann verlassene Dörfer geben wird. Schrumpfung erfordert zunächst angemessene Anpassungsstrategien, d. h. einen Umbau von Infrastruktur, von Verwaltungs- und Organisationsstrukturen und von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Natürlich ruft das auch Ängste hervor. Sofern tragfähige Ideen und Konzepte lokal und regional entwickelt und umgesetzt werden können, ist dies im Rahmen der kommunalen Selbstbestimmung sehr unterstützenswert. Wo diese Mittel jedoch fehlen, braucht es zusätzliche Unterstützung, wie sie etwa die Städtebauförderung oder auch die Förderprogramme ELER und LEADER bieten. Modellprojekte können darüber hinaus Hinweise auf beispielhafte Anpassungskonzepte bringen, beispielsweise unser neues Forschungsfeld „Kleinstädte in peripheren Lagen“. Hier werden neue Wege entwickelt,



Harald Herrmann, Direktor und Professor des BBSR.

erprobt und der Allgemeinheit für die eigene strategische Entwicklung als Best Practice zur Verfügung gestellt.

Wie sehen die Rezepte aus?

Erstens geht es darum, dass Kommunen noch stärker als bisher zusammenarbeiten, um den Bürgern gute Angebote zu machen. Interkommunale Kooperation lautet das Stichwort. Zweitens müssen wir die Ideen und die Tatkraft der Bewohner nutzen und vor allem zu würdigen wissen. Wir müssen uns Gedanken machen über neue

Kooperationsformen und Finanzierungsmöglichkeiten für die Daseinsvorsorge. Das schließt private Initiative ein. Drittens sollten wir uns darüber verständigen, speziell die Kleinstädte in peripheren Lagen als Versorgungszentren für die umliegenden Ortschaften zu stärken.

Die Initiative Ländliche Infrastruktur des Bundesbauministeriums hat hier schon vieles bewirkt. Und die Erfahrungen aus den Modellvorhaben der Raumordnung und dem Wettbewerb Menschen und Erfolge sind ermutigend. Dennoch sage ich auch: Wir können gerade

die jungen Menschen nicht daran hindern, dass sie in die Städte gehen – und nach dem Ende ihrer Ausbildung auch dort bleiben. Auch die Mehrheit der anerkannten Flüchtlinge wird dort hingehen, wo sie an bestehende Netzwerke andocken können, wo es Familie, Freunde und Gleichgesinnte gibt und genügend Arbeitsmöglichkeiten.

Die aktuellen Flüchtlingszahlen werden die bereits angespannten Wohnungsmärkte weiter anspannen.

Der Anstieg der Wohnungsbaufertigstellungen vor allem im Geschosswohnungsbau ist zunächst positiv zu bewerten. Das reicht aber nicht, um den jetzt noch stärkeren Bedarf zu decken, wie er sich aus den sprunghaft angestiegenen Flüchtlingszahlen ergibt.

Sie hatten in der Wohnungsmarktprognose 2030 den Bedarf auf 272 000 Wohnungen beziffert, die deutschlandweit jährlich bis 2020 neu gebaut werden müssen.

Es ist damit zu rechnen, dass die Flüchtlingszahlen in den nächsten Jahren nicht signifikant zurückgehen werden. Wir gehen inzwischen von mindestens 350 000 neuen Wohnungen pro Jahr aus, die benötigt werden, die Mehrzahl im Geschosswohnungsbau. Es geht um den gesamten Wohnungsbau. Die Flüchtlinge, die in den normalen Wohnungsmarkt drängen, erhöhen natürlich den Druck auf angespannten Märkten.

Wie lässt sich denn kurzfristig überhaupt so viel Wohnraum schaffen?

Die Bundesregierung hat im September wichtige Schritte beschlossen. Erstens die Erhöhung der Kompensationsmittel des Bundes für die Soziale Wohnraumförderung an die Länder um jeweils 500 Millionen Euro in den Jahren 2016 bis 2019. Zweitens wird der Bund Kommunen und kommunalen Gesellschaften über Konversionsliegenschaften hinaus weitere Immobilien und Liegenschaften verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Drittens wollen Bund und Länder unverzüglich mittels geeigneter Anreizinstrumente den Neubau von preiswertem Wohnraum in Gebieten mit angespannter Wohnungslage fördern.

Ist denn überhaupt absehbar, dass Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen?

Ich denke, dass in den kommenden Jahren das Zusammenwirken aller föderalen Ebenen, aber auch von Wohnungs- und Immobilienwirtschaft eine große Aufgabe sein wird, mit dieser Situation umzugehen. Gute Ideen sind gefragt, private Initiative und auch unkonventionelle Lösungen. Und dazu bedarf es auch einer kritischen Überprüfung – oder auch temporären Aussetzung – mancher Normen und Standards, die das Bauen so teuer machen. Darüber hinaus brauchen wir eine Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren.

Das Thema wird also weiter auf der Forschungsagenda der Wohnungs- und Immobilienmarktexperten stehen.

Die Kommunen klagen, dass sie bei der Integration der Flüchtlinge allein gelassen werden. Kommt zu wenig Unterstützung vom Bund?

Wir können das ja nur aus der Perspektive der Wissenschaft betrachten. Wir sehen, dass gerade die Großstädte vor besonderen Herausforderungen stehen. Die Unterbringung der Neuankömmlinge ist gerade in Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten schwierig. Gut ist aus meiner Sicht, dass die Soziale Stadt als Leitprogramm der Städtebauförderung gestärkt und die Mittel in diesem Jahr aufgestockt wurden. Integration findet vor allem im Stadtquartier statt. Es gibt Begegnungszentren, Anlaufstellen für die Bewohner, Bildungsangebote und Quartiersmanager. Mittel aus dem Programm können auch verwendet werden, um Schrottimmobilien aufzukaufen und diese zu sanieren, um Wohnraum zu schaffen. Das verbessert die Lebenssituation in diesen Stadtteilen. Das Programm ist aus

Sicht der Stadtentwicklung sehr wichtig für die kommunale Integrationspolitik, aber natürlich nur ein Baustein.

Die bestehenden Programme sind nicht besonders gut aufeinander abgestimmt, lautet ein weiterer Kritikpunkt.

Soziale Stadtentwicklung verbindet städtebauliche Maßnahmen mit Maßnahmen aus unterschiedlichen Fachbereichen – eine Zusammenarbeit auch mit anderen Bundesressorts ist deshalb besonders wichtig, und da sind sicher noch Verbesserungen möglich. Eine laufende Studie soll den Bedarf für eine effektive Zusammenarbeit speziell für das Programm Soziale Stadt aufzeigen und damit auch weiteren Akteuren und Partnern aus der Wirtschaft, aus Verbänden, der Zivilgesellschaft, Kirchen, Institutionen, Vereinen etc. mögliche Ansatzpunkte bieten, hier verstärkt zusammenzuwirken.

Vielen Dank für das Gespräch.

(Interview: Christian Schlag)

Zur Person:

Harald Herrmann, geboren 1953 im hessischen Schlierbach, war nach seinem Studium der Rechtswissenschaften zunächst im Verteidigungsministerium in der Verwaltungs- und Rechtsabteilung tätig. Von 1998 bis 2011 leitete er die Zentralabteilung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Am 8. November 2011 übernahm er die Leitung des BBSR, am 4. Juli 2012 wurde er zum Direktor und Professor ernannt. Harald Herrmann ist verheiratet und Vater von drei Söhnen und einer Tochter.

ANHANG



Veröffentlichungen 2014|2015

Informationen zur Raumentwicklung

Jahrgang 2014

- 01 Shoppen – in der City?
Wissenschaftliche Redaktion: *Christiane Kalka*
- 02 Informeller Urbanismus
Wissenschaftliche Redaktion: *Stephan Willinger*
- 03 Räumliche Organisation des Güterverkehrs
Wissenschaftliche Redaktion: *Bernd Buthe*
- 04 Zwischen Erhalt, Aufwertung und Gentrifizierung –
Quartiere und Wohnungsbestände im Wandel
Wissenschaftliche Redaktion: *Anna Maria Mütter,
Matthias Waltersbacher*
- 05 Länderneugliederung in Deutschland
Wissenschaftliche Redaktion: *Dr. Markus Eltges*
- 06 Zuwanderung, Armut, Verantwortung
Wissenschaftliche Redaktion: *Juliane Wagner*

Jahrgang 2015

- 01 Gleichwertigkeit auf dem Prüfstand
Wissenschaftliche Redaktion: *Dr. Rupert Kawka*
- 02 Was bewegt uns (morgen?)
Wissenschaftliche Redaktion: *Christian Schlump*
- 03 Innovationen in der räumlichen Planung
Wissenschaftliche Redaktion: *Uwe-Jens Walther,
Dr. Robert Kaltenbrunner*

Analysen Bau.Stadt.Raum

Jahrgang 2015

- 11 Kommunale Wohnungsbestände in Deutschland
Wissenschaftliche Redaktion: *Gudrun Claßen*

BBSR-Analysen KOMPAKT

Jahrgang 2014

- 01 Windenergieanlagen und Raumordnung
Klaus Einig, Dr. Brigitte Zaspel-Heisters
- 02 Zur Förderung von Forschung und Bildung
Gregor Lackmann, Michael Zarth
- 03 Deutlicher Anstieg beim Handel großer Wohnungsportfolios
in 2012 und 2013
Jonathan Franke, Karin Lorenz-Hennig
- 04 Auf dem Weg zu Smart Cities
Dr. Peter Jakubowski

- 05 Infrastrukturindikator 2012
Dr. Steffen Maretzke
- 06 Verkehrsbild Deutschland
Bernd Buthe, Dr. Peter Jakubowski, Dorothee Winkler
- 07 Flächenverbrauch, Flächenpotenziale und Trends 2030
*Dr. Roland Goetzke, Christian Schlump, Dr. Jana Hoymann,
Gisela Beckmann, Dr. Fabian Dosch*
- 08 Hochwasser: Vor- und Nachsorge
Dr. Bernhard Fischer, Dr. Fabian Dosch
- 09 Kleinräumige Wohnungsmarkttrends in Großstädten
Alexander Schürt, Jürgen Götdecke-Stellmann
- 10 Wohnungstransaktionsvolumen im ersten Halbjahr 2014
weiterhin auf hohem Niveau
Jonathan Franke, Karin Lorenz-Hennig
- 11 Bericht zur Lage und Perspektive der Bauwirtschaft 2014
Stefan Rein
- 12 Ausnahmeposition des deutschen Bausektors in Europa
Stefan Rein, Christian Schmidt
- 13 Kommunale Wohnungsbestände in Deutschland
Gudrun Claßen, Jonathan Franke, Karin Lorenz-Hennig

Jahrgang 2015

- 01 Divergenzen und Konvergenzen in Großstadtreionen –
kleinräumige Analysen
*Dr. Brigitte Adam, Jürgen Götdecke-Stellmann,
Dr. Gabriele Sturm*
- 02 Klimaangepasstes Bauen bei Gebäuden
Bettina Stock
- 03 Monitoring der Städtebauförderung im BBSR
Jürgen Götdecke-Stellmann, Thorsten Wagner
- 04 Handel mit Wohnungsportfolios auch im Jahr 2014
auf hohem Niveau
Jonathan Franke, Karin Lorenz-Hennig
- 05 Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus
Dr. Claus Schlömer, Dr. Jana Hoymann
- 06 Verkehrliche Auswirkungen einer Sturmflut
Bernd Buthe, Dr. Peter Jakubowski, Thomas Pütz
- 07 Wohnungsmarktprognoze 2030
Matthias Waltersbacher, Tobias Held
- 08 Gender-Index revisited
Antonia Milbert, Renate Müller-Kleißler, Dr. Gabriele Sturm
- 09 Steuerung der Windenergie durch die Regionalplanung –
gestern, heute, morgen
Dr. Brigitte Zaspel-Heisters

Veröffentlichungen 2014|2015

- 10 Indikatoren zur Nahversorgung
Markus Burgdorf, Gesine Kirschausk, Renate Müller-Kleißler
- 11 Internationale Migration in deutsche Großstädte
Nadine Körner-Blätgen, Dr. Gabriele Sturm
- 12 Wachsen oder schrumpfen?
Antonia Milbert

BBSR-Berichte KOMPAKT

Jahrgang 2014

- 01 Städtische Öffentlichkeit – öffentliche Stadträume
Dr. Brigitte Adam, Dr. Gabriele Sturm
- 02 KdU-Richtlinien: Werkstattberichte aus der Praxis
Anna Maria Muther

BBSR-Online-Publikationen

Jahrgang 2014

- 01 Der Markt für Wohn- und Gewerbeimmobilien in Deutschland. Ergebnisse des BBSR-Expertenpanel Immobilienmarkt Nr. 12 (1. Halbjahr 2013 – 2. Halbjahr 2013)
Wissenschaftliche Begleitung: *Eva Korinke*
- 02 Definition eines Qualitätssicherungsprozesses für den elektronischen Datenaustausch im Vergabewesen
Wissenschaftliche Begleitung: *Sebastian Goitowski*
- 03 Evaluierung des PQ-Systems: Dokumentation der Fachtagung vom 13. November 2013 im BBSR, Berlin
Wissenschaftliche Begleitung: *Ingrid Strohe*
- 04 Anreizinstrumente für Investitionen im Stadtbau Ost – Alternativen zur Altschuldenhilfe?
Wissenschaftliche Begleitung: *Mathias Metzmacher*
- 05 Akteure, Strukturen und Handlungsfelder der transnationalen Zusammenarbeit 2007–2013
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Wilfried Görmar*
- 06 Kosten energierelevanter Bau- und technischer Anlagenteile bei der energetischen Sanierung von Nichtwohngebäuden/Bundesliegenschaften
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Olaf Böttcher, Jörg Lammers*
- 07 Validierung des Entwurfs für ein Beiblatt 3 (Tabellenverfahren) zur DIN V 18599
Wissenschaftliche Begleitung: *Horst-Peter Schettler-Köhler, Hans-Peter Lawrenz*
- 08 Wissenschaftliche Begleitung der Fortschreibung der amtlichen Bekanntmachungen der Regeln zur Datenaufnahme und Datenverwendung zur Erstellung von Energieausweisen
Wissenschaftliche Begleitung: *Horst-Peter Schettler-Köhler, Hans-Peter Lawrenz*

- 09 Auswirkungen von Basel III auf die Immobilienfinanzierung in Deutschland
Wissenschaftliche Begleitung: *Iris Ammann*
- 10 Wie können Kommunen für qualifizierte Zuwanderer attraktiv werden?
Wissenschaftliche Begleitung: *Martina Kocks*
- 11 Vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen. Ein wichtiges Thema im Kontext der Demografiestrategie
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Steffen Maretzke*
- 12 Kurzdokumentation von 200 Kunst-am-Bau-Werken im Auftrag des Bundes von 1950 bis 1979
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Ute Chibiziura*
- 13 Kurzdokumentation von 200 Kunst-am-Bau-Werken im Auftrag des Bundes von 1980 bis 2010
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Ute Chibiziura*

Jahrgang 2015

- 01 Sondierungsstudie zur Quantifizierung von Rebound-Effekten bei der energetischen Sanierung von Nichtwohngebäuden/Bundesliegenschaften
Wissenschaftliche Begleitung: *Jörg Lammers*
- 02 Privateigentümer von Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern
Wissenschaftliche Begleitung: *Christoph Zander*
- 03 Erneutes Gutachten zur Umsetzung von Artikel 14 der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Heizungsinspektion)
Wissenschaftliche Begleitung: *Isabel Ahlke*
- 04 Engagement im Quartier
Wissenschaftliche Begleitung: *Juliane Wagner*
- 05 Menschen und Erfolge – Gute Beispiele ländlicher Infrastrukturangebote
Wissenschaftliche Begleitung: *Michael Zath*
- 06 Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen – Vertiefende Modellprojekte der Umsetzung integrierter Stadtteilentwicklungskonzepte
Wissenschaftliche Begleitung: *Wolfgang Neußer*
- 07 Virtuelle und reale öffentliche Räume – Eine sondierende Studie zum Wandel öffentlicher Räume im digitalen Zeitalter
Wissenschaftliche Begleitung: *Anca-Maria Cârstea*
- 08 Wohnsituation und Wohnkosten von Haushalten im Niedrigeinkommensbereich
Wissenschaftliche Begleitung: *Nina Oettgen*

Veröffentlichungen 2014|2015

Sonderveröffentlichungen des BBSR

Jahrgang 2014

Wohneigentum stärken – Perspektiven für Menschen und Städte
Wissenschaftliche Begleitung: *Iris Ammann*

Potenzialanalyse altersgerechte Wohnungsanpassung
Wissenschaftliche Begleitung: *Verena Lihs*

Deutschland in Europa. Ergebnisse des Programms ESPON 2013
Heft 4: Demographischer Wandel und Daseinsvorsorge
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Karl Peter Schön*

Deutschland in Europa. Ergebnisse des Programms ESPON 2013
Heft 5: Erreichbarkeit und räumliche Entwicklung
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Karl Peter Schön*

Transnationale Perspektiven für grünes und blaues Wachstum
Wie Kommunen und Regionen im Rahmen von INTERREG IV B
nachhaltiges Wachstum fördern und marine Ressourcen nutzen
können
Wissenschaftliche Begleitung: *Brigitte Ahlke, Dr. Wilfried Görmar,
Jens Kurnol, Sina Redlich*

Kommunale Strategien zur Versorgung einkommensschwächerer
und sozial benachteiligter Haushalte
Wissenschaftliche Begleitung: *Mathias Metzmacher,
Anna Maria Mütter*

Klimawandel in Stadt und Region
Wissenschaftliche Begleitung: *Ute Birk, Dr. Fabian Dosch*

Hinweise zur Erstellung von Mietspiegeln
Wissenschaftliche Begleitung: *Wolfgang Neußer, Tobias Held*

Aktuelle und zukünftige Entwicklung von Wohnungsleerständen
in den Teilräumen Deutschlands
Wissenschaftliche Begleitung: *Alexander Schürt,
Matthias Waltersbacher*

Neues Wohnen – Gemeinschaftliche Wohnformen
bei Genossenschaften
Wissenschaftliche Begleitung: *Anna Maria Mütter*

Private Abwasserleitungen – Informationen und Hinweise für den
Grundstückseigentümer
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Bernhard Fischer*

Sechs Modellvorhaben erproben Bündelung und Kooperation
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Rupert Kawka*

Investitionsprozesse bei Wohnungseigentümergeinschaften mit
besonderer Berücksichtigung energetischer und altersgerechter
Sanierungen
Wissenschaftliche Begleitung: *Christoph Zander*

Jahrgang 2015

Regionale Baukultur und Tourismus
Wissenschaftliche Begleitung: *Anca Cârstea*

Transnationale Perspektiven für den Mittelstand
Wissenschaftliche Begleitung: *Brigitte Ahlke, Dr. Wilfried Görmar,
Jens Kurnol, Sina Redlich*

Kooperation im Quartier zur Wertsicherung innerstädtischer
Immobilien (KIQ)
Wissenschaftliche Begleitung: *Mathias Metzmacher, Eva Korinke,
Anna-Maria Mütter*

Leitfaden Kooperation im Quartier
Wissenschaftliche Begleitung: *Mathias Metzmacher, Eva Korinke,
Anna-Maria Mütter*

Energieeffizienter Neubau von Nichtwohngebäuden kommunaler
und sozialer Einrichtungen
Wissenschaftliche Begleitung: *Ute Birk*

Überflutungs- und Hitzevorsorge durch die Stadtentwicklung
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Fabian Dosch*

Weißer Stadt Tel Aviv: Zur Erhaltung von Gebäuden
der Moderne in Israel und Deutschland
Wissenschaftliche Begleitung: *Miriam Hohfeld*

Innovationen für Innenstädte – Nachnutzung leerstehender
Großstrukturen
Wissenschaftliche Begleitung: *Stephanie Haury, Christiane Kalka*

Bestandsaufnahme und Wirkungsanalyse des Wohngeldes
Wissenschaftliche Begleitung: *Nina Oettingen*

Präqualifikation von Bauunternehmen in Deutschland
Wissenschaftliche Begleitung: *Michael Alvermann, Ingrid Strohe*

ExWoSt-Info

Jahrgang 2014

43/2 Kooperation im Quartier mit privaten Eigentümern zur
Wertsicherung innerstädtischer Immobilien.
Wissenschaftliche Begleitung: *Mathias Metzmacher,
Eva Korinke*

44/2 Orte der Integration im Quartier
Wissenschaftliche Begleitung: *Juliane Wagner*

45/1 Neue Mobilitätsformen, Mobilitätsstationen und Stadtgestalt
Wissenschaftliche Begleitung: *Christian Schlump*

46/1 Städtebauliche Nachverdichtung im Klimawandel
Wissenschaftliche Begleitung: *Bernd Breuer, Mechtild Renner*

Veröffentlichungen 2014|2015

Jahrgang 2015

- 47/1 Umwandlung von Nichtwohngebäuden in Wohnimmobilien
Wissenschaftliche Begleitung: *Karin Lorenz-Hennig, Ute Birk, Gudrun Claßen*

Magazin stadt:pilot

Jahrgang 2014

- stadt:pilot 08
Wissenschaftliche Begleitung: *Stephan Willinger*

- stadt:pilot 09
Wissenschaftliche Begleitung: *Stephan Willinger*

- stadt:pilot spezial: Forschung und Lehre in der Stadtentwicklung
Wissenschaftliche Begleitung: *Stephan Willinger*

Jahrgang 2015

- stadt:pilot spezial: Die Stadt und das Nachtleben
Wissenschaftliche Begleitung: *Stephan Willinger*

- stadt:pilot 10
Wissenschaftliche Begleitung: *Stephan Willinger*

Zukunft Bauen: Forschung für die Praxis

Jahrgang 2014

- 01 ready – vorbereitet für altengerechtes Wohnen
Wissenschaftliche Begleitung: *Guido Hagel*

Jahrgang 2015

- 02 Soziale Faktoren nachhaltiger Architektur
Wissenschaftliche Begleitung: *Wencke Haferkorn*

BMUB-Veröffentlichungen

Jahrgang 2014

- Heft 4 „Zukunft bauen“. Das Magazin der Forschungsinitiative
Zukunft Bau 2014
Wissenschaftliche Begleitung: *Guido Hagel*

- Leitfaden Barrierefreies Bauen
Wissenschaftliche Begleitung: *Rachel Barthel*

- Aktive Stadt- und Ortsteilzentren. Fünf Jahre Praxis
Wissenschaftliche Begleitung: *Mechtild Renner, Bernd Breuer*

- Chancen für den Altbau – Gute Beispiele im Stadtumbau Ost
Wissenschaftliche Begleitung: *Evi Goderbauer, Mathias Metzmacher*

- 10 Jahre Stadtumbau West – Programmprofil und Praxis
Wissenschaftliche Begleitung: *Evi Goderbauer*

Wege zum Effizienzhaus Plus

Wissenschaftliche Begleitung: *Helga Kühnhenrich*

- Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Brigitte Zaspel-Heisters*

- Die besonders erhaltenswerte Bausubstanz in der integrierten
Stadtentwicklung
Wissenschaftliche Begleitung: *Ricarda Ruland*

- Verwahrloste Immobilien – Leitfaden zum Einsatz von Rechtsinstru-
menten beim Umgang mit verwahrlosten Immobilien
Wissenschaftliche Begleitung: *Mathias Metzmacher*

- Kommunale Weißbücher – Zukunft Innenstadt gestalten
Wissenschaftliche Begleitung: *Stephanie Haury, Christiane Kalka*

Jahrgang 2015

- Benachteiligte Quartiere gemeinsam unterstützen – Eine Arbeitshilfe
für die kommunale Praxis zur Zusammenarbeit mit Unternehmen und
Stiftungen
Wissenschaftliche Begleitung: *Martina Kocks, Juliane Wagner*

- Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft
(Grünbuch Stadtgrün)
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Fabian Dosch, Stephanie Haury, Juliane Wagner, Bastian Wahler, Stephan Willinger*

- Hochwasserschutzfibel – Objektschutz und bauliche Vorsorge
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Bernhard Fischer u. a.*

BMVI-Veröffentlichungen

Jahrgang 2014

- MORO-Information
10/4 Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge
Wissenschaftliche Begleitung: *Klaus Einig*

- MORO-Information
10/5 Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge
Wissenschaftliche Begleitung: *Klaus Einig*

- MORO-Information
10/2 Regionale Energiekonzepte. Zwischenergebnisse/Verteilernetze
und Speicher
Wissenschaftliche Begleitung: *Klaus Einig*

BMVI-Online-Publikation

- 01 Leitfaden zur Gründung eines EVTZ für Akteure der transnatio-
nalen Zusammenarbeit
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Wilfried Görmar*

BMVI-Online-Publikation

- 02 Leitfaden zur Gründung eines EVTZ für Akteure der grenz-
überschreitenden Zusammenarbeit
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Wilfried Görmar*

Veröffentlichungen 2014|2015

BMVI-Online-Publikation

- 03 Handlungsoptionen der Stadtentwicklung im Spannungsfeld von Globalisierung und regionaler Wertschöpfung
Wissenschaftliche Begleitung: *Bernd Buthe*

BMVI-Online-Publikation

- 04 Przewodnik po EUWT dla podmiotów współpracy transgranicznej
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Wilfried Görmar*

BMVI-Online-Publikation

- 05 Umsetzung der Territorialen Agenda 2020: Entwicklung regionaler Potenziale im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der TEN-V in drei Modellregionen
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Wilfried Görmar, Bernd Buthe*

Jahrgang 2015

MORO-Praxis

- Heft 1 Sicherung des Fachkräfteangebots im ländlichen Raum
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Steffen Maretzke*

MORO-Forschung

- Heft 1 Regionale Energiekonzepte in Deutschland
Wissenschaftliche Begleitung: *Klaus Einig, Stefan Göbbels*

MORO-Information

- 11/3 Regionale Energiekonzepte. Dokumentation der Abschlussveranstaltung
Wissenschaftliche Begleitung: *Klaus Einig, Stefan Göbbels*

MORO-Information

- 12/1 Integrierte Flusslandschaftsentwicklung. Evaluation Grünzung Neckartal (GN)
Wissenschaftliche Begleitung: *Gisela Beckmann*

BMVI-Online-Publikationen

- 01 Kennzahlen in der Daseinsvorsorge
Wissenschaftliche Begleitung: *Klaus Einig*

BMVI-Online-Publikationen

- 02 Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen Schwedens, Norditaliens, Österreich und der Schweiz
Wissenschaftliche Begleitung: *Klaus Einig*

BMVI-Online-Publikationen

- 03 Umsetzung der Territorialen Agenda 2020
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Wilfried Görmar, Bernd Buthe*

BMVI-Online-Publikationen

- 04 Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge
Wissenschaftliche Begleitung: *Michael Zarth*

BMVI-Online-Publikationen

- 05 Raumwirksamkeitsanalyse – Anwendungen der Richtlinie für die integrierte Netzgestaltung (RIN) im Schienenverkehr
Wissenschaftliche Begleitung: *Bernd Buthe*

BMVI-Online-Publikationen

- 06 Regionale Energiekonzepte in Deutschland – Fallanalysen, Analse der Förderprogramme, Handlungsempfehlungen
Wissenschaftliche Begleitung: *Klaus Einig, Stefan Göbbels*

BMVI-Online-Publikationen

- 07 Implementing the Territorial Agenda 2020 – Enhancing regional potential in the context of further developing the TEN-T
Wissenschaftliche Begleitung: *Dr. Wilfried Görmar, Bernd Buthe*

BMVI-Online-Publikationen

- 08 Räumlich differenzierte Flächenpotenziale für erneuerbare Energien in Deutschland
Wissenschaftliche Begleitung: *Klaus Einig, Dr. Brigitte Zaspel-Heisters*

BMWi-Veröffentlichungen

Jahrgang 2014

- Energetisch und altersgerecht sanieren. Ein Ratgeber für Wohnungseigentümergeinschaften.
Wissenschaftliche Begleitung: *BBSR*

Veranstaltungen 2014

Datum				
15.01.14	Mehrwerte transnationaler INTERREG-Projekte für grünes und blaues Wachstum	Berlin	Brigitte Ahlke [I 3]	BBSR/BMVI
20.01.14	Expertenhearing „Innerstädtische öffentliche Räume in Klein- und Mittelstädten“	Berlin	Christiane Kalka, Dr. Brigitte Adam [I 2]	BBSR/BMVI
22.01.14	Nach dem Solidarpakt – wie geht es weiter?	Berlin	Dr. Markus Eltges [AL I]	BBSR/DStGB
22.01.14	Regionalstrategien – Ein wirksames Instrument zur Bewältigung des demografischen Wandels?	Neubrandenburg	Steffen Maretzke [I 1]	BBSR
27.01.14	Anwenderkreis ÖKOBAUDAT	Berlin	Dr. Tanja Brockmann [II 6]	BBSR
28.01.14	Fachwerkstatt „Wie können Kommunen für qualifizierte Zuwanderer attraktiv werden?“	Berlin	Martina Kocks [I 4]	BBSR/BMVI
05.02.14	Workshop I: Rückkopplung Konzeption zur Zwischenevaluierung Zentrenprogramm	Berlin	Mechthild Renner [I 2]	BBSR/BMUB
12.–13.02.14	Auftaktveranstaltung „Jugend.Stadt.Labor“	Dessau	Stephanie Haury, Stephan Willinger [I 2]	BBSR/BMUB
25.02.14	Auftaktveranstaltung „Integrierte Meerespolitik“	Berlin	Dr. Wilfried Görmar [I 2]	BBSR/BMUB
10.–11.03.14	Indikatoren zur kleinräumigen Stadtbeobachtung: Workshop des Kooperationsnetzwerks Innerstädtische Raumbewertung – IRB	Bonn	Dr. Gabriele Sturm [I 6]	BBSR
11.03.14	1. Sitzung des Expertenbeirats zur ExWoSt-Studie „Neue Mobilitätsformen, Mobilitätsstationen und Stadtgestalt“	Berlin	Christian Schlump [I 5]	BBSR/BMUB
12.03.14	Immobilienwirtschaftlicher Dialog: Leitungsgespräch „Wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Schwerpunktaufgaben der Bundesregierung in der 18. Legislaturperiode“	Berlin	Karin Lorenz-Hennig [II 13]	BBSR/BMUB
12.–14.03.14	Demografiestrategie – Work in Progress?	Berlin	Steffen Maretzke [I 1]	BBSR/DGD/DGS
13.–14.03.14	Den Landschaftswandel gestalten! 3. Regionalworkshop	Schwäbisch-Gmünd	Dr. Fabian Dosch [I 6]	BBSR/BfN
26.–27.03.14	Klimakonferenz „Klimawandel in Stadt und Region“	Berlin	Dr. Fabian Dosch [I 3], Ute Birk [II 13]	BBSR/BMUB
01.04.14	KdU-Richtlinien – Werkstattberichte aus der Praxis	Köln	Anna Maria Mütter [II 12]	BBSR/Deutscher Städtetag
09.04.14	ESPON on the Road Steering Group meetings	Bonn	Adam Radvanszki [I 3]	BBSR
29.04.14	Runder Tisch „Nachhaltiges Bauen“	Berlin	Andreas Rietz [II 5]	BBSR/BMUB
05.05.14	Klimaanpassungsstrategien zur Überflutungsvorsorge verschiedener Siedlungstypen. 2. Workshop: Trockenheitsvorsorge	Berlin	Dr. Fabian Dosch [I 6]	BBSR/BfN
06.05.14	Werkstatt „Stadtumbau Ost“	Wittenberge	Evi Goderbauer [I 2]	BBSR/BMUB
06.–07.05.14	Transnationale Zusammenarbeit in Europa – So geht es weiter	Berlin	Brigitte Ahlke [I 3]	BBSR/BMUB

Veranstaltungen 2014

Datum				
07.–08.05.14	Transferwerkstatt „Zentren – Orte der Vielfalt für Wirtschaft, Wohnen, Versorgung und Freizeit“	Hamburg	Mechthild Renner, Bernd Breuer [I 2]	BBSR/BMUB
08.05.14	2. Fachwerkstatt „IEP-Erfassung“	Dresden	Gisela Beckmann [I 6]	BBSR/BMUB
12.–13.05.14	Werkstattgespräch „Kooperation Konkret“	Leipzig	Dr. Rupert Kawka [I 4]	BBSR/BMUB
13.–14.05.14	Zukunft Bau-Kongress „Innovation und Baukultur“	Bonn	Helga Kühnhenrich [II 3]	BBSR/BMUB
14.05.14	1. Sitzung des Expertenbeirats FoPS-Projekt „Evaluation und Weiterentwicklung des Verkehrsfolgekostenschätzers“	Bonn	Christian Schlump [I 5]	BBSR/BMUB
15.05.14	3. Runder Tisch „Ressourceneffizienz im Bauwesen“	Berlin	Claus Asam [II 6]	BBSR/BMUB
15.05.14	Projektbeiratssitzung „Stiftungen und Unternehmen für die soziale Quartiersentwicklung“	Berlin	Juliane Wagner, Martina Kocks [I 4]	BBSR/BMUB
21.–22.05.14	Auftaktwerkstatt „Stadtentwicklung und Wirtschaft“ der Nationalen Stadtentwicklungspolitik	Wuppertal	Stephan Willinger, Christiane Kalka [I 2]	BBSR/BMUB
26.05.14	Transferwerkstatt „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“	Potsdam	Martina Kocks [I 4]	BBSR/BMUB
27.05.14	Werkstatt „Stadtumbau West“	Herne	Evi Goderbauer [I 2]	BBSR/BMUB
27.05.14	Werkstattgespräch „Tag der Städtebauförderung“	Berlin	Dr. Rupert Kawka [I 4]	BBSR/BMUB
28.–30.05.14	Jahrestagung 2014 des Jungen Forums der ARL	Bonn	Christian Schlump [I 5], Dr. Brigitte Zaspel-Heisters [I 1]	BBSR/ARL
03.06.14	Immobilienwirtschaftlicher Dialog: Werkstattgespräch Ressourcen sparen und Wohnraum schaffen – Umsetzung von Nichtwohngebäuden in Wohnimmobilien	Berlin	Karin Lorenz-Henning [II 13]	BBSR/BMUB
05.06.14	Abschlussveranstaltung des ExWoSt-Forschungsfeldes „Orte der Integration im Quartier“	Berlin	Juliane Wagner [I 4]	BBSR/BMUB
18.06.14	Fachgespräch „Nachhaltige Gewerbegebietsentwicklung“	Dortmund	Bernd Breuer, Mechthild Renner [I 2]	BBSR/BMUB
24.06.14	Werkstattgespräch „Monitoring der Städtebauförderung“	Essen	Jürgen Götdecke-Stellmann [I 4]	BBSR/BMUB
24.06.14	Regionalkonferenz „Energetische Stadtsanierung“	Nürnberg	Wolfgang Neußer [II 11]	BBSR/BMUB
26.06.14	Fachgespräch „Nachverdichtung“	Dortmund	Bernd Breuer, Mechthild Renner [I 2]	BBSR/BMUB
26.–27.08.14	22. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz	Quedlinburg	Ricarda Ruland [I 7]	BBSR/BMUB
02.07.14	Workshop II: Reflektion von Zwischenergebnissen der Zwischenevaluierung Zentrenprogramm	Berlin	Mechthild Renner, Bernd Breuer [I 2]	BBSR/BMUB
07.07.14	ÖKOBAUDAT	Berlin	Dr. Tanja Brockmann [II 6]	BBSR
15.07.14	WECOBIS Workshop	München	Stefan Haas [II 6]	BBSR/ByAK
02.09.14	Werkzeuge der Stadtbeobachtung	Bonn	Jürgen Götdecke-Stellmann [I 4]	BBSR

Veranstaltungen 2014

Datum				
08.09.14	Baukultur in der Praxis	Berlin	Lars-Christian Uhlig [I 7]	BBSR/BMUB
09.09.14	Raubeobachtung in Grenzregionen und mit Nachbarregionen Deutschlands	Berlin	Volker Schmidt-Seiwert [I 3]	BBSR/BMUB
09.–10.09.14	Werkstatt „Stiftungen und Unternehmen für die soziale Quartiersentwicklung“	Leipzig	Juliane Wagner, Martina Kocks [I 4]	BBSR/BMUB
11.09.14	Regionalkonferenz „Energetische Stadtsanierung“	Bielefeld	Wolfgang Neußer [II 11]	BBSR/BMUB
17.09.14	2. Sitzung des Expertenbeirats zur ExWoSt-Studie „Neue Mobilitätsformen, Mobilitätsstationen und Stadtgestalt“	Berlin	Christian Schlump [I 5]	BBSR/BMUB
18.09.14	Werkstatt Stadtumbau West: Umbau sozialer Infrastrukturen und Sicherung der Grundversorgung	Melsungen	Evi Goderbauer [I 2]	BBSR/BMUB
18.09.14	Neue Kooperationen und Finanzierungsmodelle zur Sicherung der Daseinsvorsorge in kleinen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum	Berlin	Dr. Rupert Kawka [I 4]	BBSR/BMUB
18.–19.09.14	Erfahrungswerkstatt „Jugend.Stadt.Labor“	Witten	Stephanie Haury, Stephan Willinger [I 2]	BBSR/BMUB
19.–20.05.14	Erfahrungswerkstatt „Innovationen für Innenstädte – Großstrukturen“	Illingen	Christiane Kalka, Stephanie Haury [I 2]	BBSR/BMUB
22.09.14	Vorstellung des Leitfadens „Barrierefreies Bauen“	Bonn	Rachel Barthel [II 6]	BBSR/BMUB
23.–24.09.14	Erfahrungswerkstatt „Innovationen für Innenstädte – kommunale Weißbücher“		Christiane Kalka, Stephanie Haury [I 2]	BBSR
25.09.14	Arbeitskreis Immobilienpreise	Bonn	Alexander Schürt, Matthias Waltersbacher [II 11]	BBSR
25.09.14	Regionalkonferenz „Energetische Stadtsanierung“	Magdeburg	Wolfgang Neußer [II 11]	BBSR/BMUB
25.–26.03.14	Werkstatt der Modellvorhaben „Stiftungen und Unternehmen für die soziale Quartiersentwicklung“	Kiel	Juliane Wagner, Martina Kocks [I 4]	BBSR/BMUB
26.09.14	Leitfaden „Barrierefreies Bauen“ Forschung-Anwendung-Umsetzung	Berlin	Rachel Barthel [II 6]	BBSR/BMUB
29.09.14	Experten-Workshop im Rahmen des Modellvorhaben der Raumordnung „Vorsorgendes Risikomanagement in der Regionalplanung“	Bonn	Thomas Pütz [I 1]	BBSR
08.10.14	Workshop III: Reflexion der Handlungsempfehlungen der Zwischenevaluierung Zentrenprogramm	Berlin	Mechthild Renner, Bernd Breuer [I 2]	BBSR/BMUB
09.10.14	Werkstatt Stadtumbau Ost: Stadtumbau in großen Wohnsiedlungen	Halle-Neustadt	Evi Goderbauer [I 2]	BBSR/BMUB
14.10.14	Networking Event to team up German and Polish partners for European Territorial Cooperation – (INTERREG B)	Berlin	Jens Kurnol [I 3]	BBSR/MIR
14.10.14	Immobilienwirtschaftlicher Dialog: Energieeffizient und generationsgerecht Sanieren und bezahlbar Wohnen in Wohnungseigentümergeinschaften	Berlin	Karin Lorenz-Hennig [II 13]	BBSR

Veranstaltungen 2014

Datum				
22.10.14	Energieeffiziente Gebäude und Erneuerbare Energien – Was tut sich in Europa?	Bonn	Isabel Ahlke [II 2]	BBSR
22.10.14	ESPON und ihre Bedürfnisse	Bonn	Adam Radvanszki [I 3]	BBSR
22.10.14	Tag der Städtebauförderung	Hamm	Dr. Rupert Kawka [I 4]	BBSR
22.–23.10.14	Internationale Tagung „Den Landschaftswandel gestalten“	Frankfurt a.M.	Dr. Fabian Dosch [I 6]	BBSR/BfN
28.10.14	Begleitveranstaltung im Rahmen der EUREGIA Regionale Daseinsvorsorge gestalten – Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm in der LEADER-Praxis nutzen	Leipzig	Klaus Einig [I 1]	BBSR
30.10.14	Perspektiven transnationaler Zusammenarbeit für kleine und mittlere Unternehmen	Berlin	Brigitte Ahlke [I 3]	BBSR/BMUB
03.11.14	Was bewegt uns (2025)? Heutige und künftige Mobilität – eine Podiumsdiskussion zum geplanten IzR-Heft	Bonn	Christian Schlump [I 5]	BBSR
04.11.14	Werkzeuge der Stadtbeobachtung	Bonn	Jürgen Göddecke-Stellmann [I 4]	BBSR
13.–14.11.14	Bundesarbeitskreis Wohnungsmarktbeobachtung	Bonn	Matthias Waltersbacher, Alexander Schürt [II 11]	BBSR
19.–20.11.14	Transferwerkstatt Zentrenprogramm: „Wohnen in Stadt- und Ortsteilzentren“	Ludwigsburg	Mechthild Renner, Bernd Breuer [I 2]	BBSR/BMUB
01.12.14	Abschlussveranstaltung zur ExWoSt-Studie „Neue Mobilitätsformen, Mobilitätsstationen und Stadtgestalt“	Berlin	Christian Schlump [I 5]	BBSR/BMUB
02.12.14	Forum für das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen-Rahmenbedingungen und Herausforderungen für mehr Wohnungsbau	Berlin	Verena Lihs [II 12]	BBSR/BMUB
03.12.14	4. Runder Tisch Ressourceneffizienz im Bauwesen	Berlin	Claus Asam [II 6]	BBSR/BMUB
04.12.14	23. Sitzung des Runden Tisches „Nachhaltiges Bauen“	Berlin	Andreas Rietz [II 5]	BBSR/BMUB
04.–05.12.14	BBSR/DGD-Demografie-Dezembertagung „Perspektiven der Regionalentwicklung in Schrumpfungregionen“	Berlin	Steffen Maretzke [I 1]	BBR/BMVI
10.12.14	Abschlussveranstaltung zum Forschungsprojekt „Investitionsprozesse von Wohnungseigentümergemeinschaften mit besonderer Berücksichtigung energetischer und altersgerechter Sanierungen“	Berlin	Christoph Zander [II 13]	BBR/BMVI
10.12.14	ÖKOBAUDAT	Berlin	Dr. Tanja Brockmann [II 6]	BBSR
15.12.14	Kommunikationsworkshop zu den neuen INTERREG B-Programmen	Berlin	Brigitte Ahlke [I 3]	BBSR

Gremien

Gremium (Stand: 31.12.2014)	
Expertenrunde zur Vorbereitung der LUX EU-Ratspräsidentschaft II/2015	Schön, Dr. Karl Peter [I 3]
Jury Wettbewerb Menschen und Erfolge	Lackmann, Gregor [I 1] Hoymann, Dr. Jana [I 1]
Deutsche Gesellschaft für Demografie (DGD)	Maretzke, Steffen [I 1]
Projektbeirat PAG (Optimierung von Engstellen in Lebensraumnetzwerken)	Hoymann, Dr. Jana [I 1]
Projektbeirat €Lan	Hoymann, Dr. Jana [I 1]
Projektbeirat AESUS (NL)	Hoymann, Dr. Jana [I 1]
Arbeitsgruppe (AG) „Regionen im demografischen Wandel stärken – Lebensqualität in Stadt und Land fördern“ – Demografiestrategie der Bundesregierung	Maretzke, Steffen [I 1]
ARL AG Weiterentwicklung des Zentrale-Orte-Konzept in NRW	Zaspel-Heisters, Dr. Brigitte [I 1]
Bund – Länder – Initiative zur Ausweisung von Flächen für neue Windenergiegebiete (BLWE)	Zaspel-Heisters, Dr. Brigitte [I 1]
MKRO AK E-Geovernment und Daten der Raumordnung	Zaspel-Heisters, Dr. Brigitte [I 1]
Zwischenevaluierungsgruppe Bund-Länder-Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren	Renner, Mechthild [I 2] Breuer, Bernd [I 2] Göddecke, Juergen [I 4]
Programme Preparation Group Nordseeprogramm	Kurnol, Jens [I 3]
Ausschuss für Raumordnung der deutsch-polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit	Kurnol, Jens [I 3]
Wissenschaftlicher Beirat des BBSR 2013–2015	Kurnol, Jens [I 3]
Deutscher Ausschuss für das Interreg B-Programm Nordseeraum	Kurnol, Jens [I 3]
RFSC MS/I Group (Member States/Institutions Group des Referenzrahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung)	Müller, André [I 3]
EUKN National Focal Points	Müller, André [I 3]
URBACT	Müller, André [I 3]
ISO/TC 268 „Nachhaltigkeit und Resilienz in Städten und Gemeinden“	Müller, André [I 3]
Programme Steering Committee Nordwesteuropa	Redlich, Sina [I 3]
Programme Preparation Group Nordwesteuropa	Ahlke, Brigitte [I 3] Redlich, Sina [I 3]
Deutscher Ausschuss für das Interreg B-Programm Nordwesteuropa	Ahlke, Brigitte [I 3] Redlich, Sina [I 3]
Netzwerk der Nationalen Kontaktstellen für das ESPON-Programm (ESPON Contact Points)	Schön, Dr. Karl Peter [I 3]
Programme Committee for the Alpine Space Programme	Ahlke, Brigitte [I 3]
Task Force für das transnationale Alpenraumprogramm 2014+	Ahlke, Brigitte [I 3]
Deutscher Ausschuss für das INTERREG B-Programm Alpenraum	Ahlke, Brigitte [I 3]
Programming Committee INTERACT III	Görmar, Dr. Wilfried [I 3]
Deutscher Ausschuss INTERACT	Görmar, Dr. Wilfried [I 3]

Gremien

Gremium (Stand: 31.12.2014)	
Deutscher Ausschuss Donaauraumprogramm	Görmar, Dr. Wilfried [I 3]
Programming Task Force Baltic Sea Programme	Kurnol, Jens [I 3]
Deutscher Ausschuss Interreg B Ostsee	Kurnol, Jens [I 3]
Monitoring Committee for the Baltic Sea Region Programme	Kurnol, Jens [I 3]
Programmkomitee für das transnationale Donaauraumprogramm	Görmar, Dr. Wilfried [I 3]
Deutscher Ausschuss für das Interreg B-Programm Mitteleuropa	Görmar, Dr. Wilfried [I 3]
Steering Group CE2014+	Görmar, Dr. Wilfried [I 3]
Committee on Spatial Planning and Development in the Baltic Sea Region	Görmar, Dr. Wilfried [I 3]
Editorial Board der Zeitschrift „European Spatial Research and Policy“ (ESR&P)	Schön, Dr. Karl Peter [I 3]
MKRO Europaausschuss	Schön, Dr. Karl Peter [I 3]
HABITAT III	Müller, André [I 3]
OECD Working Party on Urban Development	Kawka, Dr. Rupert [I 4]
OECD Working Party on Territorial Indicators	Kawka, Dr. Rupert [I 4]
Gesprächskreis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg, „Migration und Integration in der Ressortforschung“	Kocks, Martina [I 4]
BMEL/BMUB Kongress Stadtgrün 2014	Dosch, Dr. Fabian [I 6]
Nationale Plattform Zukunftstadt: AK II „Klimaangepasste, resiliente und wandlungsfähige Stadt“	Dosch, Dr. Fabian [I 6]
Netzwerk Vulnerabilität (2012–2015)	Dosch, Dr. Fabian [I 6]
Strategische Behördenallianz Anpassung an den Klimawandel	Dosch, Dr. Fabian [I 6]
ARL Junges Forum	Schlump, Christian [I 5]
Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen – Arbeitsgruppe Verkehrsplanung – Arbeitsausschuss Güterverkehr	Buthe, Bernd [I 5]
Arbeitsgruppe „Flächenstatistik“ der Referentenbesprechung „Land- und Forstwirtschaft, Bodennutzung, Fischerei“ des BMEL im StBA	Dosch, Dr. Fabian [I 6] Beckmann, Gisela [I 6]
Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen – Arbeitsgruppe Verkehrsplanung – Arbeitsausschuss Netzgestaltung	Buthe, Bernd [I 5]
BMVI FBA „Erarbeitung neuer Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Wirtschaftlichkeitsberechnungen (RAS-W) mit Aktualisierung der Nutzen- und Kostenkomponenten“	Buthe, Bernd [I 5]
Expertenkreis Flächenmonitoring	Dosch, Dr. Fabian [I 6] Beckmann, Gisela [I 6]
Arbeitskreises Sicherheit in der Logistik	Buthe, Bernd [I 5]
LÜKEX – Länderübergreifende Krisenmanagementübung	Buthe, Bernd [I 5]

Gremien

Gremium (Stand: 31.12.2014)	
IWGLTS – International Working Group on Land Transport Security	Buthe, Bernd [I 5]
Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) – Technischer Ausschuss	Buthe, Bernd [I 5]
KOSIS-Gemeinschaft KORIS	Burgdorf, Markus [I 6]
ZAG IMAGI – Zentrale Arbeitsgruppe des Interministeriellen Ausschusses für Geoinformation	Burgdorf, Markus [I 6]
AG KOSTAT – Arbeitsgemeinschaft Kommunalstatistik	Sturm, Dr. Gabriele [I 6]
Lenkungsgruppe der KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit	Sturm, Dr. Gabriele [I 6]
Lenkungsgremium GDI-DE (Bund-Länder-Arbeitsgruppe)	Sturm, Dr. Gabriele [I 6]
Mitgliederversammlung des Kooperationsprojekts „Innerstädtische Raumbewachung“	Sturm, Dr. Gabriele [I 6]
Nationale Plattform Zukunftsstadt – AK 3: Transformationsmanagement und Governance	Sturm, Dr. Gabriele [I 6]
ARL-Arbeitskreis „Multilokale Lebensführung und räumliche Entwicklungen“	Sturm, Dr. Gabriele [I 6]
Verband Deutscher Städtestatistik – VDSt	Körner, Nadine [I 6] Sturm, Dr. Gabriele [I 6] Janich, Helmut [I 6]
European Forum for Architectural Policies – EFAP a. i. s. b. l.	Uhlig, Lars-Christian [I 7]
Scientific Panel von CSE-CITY SAFETY ENERGY	Kaltenbrunner, Dr. Robert [II]
ENHR – European Network für Housing Research	Müller, Rolf [II 1]
Gesellschaft zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet des Siedlungs- und Wohnungswesens	Müller, Rolf [II 1]
Evaluation des KfW-Programms „Altersgerecht Umbauen“	Lihs, Verena [II 12]
Referenten-Arbeitskreis „Sozialhilfe-, Asylbewerberleistungs- und Wohngeldstatistik“	Metzmacher, Mathias [II 12]
Expertengruppe HELPS „Wohn- und Pflegesätze für ältere Menschen im Quartier“	Lihs, Verena [II 12]
Fokusgruppe „Wohnen im Alter“ des Regionalen Innovationsnetzwerks „Gesundes Altern“	Lihs, Verena [II 12]
Nationale Plattform Zukunftsstadt – AK 1: Mit geringerem Energie- und Ressourcenverbrauch zur CO ₂ -neutralen Stadt	Birk, Ute [II 13]
Nationale Plattform Zukunftsstadt – Themengruppe 2: Gebäude, Raumgefüge, Quartiere und Verkehr (aus AK 1)	Birk, Ute [II 13]
Nationaler Dialog zur Klimaanpassung (APA II)	Birk, Ute [II 13]
Netzwerk Effizienzhäuser Plus	Kühnhenrich, Helga [II 3] Rose, Arnd [II 3]
GLT-Anwendertagung	Speelmanns, Kurt [II 3]
DIN Arbeitsausschuss Energieeffizienz und Energiemanagement	Speelmanns, Kurt [II 3]
Kuratorium Institut für Bauforschung e. V.	Hagel, Guido [II 3]
AMEV Arbeitskreis Gebäudeautomation	Speelmanns, Kurt [II 3]

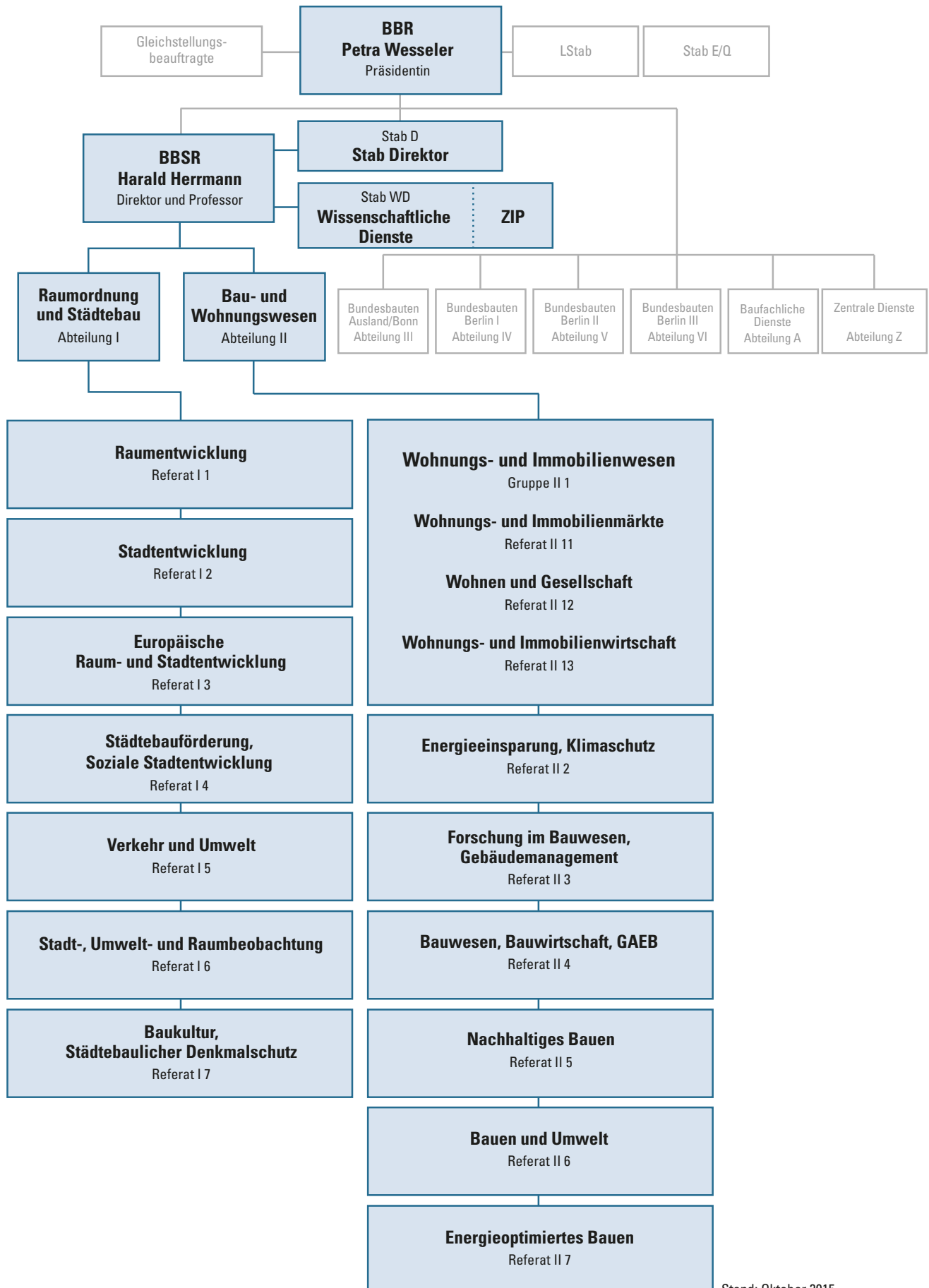
Gremien

Gremium (Stand: 31.12.2014)	
Expertensitzung Forschungsinitiative Zukunft Bau	Windisch, Andreas [II 3] Speelmanns, Kurt [II 3] Luhmer, Ursula [II 3] Hagel, Guido [II 3] Haferkorn, Wencke [II 3] Kühnhenrich, Helga [II 3]
DIN Arbeitsausschuss Gebäudeautomation, Produkte, Systeme und Kommunikation	Speelmanns, Kurt [II 3]
Arbeitskreise des STL-Bau, Leistungsbereiche 000–099, Leistungsbereiche 600–699	Goitowski, Sebastian [II 4] Thies, Klemens [II 4] Kloer, Manfred [II 4]
GAEB Arbeitsgruppe 2 „Ingenieur-, Landschafts- und Gleisbau“	Goitowski, Sebastian [II 4] Thies, Klemens [II 4] Alvermann, Michael [II 4]
GAEB Arbeitsgruppe 3 „Technische Gebäudeausrüstung“	Goitowski, Sebastian [II 4] Thies, Klemens [II 4] Alvermann, Michael [II 4]
GAEB Arbeitsgruppe 13	Goitowski, Sebastian [II 4]
Arbeitskreis Bau- und Wohnungsprognostik	Rein, Stefan [II 4]
DIN NA 005-01-99 AA, Organisation und Austausch von Informationen im Bauwesen (SpA zu ISO/TC 59/SC 13)	Goitowski, Sebastian [II 4]
CEN/BT/WG 215 „Building Information Modelling (BIM)“	Goitowski, Sebastian [II 4]
BIM Beirat	Goitowski, Sebastian [II 4] Strohe, Ingrid [II 4]
GAEB Arbeitsgruppe 1 „Hochbau“	Goitowski, Sebastian [II 4] Thies, Klemens [II 4] Alvermann, Michael [II 4]
Hauptausschuss GAEB (HA GAEB) im Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA)	Goitowski, Sebastian [II 4] Thies, Klemens [II 4] Alvermann, Michael [II 4]
International Construction Information Society (ICIS)	Goitowski, Sebastian [II 4]
GAEB PG Runder Tisch	Goitowski, Sebastian [II 4]
GAEB PG Prüfungsgruppe	Goitowski, Sebastian [II 4] Thies, Klemens [II 4]
GAEB PG Weiterentwicklung STL-Bau	Kloer, Manfred [II 4] Goitowski, Sebastian [II 4]
Projektgruppe Bauen für die Zukunft – Nachhaltiges Bauen des ASH	Kerz, Nicolas [II 5]
NA 005 DIN-Normenausschuss Bauwesen (NABau), NA 005-01-31 AA Arbeitsausschuss Nachhaltiges Bauen (SpA zu ISO/TC 59/SC 17 und CEN/TC 350)	Kerz, Nicolas [II 5]
Fachgruppe Formaldehyd	Schütz, Heidemarie [II 5]
Innenraumlufthygienekommission (IRK)	Schütz, Heidemarie [II 5]
Fachausschuss DGNB	Kerz, Nicolas [II 5]
Runder Tisch Nachhaltiges Bauen	Müller, Julia [II 5] Schütz, Heidemarie [II 5] Kerz, Nicolas [II 5] Welsch, Merten [II 5] Rietz, Andreas [II 5]

Gremien

Gremium (Stand: 31.12.2014)	
Runder Tisch Ressourceneffizienz	Kerz, Nicolas [II 5]
VDI 6050 Bewertung der Nachhaltigkeit von Gebäuden – Schulung von Personal	Kerz, Nicolas [II 5]
Allianz Nachhaltige Beschaffung	Rietz, Andreas [II 5]
DAkKS (Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH) Ressortvertreter BMUB in der Fachaussicht des Akkreditierungsbeirates	Haas, Stefan [II 6]
DWA (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V.) FA-HW4 (Fachausschuss Hochwasserschutz)	Fischer, Dr. Bernhard [II 6]
Runder Tisch Ressourceneffizienz	Asam, Claus [II 6] Brockmann, Dr. Tanja [II 6]
Projektgruppe Nachhaltiges Bauen und Polystyrol	Asam, Claus [II 6]
Projektbeirat PolRess, UFOPLAN-Vorhaben Ressourcenpolitik	Asam, Claus [II 6] Brockmann, Dr. Tanja [II 6]
Risikoanalysen im Bevölkerungsschutz	Fischer, Dr. Bernhard [II 6]
Anwenderkreis ÖKOBAUDAT	Rössig, Stephan [II 6] Brockmann, Dr. Tanja [II 6]
ABI – Arbeitstagung Bauingenieurwesen mit den Bauverwaltungen des Bundes und der Länder	Fischer, Dr. Bernhard [II 6] Brockmann, Dr. Tanja [II 6]
DIBt (Deutsches Institut für Bautechnik) Sachverständigen Ausschuss Abwassertechnik	Fischer, Dr. Bernhard [II 6]
Bund-Länder AK Kampfmittelräumung für Bundesliegenschaften (KMR)	Fischer, Dr. Bernhard [II 6]
Bund-Länder AK Boden-Grundwasserschutz (BoGwS)	Fischer, Dr. Bernhard [II 6]
AK BFR Verm, Arbeitskreis Baufachliche Richtlinie Vermessung	Fischer, Dr. Bernhard [II 6]
Bund-Länder AK Abwassertechnik für Bundesliegenschaften	Fischer, Dr. Bernhard [II 6]
GAEB AK – Kampfmittelräumung (KMR)	Fischer, Dr. Bernhard [II 6]
HAT Hauptausschuss Tiefbau des DVA der VOB Teil C	Fischer, Dr. Bernhard [II 6]
ABW Aufbereitung von Baustoffen und Wiederverwertung e. V.	Asam, Claus [II 6]
Runder Tisch Nachhaltiges Bauen	Rössig, Stephan [II 6] Haas, Stefan [II 6] Asam, Claus [II 6] Brockmann, Dr. Tanja [II 6]
VAEG, Vorbereitender Ausschuss EG Harmonisierung im Bauwesen	Brockmann, Dr. Tanja [II 6]
WECOBIS Wissenschaftlicher Beirat	Haas, Stefan [II 6] Asam, Claus [II 6] Brockmann, Dr. Tanja [II 6]
IBU SVR Umweltproduktdeklarationen	Brockmann, Dr. Tanja [II 6]
Berliner Klimaschutzrat	Böttcher, Olaf [II 7]
Beirat „Moderne Gebäudetechnik“ Huss-Medien GmbH	Böttcher, Olaf [II 7]
Herausgeberbeirat „Moderne Gebäudetechnik“ Huss-Medien GmbH	Böttcher, Olaf [II 7]

Organigramm



Stand: Oktober 2015